

Die Weimarer Republik

01. Die deutsche Revolution 1918	November 2018	2 Seiten
02. Zur Europawoche: Der Versailler Vertrag 1919	Mai 2014	2 Seiten
03. Die Weimarer Verfassung 1919	Juli 2019	2 Seiten
04. Die Reichskanzler Konstantin Fehrenbach und Joseph Wirth	2008	8 Seiten
05. Gustav Stresemann, Reichskanzler und Außenminister	2009	8 Seiten
06. Hermann Müller, Sozialdemokrat und Reichskanzler	2007	8 Seiten
07. Wilhelm Groener, Württemberger, Generalstäbler, Minister	2010	10 Seiten
08. Heinrich Brüning, Reichskanzler in der Krise	2010	8 Seiten
09. Hindenburg	November 2020	4 Seiten

Die deutsche Revolution 1918

Folgen der Revolution 1848

Der Schock der Revolutionsbewegungen im März 1848 hatte dazu geführt, dass die neuen liberalen Regierungen der Wahl einer deutschen Nationalversammlung zustimmten, die sich für eine parlamentarische Monarchie entschied, einen deutschen Kaiser und ein für die Regierung verantwortliches Parlament. Aber der preußische König lehnte im April 1849 ab, weil eine Volksvertretung ihm die Krone überhaupt nicht anbieten konnte, höchstens seine Mitfürsten, die wie er von Gott berufen worden waren. Nach 1849 wurden überall die fürstlichen Rechte ausgebaut und erweitert, die Parlamente hatten nur ein Mitwirkungsrecht bei der Gesetzgebung, aber keinen Einfluss auf die Regierung. Der preußische Landtag, das wichtigste Parlament, war durch das Dreiklassenwahlrecht eine Vertretung der Besitzenden, nicht des Volkes.

Bismarck, 1862 vom König berufen, um gegen die Landtagsmehrheit zu regieren, schaffte mit drei Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich die Gründung des Kaiserreichs. Aber das neue Reich war ein Fürstenbund, ein Vertrag unter Fürsten; König Ludwig von Bayern trug König Wilhelm die Kaiserkrone an, und Großherzog Friedrich von Baden brachte das erste Hoch auf den neuen Kaiser aus. Kein Parlament musste zustimmen, und es gab keine Verfassung. In dem Vertrag war auch ein Parlament vorgesehen, ein nach allgemeinem, gleichem, geheimem und direktem Wahlrecht gewählter Reichstag, aber sein Mitwirkungsrecht war auf die Reichsgesetzgebung beschränkt und ohne jeden Einfluss auf die Regierung. Und die Reichsgesetzgebung war durch den sehr weitreichenden Föderalismus eingeschränkt. Nach innen gab es nur Länderministerien, für das Reich gab es keine Ministerien, nur Reichsämtler. Der einzige verantwortliche Politiker war der Reichskanzler, und er war nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich. In der Regel war der Reichskanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident, die Reichsbeamten kamen aus der preußischen Verwaltung, das übergroße Preußen bestimmte die deutsche Politik.

Dazu kam die Verfügung über das Militär. Die drei Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen hatten eigene Armeen und Uniformen. Die badische Armee war seit 1850 ganz in die preußische Armee eingegliedert. Durch eigene Verträge war der preußische Generalstab für die gesamte militärische Planung zuständig, die Königreiche konnten einzelne Offiziere dahin abordnen. Das Militär war damit außerhalb jeder Reichsgesetzgebung, und in Preußen gab es nur eine sehr eingeschränkte Mitwirkung bei den Finanzen. Das Militär war königliche Prerogative, der Kaiser-König ernannte den Generalstab und die Kommandeure genauso wie den Reichskanzler. Das hatte die Auswirkung, dass nach Bismarck unter Kaiser Wilhelm II. eine preußisch-militärische Hofkamarilla den Kaiser umgab, abschottete und beeinflusste. Kaiser Wilhelm liebte und trug Uniformen, sie wurden zur üblichen Bekleidung bei Hofe. Wachablösungen und Paraden gehörten zur Darstellung der Macht in Berlin. Das alles trug zur Militarisierung der öffentlichen Meinung bei (Hauptmann von Köpenick, Zwischenfall von Zabern 1913).

Die Kriegsplanung

Der große preußische Militärtheoretiker Clausewitz sagte nach den Erfahrungen der napoleonischen Kriege, dass zukünftige Kriege zu Volkskriegen führen würden, die bis zur totalen Erschöpfung beider Seiten durchgekämpft werden müssten, und auch Helmuth von Moltke, der Planer der siegreichen Bismarckkriege, warnte in einer Rede vor dem Reichstag 1890 davor, dass künftige Kriege zum Untergang führen würden. Aber der preußische Generalstab plante seit 1905 unter dem Grafen Schlieffen für Preußen-Deutschland auch im Fall eines Zweifrontenkriegs einen schnellen und sicheren Sieg. Da Russland bei der Mobilisierung viel langsamer sei, sollte Frankreich mit allen Kräften in den ersten vierzig Tagen vollständig besiegt werden, dann könne man sich gegen Russland wenden. Dieser Schlieffenplan, der seit 1905 jährlich aktualisiert und weiterentwickelt wurde, sah einen Durchmarsch durch das neutrale Belgien und eine Einkreisung der französischen Streitkräfte, ein modernes Cannae, vor. Man musste nur den durch Belgien angreifenden Flügel stark genug machen. Der Generalstab hielt den Plan für unfehlbar, den entscheidenden Sieg für sicher. In der abschließenden Marneschlacht hielt aber die französische Armee den deutschen Vormarsch auf, die Deutschen mussten sich zurückziehen und eine Front

aufbauen. Nach Schlieffen war der Krieg damit innerhalb der 40 Tage verloren, aber die militärische Führung machte weiter. Dazu kam, dass die Russen bei der Mobilmachung schneller waren als erwartet, und der wichtigste Sieg war die nicht von Schlieffen geplante Schlacht von Tannenberg. Die deutsche Öffentlichkeit durfte zwar den Sieg Hindenburgs feiern, ebenso wie die Siege an der Westfront, sie erfuhr aber nie von der entscheidenden Niederlage an der Marne.

Der Sonderweg der Deutschen

Die fehlende Demokratisierung wurde gern als eigener deutscher Weg beschrieben:

Geist ist nicht Politik: man braucht, als Deutscher, nicht schlechtes neunzehntes Jahrhundert zu sein, um auf Leben und Tod für dieses <nicht> einzustehen. Der Unterschied von Geist und Politik enthält den von Kultur und Zivilisation, von Seele und Gesellschaft, von Freiheit und Stimmrecht, von Kunst und Literatur. ; und Deutschtum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur. Der Unterschied von Geist und Politik ist, zum weiteren Beispiel, der von kosmopolitisch und international. Jener Begriff entstammt der kulturellen Sphäre und ist deutsch; dieser entstammt der Sphäre der Zivilisation und Demokratie (Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen, 1917, Fischer TB 1991, S. 23)

Die Abdankung der Monarchie

Kaiser Wilhelm und die deutschen Fürsten waren seit Kriegsbeginn abgetaucht, sie bestimmten nicht mehr die Richtlinien der Politik. Die Bevölkerung wurde über die Kriegsanleihen zur Finanzierung des Krieges herangezogen, Eisenbahnwesen, Wirtschaftsordnung, Lebensmittelversorgung immer mehr der militärischen Führung untergeordnet, Presse und Meinungsfreiheit wurden zensiert (Friedensnobelpreisträger Quidde 1927). Hindenburg wurde zum Ersatzkaiser, und Ludendorff organisierte seit 1915 die totale Unterordnung unter den versprochenen Endsieg. Als Kaiser Wilhelm im Oktober 1918 ins Hauptquartier nach Spa floh, fand er dort keine Einheit, die mit ihm an der Spitze in den Heldentod stürmen wollte. Trotzdem konnte er nicht zurücktreten, weil er „von Gottes Gnaden“ König war. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden gab deshalb am 9. November 1918 von sich aus den Rücktritt des Kaisers bekannt.

Die Marine

Die deutsche Kriegsmarine, seit 1900 unter großen Kosten mit viel Propaganda auch vom Kaiser aufgebaut, spielte in der Planung des Generalstabs keine Rolle und wurde (außer den U-Booten im Atlantik) nicht eingesetzt. Die Marine war eine Klassengesellschaft. Die Offiziere pflegten an Bord einen aufwendigen Lebensstil, die Matrosen waren schlecht versorgt. Am 24. Oktober 1918 befahl die Marineleitung das Auslaufen zu einem heldenhaften Endkampf. Das führte zu Befehlsverweigerungen und am 3. November zum allgemeinen Matrosen- und Arbeiteraufstand in Kiel.

Die Rätebewegung

In Russland hatte die Friedenssehnsucht des Volkes zu einer ersten Revolution, zum Sturz des Zaren und zu einer Parlamentsherrschaft geführt, aber die neue Regierung führte den Krieg weiter. Deshalb kam es zu einer zweiten Revolution und zum Misstrauen gegen eine Parlamentsherrschaft. Stattdessen wurden Räte gebildet, kurzfristig gewählte Repräsentanten, die aber vor der Basis rechenschaftspflichtig waren und jederzeit abgewählt werden konnten, sehr demokratisch, aber nicht stabil. Dieses Räteystem übernahmen die Matrosen in Kiel. Es entstanden Matrosenräte, Arbeiter- und Soldatenräte. In den Monaten November und Dezember gab es viele Räte und vom 16. bis 21. Dezember einen Reichsrätekongress in Berlin.

Der Umsturz

Seit dem 5. November gab es in Berlin Demonstrationen und Unruhen, und am Abend des 9. November nach der Verkündigung des Rücktritts von Kaiser Wilhelm und der Ausrufung der Republik übergab Prinz Max von Baden die Geschäfte des Reichskanzlers an Friedrich Ebert, den Vorsitzenden der SPD. Der bildete mit der USPD zusammen einen Rat der Volksbeauftragten als Regierung, aber er verhandelte auch mit dem Militär und wollte Wahlen zu einer Nationalversammlung. Das Militär bildete Freikorps, die in Berlin für „Ruhe und Ordnung“ sorgten. Den Oberbefehl hatte der SPD-Mann Gustav Noske. Der „Spartakus“ organisierte sich dagegen, und im Januar 1919 herrschte in Berlin wie in München Bürgerkrieg (mit vermutlich 5000 Toten).

Zur Europawoche: Der Versailler Vertrag 1919

Kriegsende und Waffenstillstand

Nach vier Jahren endete der Weltkrieg mit dem deutschen Zusammenbruch. Die Regierung musste Verhandlungen für einen Waffenstillstand aufnehmen, die seit dem 5. November 1918 vom alliierten Oberbefehlshaber Foch geführt wurden (deutsche Delegation unter Matthias Erzberger). Als er am 11. November unterzeichnet wurde (in Frankreich bis heute Nationalfeiertag), war in Deutschland die kaiserliche Regierung schon gestürzt und die Republik ausgerufen. Der Waffenstillstand war nicht einfach die Einstellung der Feindseligkeiten, er legte nicht nur den Rückzug der deutschen Truppen aus Nordfrankreich und Belgien fest, sondern auch alliierte Besatzungen für das Rheinland, Ablieferung schwerer Waffen, Reparationen (5 000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen), Verzicht auf Kolonien und Flotte. Deutschland sollte den Siegern damit „auf Gnade und Ungnade ausgeliefert“ sein.

In Deutschland stürzte am 9. November die Monarchie, und Friedrich Ebert setzte nach bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen für den 19. Januar die Wahl zur Nationalversammlung durch, die dann die bürgerlich-demokratische „Weimarer“ Verfassung beschloss.

Die Pariser Friedenskonferenz

Die Siegermächte nahmen die Umwälzung in Deutschland kaum zur Kenntnis. Präsident Woodrow Wilson kam am 14. Dezember nach Paris. Schon vorher hatte man sich auf Paris als Konferenzort geeinigt. In Paris, London und Rom wurde er begeistert empfangen. Die Konferenz wurde nicht weiter vorbereitet. Zur Eröffnung am 18. Januar, dem Jahrestag der Ausrufung des Kaiserreichs 1871, waren über 1000 Vertreter der Siegermächte anwesend. Der französische Präsident Poincaré begrüßte die Teilnehmer offiziell:

Vor 48 Jahren, genau auf den Tag, am 18. Januar 1871, wurde das Deutsche Reich von einer Invasionsarmee im Schloss von Versailles ausgerufen. Es empfing seine erste Weihe durch den Raub zweier französischer Provinzen. Es war somit befleckt schon in seinem Ursprung, und durch den Fehler seiner Gründer trug es in sich den Todeskeim. In Ungerechtigkeit geboren, hat es in Schmach geendet. Sie sind versammelt, um das Übel wiedergutzumachen, das es angerichtet hat, und um seine Wiederkehr zu verhüten. Sie halten in Ihren Händen die Zukunft der Welt.

Damit gab er der Konferenz die Marschroute vor. Auf Vorschlag Wilsons wählten die Delegierten den französischen Ministerpräsidenten Clemenceau zum Präsidenten. Die Vollversammlung trat nur selten zusammen. Es gab Ausschüsse und Arbeitsgruppen, aber die Entscheidungen fielen in letzter Instanz im „Rat der Vier“ mit Clemenceau, Wilson, Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando, der aber ab April nicht mehr an den Sitzungen teilnahm.

Das Ziel Frankreichs war die Zerschlagung Deutschlands oder mindestens seine dauernde Entmachtung. Wilson wollte eine bessere, gerechtere und friedlichere Weltordnung. Dazu sollte das Selbstbestimmungsrecht der Völker helfen. Mit dem europäischen und balkanischen Völkergemisch war er aber überfordert. Frankreich förderte seine Schützlinge: Polen, Tschechoslowakei, Serbien – Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Italien. Ungarn, Bulgarien und die Türkei wurden bestraft.

Territoriale Veränderungen

Russland, Deutschland, Österreich-Ungarn und die Türkei waren die Verlierer, aber sie wurden auf der Konferenz nicht gehört. Russland verlor die baltischen Provinzen und Polen. Deutschland verlor außer Elsass-Lothringen den Bezirk Eupen-Malmédy an Belgien, Nordschleswig an Dänemark und Westpreußen und Posen an Polen, dazu die deutsche Stadt Danzig (als „freie Stadt“ unter Völkerbundkontrolle) und das schlesische Kohlerevier um Kattowitz (trotz Volksabstimmung für Deutschland). Österreich-Ungarn war aufgelöst. Deutsch-Österreich durfte sich nicht Deutschland anschließen und verlor Südtirol mit Trient und die Grafschaft Görz und Triest an Italien. In Ungarn lebten mehr Ungarn außerhalb als im neuen Kleinungarn. Neu war die Zusammenfassung der Südslawen unter serbischer Führung in Jugoslawien, aber die Kroaten und die Slowenen waren katholisch, und Bosnien-Herzegowina war voller Spannungen. Griechenland erhielt Saloniki, die europäische Türkei (außer Istanbul) und die Provinz Izmir-Smyrna in Kleinasien. Im Osten der Türkei wurde Armenien und das Kurdengebiet abgetrennt. Libanon und Syrien wurde französisches Mandatsgebiet, Mesopotamien, Palästina und Arabien britisches.

Entmachtung und Demütigung Deutschlands

Der Vertrag stellte die Alleinschuld Deutschlands am Krieg fest und leitete daraus die Verantwortung für alle Schäden ab, durch Sach- und Geldreparationen. Die deutsche Führung sollte für Kriegsverbrecherprozesse ausgeliefert werden. Deutschland musste (wie schon im Waffenstillstand) auf die Flotte, die Auslandsvermögen und die Kolonien verzichten und durfte nicht Mitglied der neuen Weltgemeinschaft werden. Eine Reduzierung von Armee und Rüstung Deutschlands sollte einen neuen Krieg unmöglich machen. Dazu kamen Militärbündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei, die Deutschland einrahmen sollten. Außerdem blieb das linksrheinische Deutschland auf deutsche Kosten von Franzosen und Belgiern besetzt, und rechtsrheinisch galt eine 50 km breite entmilitarisierte Zone.

Der Vertrag wurde von der Konferenz beschlossen und am 7. Mai einer deutschen Delegation zur Unterschrift präsentiert. Die Delegation protestierte, die Alliierten forderten ultimativ die Unterschrift, die Regierung unter Philipp Scheidemann trat am 12. Juni zurück (*Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legte?*), Reichspräsident Ebert drängte auf eine neue Regierung, deren Außenminister Hermann Müller am 28. Juni in Versailles unterzeichnete, nachdem am 22. Juni die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 zugestimmt hatte. Clemenceau hatte wohl auf eine Ablehnung gehofft, und Foch stand bereit, den Krieg sofort wieder aufzunehmen.

Diese Bestimmungen wurden in Deutschland als diskriminierend angesehen, als „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“, und die Schuld dafür wurde bald der jungen Republik angelastet.

Völkerbund, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Abrüstung

Der Friedensvertrag mit Deutschland enthielt auch die Wilson so wichtigen Bestimmungen für eine neue Weltordnung, von der Deutschland aber ausgeschlossen bleiben sollte. Der Völkerbund (League of Nations, Société des Nations) wollte durch schiedsgerichtliche Beilegung internationaler Konflikte und Verzicht auf Gewalt, durch Abrüstung und durch ein System kollektiver Sicherheit die Welt friedlicher machen. Er erhielt seinen Sitz in Genf und nahm am 10. Januar 1920 seine Tätigkeit auf. Gründungsmitglieder waren die 32 Staaten, die auf alliierter Seite den Friedensvertrag mit unterzeichneten. Die Völkerbundsversammlung tagte einmal jährlich, jedes Mitglied hatte eine Stimme, die meisten Beschlüsse verlangten Einstimmigkeit. Die eigentliche Arbeit lag beim Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan als ständigen Mitgliedern (die USA ratifizierten den Vertrag nicht und traten dem Völkerbund nicht bei) und zwölf nichtständigen Mitgliedern. Auch die Beschlüsse des Völkerbundsrats waren einstimmig. Dazu kam ein Generalsekretariat (der Brite James Drummond als Generalsekretär), das sich in den kommenden Jahren große Verdienste bei der Regelung der vielen staatenlos gewordenen erwarb (Nansen-Pässe).

Der Völkerbund übernahm die Verwaltung der „freien Stadt“ Danzig unter einem eigenen Hochkommissar und die Verantwortung über Mandatsgebiete (das Saarland an Frankreich, der Nahe Osten, die deutschen Kolonien).

Ein wesentliches Element waren Schiedsgerichtsbarkeit, Gewaltverzicht und Ablehnung des Krieges (1928 im Briand-Kellogg-Pakt Ächtung des Angriffskrieges). Die geforderte Abrüstung kam nicht zustande, weil Deutschland nach der Zwangsabrüstung durch den Vertrag nicht weiter abrüsten wollte, Frankreich aber aus Sicherheitsgründen an einer überstarken Armee festhielt. Zum System der kollektiven Sicherheit gehörte das Vertragswerk von Locarno 1925, in dem Frankreich und Deutschland sich gegenseitig ihre gemeinsame Grenze garantierten.

Gesamtbewertung

Der Versailler Vertrag hat die zukunftsweisenden Ideen von Völkerbund und Abrüstung in unglücklicher Weise mit dem „Abstrafen“ und „Kleinmachen“ Deutschlands verbunden; der amerikanische Präsident Wilson hat sich zu sehr von dem geschickten Clemenceau abhängig gemacht. Doch der wurde in Frankreich kritisiert, weil er nicht die Aufteilung Deutschlands erreicht hatte.

Literatur

Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles. Beck Wissen 2005

Jean-Jacques Becker, Serge Berstein: Victoire et frustrations 1914 – 1929. Ed. du Seuil 1990

John Maynard Keynes : Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles (1919). Neuausgabe der deutschen Übersetzung von 1920 Berenberg Berlin 2006.

Die Weimarer Verfassung

Die Revolution und die Wahl zur Nationalversammlung

Die Monarchie hatte seit Kriegsbeginn abgedankt, der Krieg war von einer immer allgemeineren Militärdiktatur bis zum bitteren Ende geführt worden, die von den Deutschen die bittersten Opfer für den versprochenen Endsieg forderte, aber am 29. September 1918 den Krieg für verloren erklärte und von der Politik den Abschluss eines Waffenstillstandes forderte. Der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden bemühte sich um den Waffenstillstand und führte längst überfällige Reformen durch. Mit dem Rücktritt des Kaisers hoffte er, die Monarchie erhalten zu können, aber der Aufstand der Matrosen in Kiel machte den Vertrauensverlust in die alte Führung deutlich und führte am 9. November zur Ausrufung der Republik. Prinz Max übergab die Geschäfte des Reichskanzlers an Friedrich Ebert, den Führer der größten Partei, der Sozialdemokratie. Links von der SPD war die Linke im Spartakusbund organisiert und forderte eine kommunistische Revolution, eine Räterepublik, eine Neuverteilung von Besitz und Einfluss. Auf der anderen Seite stand das Heer, offiziell mit der Rückführung der Truppen aus Frankreich beschäftigt, inoffiziell mit der Aufstellung von „Freikorps“ durch Offiziere, die mit ihren Kampfverbänden zum Einsatz gegen die Revolution bereit waren. Die Kämpfe zwischen Freikorps und Spartakisten in Berlin und in München im Januar 1919 waren der Anfang des Bürgerkriegs. Friedrich Ebert sah als einzige Möglichkeit die möglichst schnelle Wahl zu einer Deutschen Nationalversammlung. Die Regierung erließ am 30. November eine Wahlordnung, die das Wahlalter auf 20 Jahre festlegte und den Frauen das Wahlrecht zubilligte. Gewählt werden sollte nach dem reinen Verhältniswahlrecht, und die Wahl wurde auf den 19. Januar 1919 festgelegt. Tatsächlich wirkte die Wahl auf die politische Situation beruhigend.

Die Arbeit der Nationalversammlung

Die Mehrheitssozialdemokratie erhielt 37,6%, das katholische Zentrum 19,7%, die linksliberale DDP 18,5%, zusammen eine Dreiviertelsmehrheit für eine bürgerliche Republik. Die Unabhängigen Sozialdemokraten, die für eine weitergehende Revolution waren, bekamen 7,6%. Die rechtsliberale DVP unter Stresemann kam auf 4,4%, die Deutschnationale Volkspartei auf 10,3%. Die Nationalversammlung trat am 6. Februar zum ersten Mal zusammen, und zwar im Hoftheater in Weimar, weil Berlin zu unruhig war. Präsident wurde der Zentrumspolitiker Constantin Fehrenbach aus Südbaden. Am 10. Februar wurde Friedrich Ebert zum amtierenden Reichspräsidenten gewählt und das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt verabschiedet. Regierungschef einer Koalitionsregierung der „Weimarer Parteien“ wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann. Der Staatsrechtler Hugo Preuß, Professor in Berlin, politisch den Linksliberalen nahestehend, wurde am 15. November zum Staatssekretär des Inneren ernannt und mit der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs beauftragt, dem Konzept für die verschiedenen Ausschüsse. Dabei diente die Verfassung der Paulskirche oft als Vorlage. Preuß war Reichsinnenminister in der Regierung Scheidemann. Nachdem im Verfassungsausschuss (Vorsitz Conrad Haussmann) ein Entwurf fertiggestellt worden war, begann am 2. Juli die zweite Lesung im Plenum.

Wichtige Entscheidungen

Im Entwurf stand als **Staatsname** „Deutsche Republik“, aber eine große Mehrheit entschied sich für „Verfassung des Deutschen Reiches“, für die bewusste Kontinuität zum Kaiserreich. In Artikel 3 sind die Reichsfarben schwarz-rot-gold, die Handelsflagge bleibt aber schwarz-weiß-rot.

Föderalismus und Zentralismus: Die SPD war für einen Zentralstaat, aber die Länder, die an eigenen Verfassungen bastelten, wollten ihre Rechte möglichst behalten. Trotzdem ist die Weimarer Verfassung deutlich zentralistischer als das Kaiserreich. Die Ländervertretung im Reichsrat ist gegenüber dem Reichstag merklich schwächer, sie hat nur ein aufschiebendes Veto. Nach Artikel 13 bricht Reichsrecht Landesrecht. Hugo Preuß wollte für einen besseren Föderalismus Preußen zerschlagen, aber die Mehrheit war dagegen. Preußen blieb das gewichtigste Land, aber die Koppelung mit dem Reich wurde aufgelöst, und die preußischen Stimmen im Reichsrat wurden regionalisiert, nicht mehr gemeinsam abgegeben. Das Reich übernahm die Steuerhoheit durch die Finanzreformen Erzbergers 1920. Die Länder wurden vom Reich alimentiert. Dazu kam die Zentralisierung des Post- und Fernmeldewesens und der Eisenbahn. Von den

Plänen zur Neugliederung der Länder blieb nur der Zusammenschluss der sächsischen Kleinstaaten zum Land Thüringen 1920. Für die Verwaltung war das Reich weiter auf die Länderverwaltungen angewiesen, nur das Militär und die Vertretung des Reiches nach außen waren ausschließlich Reichssache. Ein Staatsgerichtshof in Leipzig entschied als Verfassungsgericht über Streitfragen unter Verfassungsorganen.

Ministerverantwortlichkeit: Der Reichskanzler und die einzelnen Minister waren dem Reichstag gegenüber verantwortlich und konnten durch ein Misstrauensvotum gestürzt werden. Da es keine Mehrheitspartei gab, nur Koalitionsregierungen, war die Regierungsbildung schwierig und der Sturz von Ministern und Regierungen einfach. Der Reichskanzler konnte beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags verlangen. Kein Reichstag hat die volle Legislaturzeit von vier Jahren erreicht. Dazu gab es die Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid.

Grundrechte: Der zweite Hauptteil von Artikel 109 bis Artikel 165 behandelt die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen. Dazu gehören die Rechtsgleichheit, die Aufhebung des Adels, die Freiheit der Person, die Religionsfreiheit, die Freiheit von Kunst und Wissenschaft. Eigentum ist geschützt, verpflichtet aber auch. Art. 165: *Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.*

Der Reichspräsident

Der Reichspräsident wird direkt vom Volk auf sieben Jahre gewählt. Allerdings wurde Friedrich Ebert von der Nationalversammlung gewählt und danach bis zu seinem Tod 1925 immer wieder verlängert. Danach wurde Hindenburg 1925 direkt gewählt und 1932 direkt verlängert, jeweils im zweiten Wahlgang.

Artikel 48: *(1) Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. (2) Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen. (3) Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.*

Dieser Artikel, der für den Notstand dem Reichspräsidenten die Verantwortung und die Macht überträgt, wurde schon von Ebert dazu benutzt, strittige und wichtige Gesetzesvorhaben zu beschleunigen. Nachdem Hindenburg Präsident geworden war, arbeitete seine Umgebung daran, aus dem Artikel 48 die rechtliche Grundlage für eine Präsidialregierung zu machen, und seit 1930 regierte Hindenburg mit diesem Notstandsartikel als Präsidentenvollmacht.

Die Weimarer Republik scheiterte nicht an ihrer Verfassung, sondern an dem Nichtvorhandensein einer republikanisch-demokratischen Mehrheit, insbesondere seit 1929.

Verabschiedung der Verfassung

Die Ausarbeitung und Verabschiedung der Verfassung war überlagert von der Zustimmung zum Versailler Vertrag, der am 12. Mai vorgelegt wurde und ohne Änderung angenommen werden musste. Philipp Scheidemann trat zurück, die neue Regierung unter Gustav Bauer erhielt die Zustimmung mit 237 gegen 138 Stimmen und unterzeichnete den Vertrag am 28. Juni 1919.

Am 31. Juli 1919 wurde die Verfassung in Dritter Lesung mit 262 zu 75 Stimmen angenommen, 84 Abgeordnete fehlten bei der Abstimmung. Am 11. August wurde sie von Friedrich Ebert unterschrieben und im Reichsgesetzblatt verkündet, am 14. August trat die Verfassung in Kraft. Die Nationalversammlung löste sich am 21. Mai 1920 auf. In der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 verloren die Weimarer Parteien über 25%, die Regierungsbildung wurde schwieriger.

(Gerhard Anschütz: Die Verfassung des Deutschen Reiches. Kommentar, zuerst 1921)

Konstantin Fehrenbach (1852 – 1926)
Joseph Wirth (1879 – 1956)
- Zentrumspolitiker aus Baden und Reichskanzler

Themen:

Katholische Volkspartei und badisches Zentrum im Großherzogtum
Konstantin Fehrenbach und Josef Wirth: Freiburg - Berlin
Der Reichskanzler Wirth
Das Ende von Weimar
Exil im dritten Reich
Fremd im Nachkriegsdeutschland

Literatur:

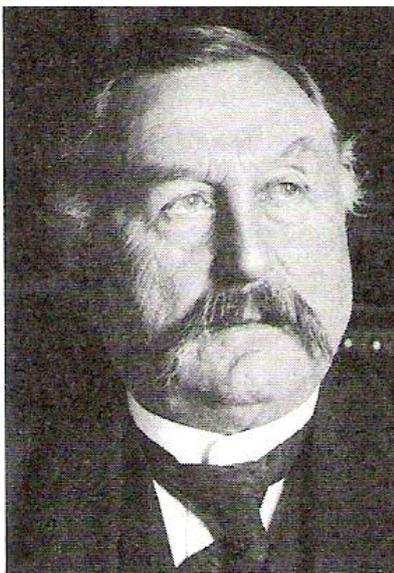
Gernot Erler/Karl-Otto Sattler: Die unterlassene Ehrung des Reichskanzlers Josef Wirth. Blüten eines provinziellen Antikommunismus. Ein dokumentarisches Lesebuch. Freiburg 1980
Wolfgang Hug: Geschichte Badens. Theiss Stuttgart 1992
Bernhard Zilling: Joseph Wirth, S. 243- 253, In:
Helmut Engler (Hrsg): Große Badener. DVA Stuttgart 1994,
Heinrich Küppers: Josef Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik. Steiner Wiesbaden 1997.
Ulrike Hörster-Philipps: Joseph Wirth. Eine politische Biografie. Paderborn 1998
Bernd Braun: Constantin Fehrenbach (1852 – 1926), Seite 106-115
Ulrike Hörster-Philipps: Joseph Wirth (1879 – 1956), Seite 116-125), In:
Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Kohlhammer Stuttgart 2005, S. 106

Das badische Zentrum (Wolfgang Hug, Geschichte Badens)

Zentrum und SPD waren beide in den sechziger Jahren entstanden. Das badische Zentrum (bis 1988 katholische Volkspartei) war ein Kind des Kulturkampfes. Dem Zentrum ging es vordringlich um Kirche und Christentum, zugleich um eine politisch-soziale Emanzipation der Katholiken. Die Partei hielt engen Kontakt zum Klerus; sie wurde in den achtziger Jahren von dem Prälaten Leuder geführt (bis 1933 standen fortan stets Geistliche an der Spitze des badischen Zentrums), der sich wie sein Bischof Orbin der liberalen Regierung gegenüber kompromissbereit zeigte. Damit untergrub er aber das Vertrauen der katholischen Wähler: Der steile Aufstieg, mit dem die Katholiken 1881 bereits 23 (von 65) Landtagsmandaten erreicht hatten, wurde jäh gestoppt: 1887 bekam die Partei nur noch neun Sitze. Nun übernahm der entschiedene „Kämpfer“ Theodor Wacker, Pfarrer in Freiburg-Zähringen und bald als „Löwe von Zähringen“ bewundert und gefürchtet, die Parteileitung. Er wusste sich vom politischen Katholizismus in Deutschland seit dem Freiburger Katholikentag von 1888 und dem preußisch-deutschen Zentrumsführer Windthorst in seinem weitgehend „ultramontanen“ Kurs bestätigt. Er gewann der Partei die alte Stärke im Landtag zurück, indem er kirchen- und kulturpolitisch scharf konservativ blieb, zugleich aber für ein demokratisches (egalitäres, direktes) Wahlrecht und für sozialen Ausgleich (zugunsten des im Land benachteiligten katholischen Bevölkerungsteils) kämpfte. An der Basis konnte das Zentrum auf die organisatorische Struktur der Kirche bauen: Pfarrer waren Ortsvorsitzende, im Pfarrhaus oder Pfarrsaal hielt man Partei - Versammlungen, hier wurde die Werbe- und Agitationsarbeit koordiniert. Der 1890 gegründete „Volkverein für das katholische Deutschland“, eine Massenorganisation mit 62 000 Mitgliedern in Baden (1914), diente der Partei als wirksame und verlässliche Transmissionskraft in allen sozialen Schichten des katholischen Volkes. Offenbar auf Druck von Erzbischof Nörber (1898-1920) gab Wacker allmählich seinen radikalen Kurs auf, trat den Fraktionsvorsitz 1903 an den konzilianteren Josef Schofer ab, unter dem das Zentrum dann 1905 (nach der Wahlrechtsreform) zur stärksten Fraktion mit 28 (von jetzt 73) Landtagsabgeordneten wurde.

Konstantin Fehrenbach: Leben im Überblick

- 1852** 11. Januar: Konstantin Fehrenbach wird als Sohn des Volksschullehrers Johann Fehrenbach und dessen Frau Rosina (geb. Gensecke) in Wellendingen (Schwarzwald) geboren.
- 1865-1871** Knabenkonvikt in Freiburg als Vorbereitung auf eine Priesterlaufbahn
- 1871-1878** Studium der Theologie und der Rechtswissenschaften in Freiburg im Breisgau.
- 1882** Rechtsanwalt in Freiburg. Er macht sich als Strafverteidiger rasch einen Namen.
- 1884** Als Mitglied der Zentrumsparterie beginnt Fehrenbach seine politische Laufbahn als Freiburger Stadtverordneter im kommunalen Bereich.
- 1885** Für das Zentrum wird er in den badischen Landtag gewählt.
- 1887** Wegen Differenzen mit der Parteiführung scheidet er aus dem Parlament aus und zieht sich zunächst aus der Politik zurück.
- 1895** Wahl zum Freiburger Stadtrat und 1896 Kreisabgeordneter.
- 1901-1913** Wiederum ist Fehrenbach Zentrumsabgeordneter im badischen Landtag.
- ab 1903** Mitglied des Reichstags für das Zentrum.
- 1907-1909** Präsident des badischen Landtags.
- 1913** Nationale Bekanntheit erlangt Fehrenbach durch seine scharfe Kritik an dem Vorgehen des Militärs in der Zabern-Affäre. Er fordert eine präzisere verfassungsrechtliche Begrenzung der Militärgewalt.
- 1917** Fehrenbach wird Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstags.
- Juli: Er setzt sich innerparteilich für die Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstags ein, die von Erzberger eingebracht wurde und eine Beendigung des Ersten Weltkriegs auf der Basis eines Verständigungsfriedens fordert.
- 1918** Juli: Er wird zum Präsidenten des Reichstags gewählt.
- 1919/20** Präsident der Nationalversammlung in Weimar.
- 1920** Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni bildet Fehrenbach als Reichskanzler ein bürgerliches Minderheitenkabinett mit der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP). Seine Außenpolitik zielt auf eine Verständigung mit den Siegermächten in der Reparationsfrage. Er bemüht sich vergeblich um eine Vermittlerrolle der USA.
- Als Reichskanzler führte er die deutsche Delegation bei den Reparationskonferenzen in Spa und in London. Nach der Festsetzung der deutschen Reparationslasten auf 132 Milliarden Goldmark trat Fehrenbach am 4. Mai **1921** zurück, da der Reichstag dieser Regelung nicht zustimmte. Sein Nachfolger wurde Joseph Wirth.
- 1923-1926** Fraktionsvorsitzender des Zentrums im Reichstag.
Stellvertretender Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.
- 1926** 26. März: Konstantin Fehrenbach stirbt in Freiburg.



Konstantin Fehrenbach



Joseph Wirth

Konstantin Fehrenbachs Zabern-Rede

Aus einer Reichstagsrede des führenden Zentrumsabgeordneten Konstantin Fehrenbach vom 3. 12. 1913 (Gerhard A. Ritter (HRSG): Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1914. Ein Historisches Lesebuch. V&R Göttingen 1975, S. 342 - 344)

Meine Herren, das Unzulängliche, hier wird es Ereignis. "

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) . . . Das Unbeschreibliche, hier ist es getan.

(Wiederholte lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Das sind leider die Empfindungen, mit denen wir den Vorgängen in Zabern während des Monats November gegenüberstehen, mit denen wir aber leider noch mehr den Ausführungen gegenüberstehen, die wir vorhin von der Regierung gehört haben. (Stürmischer andauernder Beifall im Zentrum und links.)

Zu diesen Empfindungen gesellt sich aber auch das Gefühl der Beschämung,

(wiederholte stürmische Zustimmung im Zentrum und links.) dass sich das im Deutschen Reich ereignen konnte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Dazu gesellt sich aber auch ein bitterer Schmerz über die moralischen Verluste dieses unglücklichen Monats, (lebhaft Zustimmung im Zentrum und links) die nur in schwerer Arbeit und erst nach langer, langer Zeit wieder gut gemacht werden können [. ..]

Unser Zweck wird es sein, zu unseren Teilen an den Schäden, die eingetreten sind, und die wir noch weiter befürchten, heilen zu helfen.

In diesem Sinne trete ich für meine Person und tritt meine Partei an die Aufgabe heran, und ich bedaure nur außerordentlich, daß ich in meiner bestimmten Erwartung durch die Ausführungen von der Regierungsbank, des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Kriegsministers eine mächtige Vorarbeit vorzufinden, so schwer getäuscht worden bin.

(Lebhafter Beifall im Zentrum. Hört, hört! bei den Sozialdemokraten)

Es wird mir keiner im Hause, der mich kennt, und es wird auch meiner Partei niemand nachsagen, der sie kennt, dass uns und mir das Gefühl für die Autorität abgeht,

(sehr richtig! im Zentrum) dass wir nicht in eine volle Würdigung der Bedeutung und Machtstellung auch unseres Militärs einzutreten befähigt sind. Aber was heute hier vorgetragen worden ist, das klingt aus einer anderen Welt, (stürmische Zustimmung im Zentrum und links) das ist so schmerzhaft, da gibt es gar keine Übertreibung mehr.

(Wiederholte stürmische Zustimmung im Zentrum und links.) Meine Herren, das Recht geht voran, und wenn der Herr Reichskanzler gesagt hat: Schützen des Rechts, aber auch Schützung der öffentlichen Gewalt, dann sage ich: das zarteste Pflänzchen, das hier des meisten Schutzes bedarf, ist Recht und Gesetz, und wenn Recht und Gesetz beeinträchtigt werden durch irgendwen, auch durch eine öffentliche Gewalt, dann sind die hiesigen Stellen berufen, hier Remedur eintreten zu lassen, (Stürmische Zustimmung im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten) und für das geschwächte Recht ein mächtiges Wort auszusprechen. (Andauerndes stürmisches Bravo.)

Meine Herren, wir haben ja einige bedauernde Äußerungen gehört über das, was sich von seiten des Militärs in Zabern zugetragen hat. Aber haben wir irgend etwas gehört, was dagegen getan wird, wie für das gebeugte Recht Sühne geschaffen wird? (Lebhafte Rufe: Sehr gut!) Wir haben darüber nichts gehört, wir haben Ausführungen von seiten des Herrn Reichskanzlers, die sich im wesentlichen [...] auf die Berichte der Militärs gestützt haben. Wir haben Darlegungen gehört, die, wie mir scheint, wenn auch nicht direkt ausgesprochen, die Pflicht und die Tätigkeit der Zivilverwaltung in das bedenklichste Licht setzen.

(Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Und, meine Herren, was wir von dem Herrn Kriegsminister gehört haben — wenn nur dieser Mut, dieser unnötige Mut, (große Heiterkeit) diese unnötige Forschheit und Schneid nicht in die Herzen all' der jungen Leutnants einzieht gegen unsere Zivilbevölkerung, sonst wird es unheimlich. Wenn ich das Wort gehört habe — ich glaube es fast nicht, daß es gefallen ist — von dem Säbel, der einen anderen durchstechen soll (stürmische Zurufe: Jawohl, es ist gesagt worden!) — ich hoffe, daß es nicht in dem Zusammenhange gefallen ist; es wäre ein zu grausames Wort gewesen. Auch das Militär untersteht dem Gesetz und dem Recht, (stürmische Zustimmung im Zentrum, links und bei den Sozialdemokraten) und wenn wir zu den Zuständen kämen, das Militär »ex lex« zu stellen und die Zivilbevölkerung der Willkür des Militärs preiszugeben, dann, meine Herren: finis Germaniae.

Nach der Debatte sprach der Reichstag dem Reichskanzler mit 293 gegen 54 Stimmen seine Missbilligung aus.

Joseph Wirth: Leben im Überblick

1879 6. September: Joseph Wirth wird in Freiburg/Breisgau als Sohn des Maschinenmeisters Karl Wirth und dessen Frau Agathe (geb. Zeller) geboren. Nach späteren Angaben Wirths wurde er durch das christliche und soziale Engagement seiner Eltern stark geprägt.

1899-1906 Wirth studierte Mathematik, Naturwissenschaften und Nationalökonomie in Freiburg. Sein Studium schließt er mit einer Dissertation in Mathematik ab.

1906-1913 Er arbeitete als Mathematiklehrer an einem Freiburger Realgymnasium.

1909 Wirth war Mitbegründer und erster Präsident der Akademischen Vinzenzkonferenz. Die karitative Laienorganisation bietet Hilfe für Arme und Bedürftige an.

1911 Für die Zentrumspartei wurde er in das Freiburger Stadtverordnetenkollegium gewählt.

1913-1921 Wirth war Mitglied des Badischen Landtags.

1914 Er wird Reichstagsabgeordneter. Sein Hauptanliegen gilt der sozialen Frage, deren Lösung er von gesellschaftlichen Reformen abhängig macht.

1914-1917 Mit Beginn des Ersten Weltkriegs meldet sich Wirth als Kriegsfreiwilliger. Für dienstuntauglich erklärt, tritt er dem Roten Kreuz bei. Dienst als Krankenpfleger an der West- und Ostfront. Eine Lungenentzündung beendet seinen Einsatz.

1917 19. Juli: Wirth stimmt im Reichstag für die von Matthias Erzberger eingebrachte Friedensresolution.

1918 10. November: Während der Novemberrevolution wird er Finanzminister der Vorläufigen Badischen Volksregierung.

1919 Februar: Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung. Wirth bezeichnet sich selbst als "entschiedenen Republikaner". April: Ernennung zum Finanzminister des Freistaats Baden.

1920/21 Wirth ist Finanzminister in den Kabinetten der Reichskanzler Hermann Müller und Konstantin Fehrenbach.

1921 10. Mai: Nach dem Rücktritt Fehrenbachs bildet Wirth als neuer Reichskanzler eine Koalition aus Zentrum, Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD) und Deutscher Demokratischer Partei (DDP). Er spricht sich für die Annahme des Londoner Ultimatums, mit dem das Deutsche Reich zur Anerkennung der alliierten Reparationsforderungen gezwungen werden soll, aus. Die extreme Rechte ruft aufgrund der "Erfüllungspolitik" zu Mordanschlägen gegen Wirth auf.

22. Oktober: Aus Protest gegen die Teilung Oberschlesiens tritt Wirth mit dem Kabinett zurück. 26.

Oktober: Er wird von Reichspräsident Friedrich Ebert erneut mit der Regierungsbildung beauftragt.

1922 16. April: Wirth unterzeichnet zusammen mit Außenminister Walther Rathenau den Rapallo-Vertrag mit der Sowjetunion. Mit dem Vertrag durchbricht Deutschland seine außenpolitische Isolation. Juni: Nach der Ermordung Rathenaus durch Rechtsextremisten ruft Wirth zur Verteidigung der Demokratie und der Weimarer Republik auf.

21. Juli: Wirth setzt das Gesetz zum Schutz der Republik durch.

14. November: Er zieht die Konsequenz aus dem Scheitern der "Erfüllungspolitik" und tritt als Reichskanzler zurück.

1924 Wirth tritt dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei. Der parteiübergreifende Verband versammelt republiktreue Kräfte mit dem Ziel der Verteidigung der Republik. Wirth gehört dem erweiterten Vorstand an.

1925 15. Januar: Der parteilose Reichskanzler Hans Luther bildet eine Regierungskoalition, der neben dem Zentrum, der DDP, der Deutschen Volkspartei (DVP) auch die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) angehört. Als führender Vertreter des linken Parteiflügels kritisiert Wirth die Zusammenarbeit des Zentrums mit der DNVP.

August: Nach Differenzen um den sozialpolitischen Kurs der Partei tritt Wirth aus der Reichstagsfraktion des Zentrums aus. Sein Reichstagsmandat behält er.

1929 13. April: Reichsminister für die Besetzten Gebiete im zweiten Kabinett von Müller.

1930 30. März: Im Präsidialkabinett unter Reichskanzler Heinrich Brüning wird Wirth Innenminister, 1931 auf Druck von Hindenburg aber entlassen. Nachfolger Wilhelm Groener.

1933 In der Debatte über das Ermächtigungsgesetz beugt sich der Abgeordnete Wirth dem Fraktionszwang und stimmt mit dem Zentrum "mit Tränen in den Augen" dafür

24. März: Er emigriert nach Wien, da er als entschiedener Gegner des tags zuvor verabschiedeten Ermächtigungsgesetzes von der Verhaftung bedroht ist.

ab 1933 Seine Aufklärungsarbeit über den totalitären Charakter des NS-Regimes sowie sein Engagement gegen den im Deutschen Reich herrschenden Antisemitismus führen Wirth durch zahlreiche Staaten Europas und in die USA.

1935 Wirth lässt sich in Paris nieder. Von den deutschen Emigrantenkreisen in der Stadt distanziert er sich.

1939 September: Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs verlässt Wirth Paris und begibt sich nach Luzern in die neutrale Schweiz.

1939/40 Wirth unterhält Kontakt zum Widerstand in der Wehrmacht. Auf Wunsch von Wilhelm Canaris vermittelt er zwischen dem britischen Premierminister Arthur Neville Chamberlain und der deutschen Opposition über eine Friedensregelung. Die britische Regierung, die im Fall eines Umsturzes in Deutschland der neuen Regierung politische Zusammenarbeit und wirtschaftliche Hilfe zusichert, sieht in dem ehemaligen Reichskanzler Wirth einen vertrauenswürdigen Gesprächspartner.

1940 10. Mai: Der beginnende Frankreichfeldzug der deutschen Wehrmacht sowie der Rücktritt Chamberlains beenden die Vermittlungsversuche.

1942-1945 Wirth schließt sich einem Kreis deutscher Exilpolitiker an, zu dem auch Otto Braun und Wilhelm Dittmann gehören. Der Kreis entwirft Richtlinien für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Ende des Kriegs.

1945 12. April: Aus dem Kreis der Exilpolitiker geht die Arbeitsgemeinschaft "Das Demokratische Deutschland" hervor, welche die Interessen der in der Schweiz lebenden Deutschen wahrnehmen will und Grundsätze für einen demokratischen und föderalistischen Wiederaufbau Deutschlands entwirft. Wirth gründet nach Kriegsende die Katholische Deutsche Hilfe, die in der Schweiz Hilfslieferungen an die notleidende deutsche Bevölkerung organisiert.

1948 August: Nach einer persönlichen Bitte an den französischen Außenminister Robert Schuman erhält Wirth die Einreiseerlaubnis in die französische Besatzungszone. Er kehrt aus dem Exil zurück und lässt sich in Freiburg nieder.

Wirth gründet die christlich-soziale Arbeiterpartei "Union der Mitte".

ab 1952 nimmt Wirth an zahlreichen Friedenskongressen in ganz Europa teil.

1953 Wirth ist Mitbegründer und Vorsitzender des "Bundes der Deutschen für Einheit, Frieden und Freiheit" (BdD). Der BdD wendet sich gegen die von Konrad Adenauer betriebene Westintegration und strebt eine Verständigung mit der Sowjetunion an.

1954 Verleihung der deutschen Friedensmedaille.

1955 Wirth spricht sich entschieden gegen den Aufbau der Bundeswehr und gegen den NATO Beitritt der Bundesrepublik aus.

Oktober: Er erhält die Ehrendoktorwürde der Humboldt-Universität in Ost-Berlin.

1956 3. Januar: Joseph Wirth stirbt in Freiburg.

M6 Ergebnisse der Reichstagswahlen 1919–1933 (in % der abgeg. gültigen Wählerstimmen)

	Jan. 1919	Juni 1920	Mai 1924	Dez. 1924	Mai 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
KPD	–	2,1	12,6	9,0	10,6	13,1	14,3	16,9	12,3
USPD	7,6	17,9	0,8	0,3	–	–	–	–	–
SPD	37,9	21,7	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3
Zentrum/BVP	19,7	18,2	16,6	17,3	15,2	14,8	15,7	15,0	13,9
DDP	18,5	8,3	5,7	6,3	4,9	3,8	1,0	1,0	0,9
DVP	4,4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,5	1,2	1,9	1,1
DNVP	10,3	15,1	19,5	20,5	14,2	7,0	5,9	8,3	8,0
NSDAP	–	–	6,5	3,0	2,6	18,3	37,3	33,1	43,9
Sonstige	1,6	2,8	8,6	6,5	14,0	14,0	3,0	3,4	1,6

(Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 52. Jg., 1933, S. 599)

Die Regierungen der Weimarer Republik 1920 - 1923

27. 3. - 8. 6. 1920 Neue Regierung unter Hermann Müller (MSPD)

Die Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 bringt für die Parteien der Weimarer Koalition ein verheerendes Ergebnis. Die DDP verliert 10%, die SPD 16%, die Koalition hat keine Mehrheit mehr (46% statt 75%). Gewinnerin ist die rechtsbürgerliche DVP und die nationalistische DNVP. Die folgenden Regierungen sind meistens Bürgerblockregierungen, die für eine Mehrheit auf die SPD angewiesen sind. Die SPD will sich in der Opposition erholen und nähert sich der USPD an, mit der sie sich 1922 wieder vereinigt. Die Wähler gehen aber mehrheitlich zur neugegründeten KPD.

25. 6. 1920 – 4. 5. 1921 Reichskanzler Konstantin Fehrenbach (Zentrum) mit DDP und DVP

April 1921 Besetzung der Rheinhäfen Düsseldorf und Duisburg als französische Sanktion

27. April 1921 Festlegung der Reparationszahlungen durch die Reparationskommission

2. Mai 1921 polnische Freischärler besetzen die Abstimmungsgebiete in Oberschlesien

Daraufhin tritt die Regierung Fehrenbach zurück.

5. Mai Ultimatum der Siegermächte mit Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets.

Für die Bildung einer neuen Regierung entscheidet sich die Zentrumsfraktion gegen Konrad Adenauer für Josef Wirth.

10. 5. – 22. 10. 1921 Reichskanzler Josef Wirth (Zentrum) mit DDP und SPD

26. August 1921 Ermordung Matthias Erzbergers

seit 1921 geheime Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee in Russland

20. 10. 1921 Der Völkerbund entscheidet über die oberschlesischen Gebiete für Polen

Daraufhin Rücktritt und Neubildung der Regierung Wirth

26. 10. 1921 – 14. 11. 1922 Reichskanzler Josef Wirth (Zentrum) mit DDP und SPD

31. Januar 1922: Walter Rathenau übernimmt das Außenministerium von Wirth

April 1922 Reparationstagung in Genua mit der Beteiligung von Rathenau und Wirth

16. April 1922 Vertrag von Rapallo Rathenau – Tschitscherin (Russland)

24. Juni 1922 Ermordung des Reichsaußenministers Walter Rathenau

Reichskanzler Wirth: *Der Feind steht rechts*

24. 10. 1922: Eine große Koalition verlängert das Mandat Friedrich Eberts bis Juni 1925.

Wegen der Verhandlungen Wirths mit der DVP über eine Regierungsbeteiligung und der Industrie wegen der Reparationsforderungen tritt die SPD aus der Regierung aus. So muss die Regierung Wirth am 14. November zurücktreten.

22. 11. 1922 – 12. 8. 1923 Reichskanzler Wilhelm Cuno (parteilos) mit Zentrum und DDP

Januar 1923 Inflation: 1 Goldmark entspricht 2500 Reichsmark

Die Regierung Cuno schlägt den Siegermächten ein fünfjähriges Moratorium vor

11. Januar 1923 französisch-belgischer Einmarsch ins Ruhrgebiet „produktives Pfand“

Vertrag von Rapallo

Der Vertrag von Rapallo ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der am 16. April 1922 in Rapallo zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (späteres Gründungsmitglied der Sowjetunion) geschlossen wurde. Der überraschende Vertragsschluss fand am Rande der Finanz- und Wirtschaftskonferenz von Genua statt. Unterzeichnet wurde der Vertrag von dem Außenminister des Deutschen Reiches Walther Rathenau und seinem russischen Amtskollegen Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin. Der Vertrag normalisierte die Beziehungen der beiden Staaten, die mit ihm ihre internationale Isolation durchbrechen wollten, und sollte die Verhandlungsposition des Deutschen Reiches gegenüber den Westmächten stärken. Mit dem Deutschen Reich, dessen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs der Frieden von Versailles konstatiert hatte, und dem kommunistischen Russland schlossen sich zwei Geächtete der damaligen internationalen Politik zusammen.

Der Vertrag hatte hauptsächlich den Inhalt, dass das Deutsche Reich und Russland ihre durch den Krieg und die russische Revolution unterbrochenen diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufnahmen (nach dem Prinzip der Meistbegünstigung). Letzteres war für das Deutsche Reich ein eminent wichtiger Punkt, da seine Waren von den ehemaligen Kriegsgegnern in Westeuropa weiterhin boykottiert wurden. Des Weiteren verzichteten beide Staaten auf Reparationen für Kriegsschäden, das Deutsche Reich zudem auf Entschädigungen für im Zuge der Revolution verstaatlichten ehemals deutschen Besitz.

Im Umfeld des Vertrags wurde die Lieferung von Industrieanlagen an Russland vereinbart, durch die es die Ölfelder von Baku ohne Unterstützung westlicher Firmen hätte betreiben können. Zudem hatte sich das Deutsche Reich verpflichtet, Lageranlagen und Tankstellen zur Vermarktung russischer Ölprodukte einzurichten. Auf diese Weise plante das Deutsche Reich, die Abhängigkeit von britischen und amerikanischen Ölkartellen zu mindern, die den Markt beherrschten.

Rede des Reichskanzlers Josef Wirth

(Rede im Reichstag nach der Ermordung Walter Rathenaus am 24. Juni 1922, Auszug)

Meine Damen und Herren! Trotz der Leere des Hauses oder gerade deswegen will ich eine ruhige Minute benutzen, um Ihre Aufmerksamkeit zu erbitten. Es war nicht möglich, gestern mittag und gestern abend den Werdegang des Herrn Ministers Rathenau und seine Verdienste um das deutsche Volk, den deutschen Staat und die deutsche Republik ausgiebig zu würdigen. Es war auch nicht möglich, in Ihrer Mitte - und ich persönlich müsste als sein Freund das mit besonderer Bewegung tun -, über die großen Entwürfe seiner Seele zu sprechen. Allein, meine Damen und Herren, eins will ich in Ihrer Mitte doch sagen. Wenn Sie in Deutschland auf einen Mann, auf seine glänzenden Ideen und auf sein Wort hätten bauen können, in einer Frage die Initiative zu ergreifen im Interesse unseres deutschen Volkes, dann wäre es die Weiterarbeit des Herrn Dr. Rathenau bezüglich der großen Schicksalsfrage der Alleinschuld Deutschlands am Kriege gewesen. Hier sind die großen Entwicklungen jäh unterbrochen, und die Herren, die die Verantwortung dafür tragen, können das niemals mehr vor ihrem Volke wieder gutmachen.

Aber, meine Damen und Herren, ich bin der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Hergt mit steigender Enttäuschung gefolgt. Ich habe erwartet, dass heute nicht nur eine Verurteilung des Mordes an sich erfolgt, sondern dass diese Gelegenheit benützt wird, einen Schnitt zu machen gegenüber denen, gegen die sich die leidenschaftlichen Anklagen des Volkes durch ganz Deutschland erheben. Ich habe erwartet, dass von dieser Seite heute ein Wörtchen falle, um einmal auch die in Ihren eignen Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung einer Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen.

Was Sie zum Beispiel, Herr Abgeordneter Körner, persönlich in Ihren Zeitungen im Schwabenland geschrieben haben, das können Sie nicht wieder gutmachen.

Wie weit die Vergiftung in Deutschland geht, will ich einmal an einem Beispiel zeigen. Ich verstehe, dass man an der Politik der Regierung, an unserem Verhalten persönlicher und politischer Art Kritik üben kann. Warum nicht? Ich verstehe auch ein scharfes Wort, verstehe auch Hohn und Spott im politischen Kampf, verstehe die Verzerrung zur Karikatur. Ziel und Richtung unserer Politik - das ist, glaube ich, oder sollte es wenigstens sein, Gemeingut des ganzen Hauses - Ziel und Richtung unserer Politik ist die Rettung der deutschen Nation.

Die Methode, meine Damen und Herren, die ist strittig. In Fragen der Methode aber sollten sich Söhne des deutschen Volkes mindestens immer mit der Hochachtung begegnen, die es uns ermöglicht, vor dem Ausland als eine einheitliche Nation überhaupt aufzutreten.

.... Dann fährt der betreffende Kollege fort: »Die jetzige Regierung ist in Wirklichkeit nur eine, vom Deutschen Reich zwar bezahlte, Angestellte, der Entente, die ihre Forderungen und Vorschriften einfach zu erfüllen hat; sonst wird sie einfach auf die Straße gesetzt und ist brotlos.« Können Sie sich eine größere Entwürdigung von Menschen denken, die, wie wir, seit Jahresfrist an dieser Stelle stehen? Steigt Ihnen (zu den Deutschnationalen) da nicht auch die Schamröte ins Gesicht?! Das Deutsche Tageblatt, Herausgeber Reinhold Wulle. Aber, meine Damen und Herren, die Sache hat noch eine größere Bedeutung! Hier liegt nicht nur eine redaktionelle Verantwortung vor, sondern dieser Artikel mit den schmähhlichsten Beleidigungen ist ausdrücklich geschrieben von Reinhold Wulle, Mitglied des Reichstags.

...In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! Aber nicht Demokratie, die auf den Tisch schlägt und sagt: wir sind an der Macht! - nein, sondern jene Demokratie, die geduldig in jeder Lage für das eigene unglückliche Vaterland eine Förderung der Freiheit sucht! In diesem Sinne, meine Damen und Herren, Mitarbeit! In diesem Sinne müssen alle Hände, muss jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland diese Atmosphäre des Mordes, des Zankes, der Vergiftung zu zerstören!

Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. - Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!

(Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte und links und auf sämtlichen Tribünen. - Große langandauernde Bewegung)

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Als Reaktion auf republikfeindliche Gewalttaten und Aufstandsversuche aus dem rechten und linken politischen Spektrum gründete sich auf Initiative der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) am 22. Februar 1924 in Magdeburg das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" zum Schutz der parlamentarischen Demokratie. Neben der SPD wurde es von dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sowie von den Gewerkschaften getragen. Seine Hauptaufgabe erkannte das Reichsbanner in der Verteidigung der Weimarer Republik gegen deren rechts- und linksextremistische Feinde. Als satzungsgemäß überparteilicher Bund republikanisch gesinnter Kriegsteilnehmer entwickelte sich das Reichsbanner zu einer der größten Massenorganisationen der Weimarer Republik. 1932 gehörten ihm mehr als drei Millionen Mitglieder an, darunter namhafte Politiker wie Hugo Preuß, Joseph Wirth, Otto Wels, Julius Leber oder Kurt Schumacher.

Nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) bei der Septemberwahl von 1930 versuchte das Reichsbanner, dem verstärkt einsetzenden Straßenterror der Sturmabteilung (SA) durch die Bildung militärisch organisierter Formationen entgegenzutreten. Bis in den Februar 1933 hinein sollten diesem Kampf 47 Reichsbannerleute zum Opfer fallen. Mit der Anwendung des Führerprinzips in der inneren Organisation und der Pflege des Wehrsports näherte sich das Reichsbanner dabei jedoch in Form und Inhalt der rechten Konkurrenzorganisation der SA zunehmend an.

1931/32 vereinigte sich das Reichsbanner mit den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) organisierten Freien Gewerkschaften und anderen Verbänden zur Eisernen Front. Ihr Emblem mit den charakteristischen drei Pfeilen stammt von dem Exilrussen Sergej Tschachotin (1883-1973) und symbolisiert die wichtigsten Gegner der Eisernen Front: die "Adelskamarilla", die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Doch trotz ihrer zahlreichen Mitglieder konnte die Eisernen Front an der politischen Kräftekonstellation nur wenig ändern. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurden die ehemaligen Funktionäre und Mitglieder des Reichsbanners systematisch verfolgt.

Der Reichspräsident von Hindenburg gegen Wirth als Reichsinnenminister

Heinrich Brüning, Memoiren 1918 – 1934, DVA Stuttgart 1970, S. 273/4

Vor Beginn der Feier (zur Ehrung der Gefallenen) brachte mir Treviranus die Nachricht, dass Oskar Hindenburg wegen der Nichtbeflaggung der Gebäude den Kopf des Reichsinnenministers gefordert hatte, obwohl dieser nach der Reichsverfassung den Ländern keine Vorschriften in dieser Frage machen konnte. Er hatte dabei auch Treviranus gegenüber geäußert, dass "mit diesem Schwein und anderen Schweinen im Kabinett aufgeräumt werden müsse". Als der Reichspräsident mit seinem Sohn in den Reichstag kam und vom Präsidium des Reichstags und einer Reihe von Kabinettsmitgliedern in der Empfangshalle begrüßt wurde, fuhr er vor diesem Gremium auf den Reichsinnenminister los und schnauzte diesen nach alter militärischer Methode an. Ich hatte große Mühe, Wirth, der sofort seine Demission einreichen wollte, zu beruhigen. Die anderen Mitglieder des Kabinetts waren über diesen Vorgang äußerst erregt.

Wirth verlor sein Amt im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung vom 7. – 9. Oktober 1931. Sein kommissarischer Nachfolger wurde Wilhelm Groener.

Gustav Stresemann, Reichskanzler und Außenminister

Politischer Werdegang 1878 – 1918

Geboren aus einer kleinbürgerlichen Schankwirtsfamilie in Berlin, Schule und Studium der Geschichte in Berlin, Nationalökonomie in Leipzig, Syndikus des BDI in Sachsen 1904 Nationalliberale Partei, seit 1907 im Reichstag, 1917 nach dem Tod Bassermanns Fraktionsvorsitzender. Anhänger maximaler Kriegsziele und des U-Boot-Krieges. Gegner der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917. Aber er war für innere Reformen: *Stresemann brachte die Dinge auf den Punkt, wenn er davon sprach, dass es an einer angemessenen politischen Führung gefehlt habe: "Die Parteien hätten gesprochen, der Reichskanzler nicht". Und er erneuerte seine Forderung, ein engeres Verhältnis zwischen Reichsleitung und Parlament herzustellen. Es brauche dies nicht "ein Abklatsch fremden Parlamentarismus" zu sein. "Deutschland werde seinen eigenen Parlamentarismus zu schaffen wissen, der nicht auf Berufspolitikern und Advokaten aufgebaut sei".* (Wolfgang J. Mommsen: Bürgerstolz und Weltmachtstreben 1890 – 1918, Propyläen 1995, S. 753)

Parteigründer und Reichskanzler 1918 - 1923

1918 22. Nov. Gründung der DVP (rechtsliberal, industriefreundlich, „Vernunftrepublikaner“). Aus dem ersten vorläufigen Programm vom 20. November 1918 (Stresemann – Friedberg): *Wir treten damit in bewussten Gegensatz zu denjenigen, welche in einer Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und in der Aufhebung des Privateigentums ihr politisches Ziel sehen. Wir verlangen insbesondere die Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, der Sparkasseneinlagen und der gewährleisteten Pensions- und Rentenbezüge. Wir treten ein für die Erhaltung der freien Bauern auf eigener Scholle, für die Kräftigung des Bauernstandes durch großzügige Schaffung neuer ausreichender Siedlungen, wie wir die Schaffung von Kreditorganisationen des durch den Krieg zerrütteten Mittelstandes fordern.*

Aus der Rede Stresemanns zur Ablehnung des Friedensvertrages (12. Mai 1919): *Was dieser Vertrag aus Deutschland macht, das ist ein zerstückeltes Reich, machtlos, rechtlos, ehrlos, auf ewige Zeit zur Fronarbeit verurteilt, von Fremdvölkern wie von Sklavenhaltern regiert. Es ist möglich, dass wir zugrunde gehen, wenn wir den Vertrag nicht unterzeichnen. Aber wir alle haben die Empfindung: es ist sicher, dass wir zugrunde gehen, wenn wir ihn unterzeichnen.*

Literatur:

Theodor Eschenburg/Frank Planitz:
Gustav Stresemann. Eine Bildbiographie.
Stuttgart 1978.
Wolfgang Stresemann: Mein Vater Gustav
Stresemann. Herbig München 1979.
Christian Baechler: Gustave Stresemann.
De l'impérialisme à la sécurité collective.
Presses Universitaires de Strasbourg 1996.
Jonathan Wright: Gustav Stresemann.
Weimar's Greatest Statesman.
Oxford UP 2002. Deutsch München 2006.
Karl H. Pohl: Gustav Stresemann.
Politiker und Bürger. VR Göttingen 2002
Eberhard Kolb: Gustav Stresemann.
Beck München 2003



Gustav Stresemann im August 1929 in Den Haag

Bei der Reichstagswahl vom Juni 1920 erhielt die DVP mit 13,9% ihr bestes Ergebnis. Sie war an den folgenden Minderheitsregierungen Fehrenbach und Cuno (22. 11. 1922) beteiligt. Die Regierung Cuno verkündete die deutsche Zahlungsunfähigkeit und schlug ein Moratorium vor. Daraufhin marschierten französisch-belgische Einheiten am 11. Januar 1923 ins Ruhrgebiet, um sich ein „produktives Pfand“ zu sichern. Die deutsche Regierung propagierte den passiven Widerstand, Frankreich verschärfte die Besetzung und trennte das Ruhrgebiet von Deutschland ab. Am 11. März wurden bei Krupp in Essen 13 Arbeiter von französischen Soldaten erschossen. Am 26. Mai 1923 wurde Albert Leo Schlageter hingerichtet. Frankreich unterstützte rheinische Separatisten für eine „Rheinische Republik“. Der unproduktive Ruhrkampf beschleunigte die Inflation zur Hyperinflation: Dollarkurs 10 000 RM im Januar, 25 000 im April, im Mai 50 000, im Juni 110 000 RM. Am 15. November 1923 Stabilisierung der neuen Rentenmark bei 4,2 Billionen alter RM für den Dollar. 13. 8. – 4. 10. 1923 Gustav Stresemann (DVP) große Koalition (SPD, DDP, Zentrum, DVP) und 6. 10. – 23. 11. 1923 Gustav Stresemann (DVP) große Koalition und parteilos. Aus einer Rede des Reichskanzlers Stresemann am 25. 10. 1923: *In dieser Not der Gegenwart nenne ich national denjenigen, der, wenn der Karren im Dreck sitzt, die Hand anlegt, um ihn herauszuziehen, aber nicht denjenigen, der daneben steht und sagt: ‚Es hilft ja doch nichts, und ihr seid nicht die rechten Männer, es zu tun‘.* Die Regierung Stresemann brach am 26. September den Ruhrkampf bedingungslos ab und begann mit den Verhandlungen zur Einführung der Rentenmark (Helfferich, Hans Luther, Rudolf Hilferding, Hjalmar Schacht, Stresemann), die am 15. November 1923 erfolgte. Damit waren alle privaten Geldvermögen, aber auch alle inneren Staatsschulden vernichtet. Die Regierung Stresemann führte im Oktober 1923 militärische „Reichsexekutionen“ gegen sozialistisch-kommunistische Landesregierungen in Sachsen und Thüringen durch.

Der Außenminister 1923 - 1929

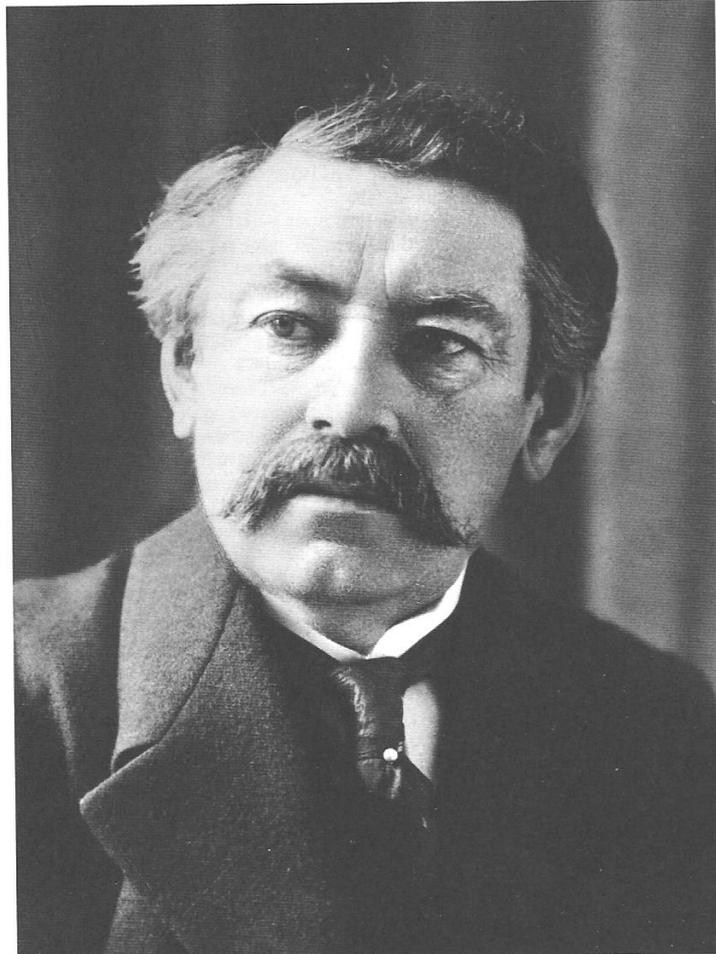
Stresemann war in seiner kurzen Kanzlerschaft sein eigener Außenminister und führte die schwierigen Verhandlungen wegen der Einführung der Rentenmark und der Weiterführung der deutschen Reparationszahlungen. In den folgenden bürgerlichen Regierungen Marx und Luther bis Mitte 1928 und in der großen Koalition unter Hermann Müller (SPD) führte er bis zu seinem Tod am 3. Oktober 1929 "im Amt" das Außenministerium. In dieser Zeit wurde er innenpolitisch zum bekanntesten Politiker, zum "Gesicht" der Weimarer Republik und nach außen zum Vertreter und Garanten einer neuen deutschen und europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik, mit den Stichworten Locarno und Völkerbund. Dafür brauchte er auf französischer Seite einen ähnlich denkenden Partner, Aristide Briand.

Aristide Briand 1862 - 1932

Geboren aus einer kleinbürgerl. Gastwirtsfamilie in Nantes, aufgewachsen in St. Nazaire, Collège in St. Nazaire, Lycée in Nantes, 1881 Baccalauréat
1883 – 1886 Jura in Paris
1886 – 1892 Anwalt und Journalist in Nantes, anarchisch-sozialistische Ausrichtung
1892 – 1902 Sozialistische Lehrzeit als Anwalt, Gewerkschaftler, Journalist in Nantes.
1902 als Anhänger von Jaurès ins Parlament gewählt. Abgeordneter bis 1932.
1906 Abspaltung von Jaurès und der SFIO. Freier Sozialist/Linker
1906 Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat
1906 zum ersten Mal Minister
1909 – 1912 zum ersten Mal Ministerpräsident (insgesamt 10 Mal, auch 1915 – 1917)
1925 – 1932 Außenminister in 14 verschiedenen Regierungen

Literatur:

Ferdinand Siebert: Aristide Briand. Ein Staatsmann zwischen Frankreich und Europa. Eugen Rentsch Verlag Zürich und Stuttgart 1973.
Günther Fuchs, Udo Scholze und Detlev Zimmermann: Werden und Vergehen einer Demokratie. Frankreichs Dritte Republik in neun Portraits. Leipzig UV 2004
Gérard Unger: Aristide Briand. Le ferme conciliateur. Fayard Paris 2005.



Aristide Briand (1862–1932)

Locarno-Politik im Überblick

- 1924 Dawesplan zur Regelung der Reparationszahlungen (Verhandlungen in der Londoner Konferenz von Januar bis April, unterschrieben am 16. August 1924)
- 1925 Räumung des Ruhrgebiets durch Ministerpräsident Herriot
- 1925 Locarnoverhandlungen und Locarnoverträge (erstes Zusammentreffen Stresemann – Briand)
- 1925 - 1926 Räumung der Kölner Zone
- 1926 Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und ständiger Sitz im Völkerbundsrat
Berliner Handelsvertrag mit der Sowjetunion.
Friedensnobelpreis für Briand und Stresemann
- 1927 Ende der Abrüstungskontrolle
- 1928 Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges als Mittel der Politik
feierliche Unterzeichnung durch 15 Nationen in Paris (Stresemann)

- 1929 Räumung der zweiten Zone im Rheinland
Pläne Briands zur europäischen Einigung, letzte Rede Stresemanns am 9. 9.
Haager Konferenzen zur Lösung der Reparationsfrage, Young-Plan zur endgültigen Lösung der Reparationsfrage (Zahlungen bis 1988)
Ein Volksbegehren gegen die Annahme scheitert an mangelnder Beteiligung (13,5%)
3. Oktober Tod Stresemanns
24. Oktober Schwarzer Donnerstag Beginn der Weltwirtschaftskrise

Dawesplan

Der Dawes-Plan sah für 1924 für Deutschland eine Reparationsrate in Höhe von 1 Milliarde Goldmark vor. Bis 1928 sollten die Zahlungen auf 2,5 Milliarden Mark steigen und dabei bleiben. Dank eines Transferschutzes ging das Risiko bei Problemen mit der Devisenbeschaffung auf die Empfänger über. Damit konnte einer erneuten Destabilisierung der Rentenmark entgegengewirkt werden.

Ein wichtiger Teil des Planes war eine internationale Anleihe von 800 Millionen Goldmark als Starthilfe für Deutschland. Weiterhin flossen bis 1929 circa 21 Mrd. Mark Kredite vor allem aus den USA nach Deutschland. Außerdem sollte die Ruhrbesetzung beendet werden.

Die Quellen für die Reparationen waren Zölle und Steuern, die direkt abgeführt werden mussten, und Zinsen und Tilgung für Schuldverschreibungen in Höhe von 16 Mrd. Goldmark, mit denen die Industrie belastet wurde. Um die Zahlungen zu sichern, wurden Reichsbank und Deutsche Reichsbahn in Aktiengesellschaften umgewandelt und unter internationale Kontrolle gestellt.

Locarnovertrag - Schlussprotokoll:

Die Vertreter der Deutschen, Belgischen, Britischen, Französischen, Italienischen, Polnischen und Tschechoslowakischen Regierung, die vom 5. bis zum 16. Oktober 1925 in Locarno versammelt waren, um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen entstehen könnten, zu sorgen, haben ihre Zustimmung zu den Entwürfen der sie betreffenden Verträge und Abkommen gegeben, die im Laufe der gegenwärtigen Konferenz ausgearbeitet worden sind und sich aufeinander beziehen:

- Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien (Anlage A)
- Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien (Anlage B)
- Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich (Anlage C)
- Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen (Anlage D)
- Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei (Anlage E).

Die Vertreter der hier vertretenen Regierungen erklären ihre feste Überzeugung, dass die Inkraftsetzung dieser Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, dass sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme gemäß den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird, und dass sie so, indem sie Frieden und Sicherheit in Europa festigt, das geeignete Mittel sein wird, in wirksamer Weise die im Artikel 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen. Sie verpflichten sich, an den vom Völkerbund bereits aufgenommenen Arbeiten hinsichtlich der Entwaffnung aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung der Entwaffnung in einer allgemeinen Verständigung anzustreben.

Völkerbund

1918 Völkerbundsakte als Teil des Versailler Vertrages (Unterzeichnung am 28. Juni)

1919 15. November erstes Zusammentreten des Völkerbundes

Lord Robert Cecil erster (und einziger) Präsident des Völkerbundes

1925/1926 Locarnoverträge und Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und als ständiges Ratsmitglied. Politik der kollektiven Sicherheit, internationale Schiedsgerichtsbarkeit:

7. Nov. 1925 Brief Stresemanns an den Kronprinzen zur Rechtfertigung seiner Politik

10. September 1926 Antrittsrede Stresemanns in Genf und Antwort Briands

17. September 1926 Treffen Stresemann – Briand in Thoiry

1927 Weltwirtschaftskonferenz unter dem Dach des Völkerbundes mit USA und UdSSR.

1928 Briand-Kellogg-Pakt zur Ächtung des Krieges

1929 Briand-Pläne zu einem europäischen Zusammenschluss

1931 Japan besetzt die Mandschurei. Der Völkerbund ist machtlos.

1932 Abrüstungskonferenz in Genf ohne Ergebnis.

1933 Austritt Deutschlands, Aufnahme der Sowjetunion als ständiges Ratsmitglied

Der „Kronprinzenbrief“ Stresemanns vom 7. Nov. 1925

Zu der Frage des Eintritts in den Völkerbund möchte ich folgendes bemerken:

Die deutsche Außenpolitik hat nach meiner Auffassung für die nächste absehbare Zeit drei große Aufgaben: Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist. Zweitens rechne ich dazu den Schutz der Auslandsdeutschen, jener zehn bis zwölf Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben. Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: die Wiedererlangung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenze in Oberschlesien: Im Hintergrund steht der Anschluss von Deutsch-Österreich, obwohl ich mir sehr klar darüber bin, dass dieser Anschluss nicht nur Vorteile für Deutschland bringt, sondern das Problem des Deutschen Reiches sehr kompliziert. Wollen wir diese Ziele erreichen, so müssen wir uns aber auch auf diese Aufgabe konzentrieren. Daher der [Locarno-]Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantiert und England, sowie, wenn Mussolini mitmacht, Italien als Garanten der deutschen Westgrenze festlegen soll ... Die Bedenken, dass wir im Völkerbund überstimmt werden, gehen von der falschen Voraussetzung aus, dass es in diesem Völkerbundsrat, der die Entscheidung hat, eine Überstimmung gibt. Die Beschlüsse des Völkerbundsrats müssen einstimmig gefasst werden. Deutschlands ständiger Sitz im Völkerbundsrat ist ihm zugesichert. ...

Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien, die sämtlich durch internationale Verträge gebunden sind, für ihre Minderheiten, d. h. speziell für die deutschen Minderheiten zu sorgen, werden sich nicht so sträflich über ihre Verpflichtungen hinwegsetzen können, wenn sie wissen, dass Deutschland alle diese Verfehlungen vor den Völkerbund bringen kann. Zudem sind alle die Fragen, die dem deutschen Volk auf dem Herzen brennen, z. B. Fragen der Kriegsschuld, allgemeine Abrüstung, Danzig, Saargebiet usw., Angelegenheiten des Völkerbunds, die durch einen geschickten Redner im Plenum des Völkerbunds zu ebenso vielen Unannehmlichkeiten für die Entente werden können.

Aus der Rede Stresemanns zum Eintritt in den Völkerbund 10. September 1926

Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip nationaler Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national Gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, dass keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. Er gab den Völkern verschiedene Blutströme, er gab ihnen als Heiligtum ihrer Seele ihre Muttersprache, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur. Aber es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, dass die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinander kehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen. Der wird der Menschheit am meisten dienen, der wurzelnd im eigenen Volk, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit, über die Grenzen des eigenen Volkes hinaus wachsend, der ganzen Menschheit etwas zu geben vermag, wie es die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben sind. So verbindet sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiet, so kann sie sich auch verbinden in politischem Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen. Die politische Auswirkung dieses Gedankens liegt in einer inneren Verpflichtung der Staaten zu gemeinsamem, friedlichem Zusammenwirken.

Aus der Antwort Briands:

Nun, meine Herren Spötter und Verächter des Völkerbundes, ist es nicht ein ergreifendes und ermutigendes Schauspiel, dass nur wenige Jahre nach dem schrecklichsten Krieg, der jemals die Welt verwüstete, die gleichen Völker, die so hart aufeinander gestoßen sind, sich nun in dieser friedlichen Versammlung vereinen und sich gegenseitig ihren gemeinsamen Willen zum Zusammenwirken bei dem Werk des allgemeinen Friedens bestätigen. Welche Hoffnung für die Völker!

Rede Stresemanns aus Anlass des Friedensnobelpreises 29. Juni 1927 in Oslo

Der Hauptteil seiner Rede ist der Friedens- und Verständigungspolitik gewidmet. Stresemann hat den Preis für seine Locarno-Politik erhalten, die zum Eintritt in den Völkerbund führte. Wie bei seiner ersten großen Rede in Genf spricht mein Vater von der Synthese zwischen der Idee des Nationalen und Internationalen, hält eine Gegenüberstellung des nationalen und internationalen Zusammenwirkens als zweier Gegensätze für töricht. Die Großen eines jeden Landes, die das Höchste in sich entwickelt haben, was Nationalität und Blutströme des eigenen Volkes ihnen gaben, ragen hinein in die Menschheit, nicht trennend, sondern verbindend, international versöhnend und doch national groß. Im ähnlichen Sinne gilt für Staatsmann und Staatsvolk Herriots schönes Wort: »International kann nur wirken, wer national fühlt.« Anschließend zitiert mein Vater einen anderen Ausspruch des gleichen französischen Staatsmannes, »dass für den Frieden nur wirken kann, wer innerlich friedlich gestimmt ist«, und wirft die so oft an Deutschland gestellte Frage auf: »Meinst Du es ehrlich mit Deinem Friedenswillen!« In seiner Antwort spürt man erneut eine weitgehende Identifizierung mit der eigenen inneren Entwicklung. Das Aussprechen des Friedensgedankens, so meint er, ist sicherlich für den Sieger leichter als für den Besiegten, die Psychologie eines jäh von der Höhe herabstürzenden Volkes nicht so einfach zu begreifen, zumal die »Höflichkeit, die gerade dem Sieger am ehesten ansteht, ihm lange gegenüber vernachlässigt wurde«. Die großen Verluste im Weltkrieg bestehen nicht nur in verlorenen Gebieten und Kolonien, im verlorenen Staats- und Volksvermögen, sondern vor allem in der verlorengegangenen Mittelschicht, der traditionellen Trägerin des Staatsgedankens. »Getreten und gedemütigt, Bettler, die einst die Führenden waren, wandte sich diese Schicht . . . gegen ungerechtfertigte Angriffe von außen, gegen Verachtung des Traditionellen im Inneren . . .« Dann kam eine weitere politische Erschütterung: der Ruhrkrieg. »Noch einmal brauste das Gefühl der Vergewaltigung im äußersten Widerstand auf.« Doch bald melden sich auch aus Amerika, England und Frankreich Stimmen der Vernunft. »Das verwundete deutsche Volk sah zum ersten Male seine Vertreter nicht als Objekt der Gesetzgebung anderer . . .« Macdonald - »Should old acquaintance be forgot?« -Herriot und dann Briand . . . sie repräsentieren eine Änderung der Weltpsychologie, an die die Mehrheit des deutschen Volkes, voran die Arbeiterklasse, zu glauben gewillt ist. So kommt es zur Locarno-Initiative, nach mancherlei in der Rede nicht verschwiegenen Hemmnissen zur Unterzeichnung des Pakts, schließlich nach weiteren Schwierigkeiten zum Eintritt in den Völkerbund, zu jenem denkwürdigen Vormittag im Genfer Reformationssaal, »Wer diese Stunden erlebt hat, der wird sie in seinem Leben nicht vergessen.« Aber wie es vor und nach Genf keine geradlinige Entwicklung gegeben hat, so wird es auch in Zukunft keinen glatten Weg geben. Denn das Leben des Menschen ist ein ständiger Kampf mit Irrtümern und Hindernissen. Doch wäre es falsch, im Pessimismus zu vergehen, weil eine kleine Zahl von Jahren nicht die Erfüllung des Ideals gebracht hat . . . weil noch nicht auf allen Seiten Misstrauen und alte Auffassungen wie mit einem Schlage einer neuen Erleuchtung gewichen sind.

*Mein Vater erwähnt die schweren Enttäuschungen, die Deutschland auf dem von ihm eingeschlagenen Friedensweg erlebt hat. Es folgen die wichtigen Worte: »Ich sehe auch Locarno nicht lediglich unter dem Gesichtspunkt der Auswirkung für Deutschland allein. Für mich ist Locarno viel mehr. Es ist einmal der Zustand des dauerhaften Friedens am Rhein ... Das ist die *treuga Dei*, das ist der Gottesfriede, der dort herrschen soll, wo seit Jahrhunderten immer wieder die Völker blutige Kriege geführt haben... Für diese Gedanken steht heute die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ein ...*

(Wolfgang Stresemann, Mein Vater Gustav Stresemann, München 1979, S. 476-478)

Aristide Briand schickte ein Danketelegramm, das vom französischen Botschafter am 10. Dezember 1926 verlesen wurde:

The Norwegian Government kindly informed me ... that the eminent body responsible for awarding the Nobel Peace Prize had conferred it on ... Mr. Stresemann, and on me. I am anxious to express to it my profound gratitude for the great honor done me. No recognition could be more precious to me than this which now crowns the most important effort of my public life, one I have dedicated in every way within my power to the realization of your ideal of peace. (Nobelprize.org im Internet)

Der Briand-Kellogg-Pakt (27. August 1928)

Der Vertrag zur Ächtung des Angriffskrieges als Mittel der Politik wurde vom französischen Außenminister Aristide Briand und vom amerikanischen Secretary of State Frank B. Kellogg angeregt und ausgearbeitet. Er wurde im August 1928 in Paris von elf Staaten unterzeichnet und trat nach der Ratifizierung zum 24. Juli 1929 in Kraft.

Der Deutsche Reichspräsident, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den Britischen Dominions in Übersee, Kaiser von Indien, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der Kaiser von Japan, der Präsident der Republik Polen, der Präsident der Tschechoslowakischen Republik, tief durchdrungen von ihrer erhabenen Pflicht, die Wohlfahrt der Menschheit zu fördern, in der Überzeugung, dass die Zeit gekommen ist, einen offenen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug nationaler Politik auszusprechen, um die jetzt zwischen ihren Völkern bestehenden friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen dauernd aufrechtzuerhalten, in der Überzeugung, dass jede Veränderung in ihren gegenseitigen Beziehungen nur durch friedliche Mittel angestrebt werden und nur das Ergebnis eines friedlichen und geordneten Verfahrens sein sollte, und dass jede Signatarmacht, die in Zukunft danach strebt, ihre nationalen Interessen dadurch zu fördern, dass sie zum Kriege schreitet, dadurch der Vorteile, die dieser Vertrag gewährt, verlustig erklärt werden sollte, in der Hoffnung, dass, durch ihr Beispiel ermutigt, alle anderen Nationen der Welt sich diesem im Interesse der Menschheit gelegenen Bestreben anschließen werden und durch ihren Beitritt zu diesem Verträge, sobald er in Kraft tritt, ihre Völker an seinen segensreichen Bestimmungen teilnehmen lassen werden, und dass sich so die zivilisierten Nationen der Welt in dem gemeinsamen Verzicht auf den Krieg als Werkzeug ihrer nationalen Politik zusammenfinden werden, haben beschlossen, einen Vertrag zu schließen, und zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt: (es folgen die Namen der Vertreter)

Art. I: Die Hohen Vertragschließenden Parteien erklären feierlich im Namen ihrer Völker, dass sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten.

Art. II: Die Hohen Vertragschließenden Parteien vereinbaren, dass die Regelung und Entscheidung aller Streitigkeiten oder Konflikte, die zwischen ihnen entstehen könnten, welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.

Art. III: Dieser Vertrag soll durch die in der Präambel genannten Hohen Vertragschließenden Parteien gemäß den Vorschriften ihrer Verfassungen ratifiziert werden und soll zwischen ihnen in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden in Washington hinterlegt worden sind.

Dieser Vertrag soll, nachdem er gemäß dem vorhergehenden Absatz in Kraft getreten ist, solange als notwendig für den Beitritt aller anderen Mächte der Welt offenstehen. Jede Urkunde über den Beitritt einer Macht soll in Washington hinterlegt werden, und der Vertrag soll sofort nach der Hinterlegung zwischen der so beigetretenen Macht und den anderen an ihm beteiligten Mächten in Kraft treten.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist verpflichtet, jeder in der Präambel genannten und jeder später diesem Verträge beitretenden Regierung eine beglaubigte Abschrift des Vertrages und jeder Ratifikationsurkunde oder Beitrittserklärung zu übermitteln. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist ferner verpflichtet, diese Regierungen sofort telegraphisch von der bei ihr erfolgten Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde oder Beitrittserklärung in Kenntnis zu setzen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag in französischer und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichwertig sind, unterzeichnet und ihre Siegel darunter gesetzt. Geschehen in Paris, am siebenundzwanzigsten August im Jahre 1928

Die Weltwirtschaftskonferenz 1927 (ohne konkretes Ergebnis)

Bernhard Dernburg: Was ist von der internationalen Wirtschaftskonferenz zu erwarten?

Aus: Deutschland und der Völkerbund, Berlin 1926

...Und in der Tat, gegenüber dem großen Freihandelsverband der Vereinigten Staaten: ein ganzer Kontinent von fünfzig Teilstaaten ohne Zollgrenzen, ist das europäische Wirtschaftsgebiet aufgesplittet in über dreißig Einzel- und zum Teil Zwergwirtschaften und ist nicht in der Lage, eine rationelle Erzeugung und menschenwürdige Arbeitseinkünfte zu gewährleisten. Jedes neue Jahr wird dieses Missverhältnis stärker unterstreichen. Deswegen muss die europäische Welt in größere Wirtschaftsprovinzen aufgeteilt werden. Briand hat den Gedanken Loucheurs in den Ruf einer europäischen Zollunion – das heißt Freihandel in Europa – zusammengefasst.

(Louis Loucheur, 1872 – 1931, konservativer Politiker, Wirtschaft und Finanzen, vielfach Minister)

Briands Europa-Plan (Rede vor dem Völkerbund 5. 9. 1929)

Ich denke, dass unter den Völkern, deren Länder geographisch zusammengehören wie die der europäischen Völker, eine Art von einem föderativen Band bestehen sollte. Diese Völker müssen in jedem Augenblick die Möglichkeit haben, in Kontakt miteinander zu treten, über ihre gemeinsamen Interessen zu diskutieren, gemeinsame Entschlüsse zu fassen, kurz, sie müssen untereinander ein Band der Solidarität knüpfen, das es ihnen erlaubt, widrigen Verhältnissen im gewünschten Augenblick zu begegnen, wenn sie eintreten sollten. Alle meine Anstrengungen sind darauf gerichtet, dieses Band zu schaffen.

Selbstverständlich wird die Gemeinschaft vor allem auf dem Gebiete der Wirtschaft tätig sein; dort ist es am nötigsten. Ich glaube, dass man auf diesem Gebiet Erfolge erzielen kann. Aber ich bin mir auch sicher, dass das föderative Band, ohne die Souveränität irgendeiner der Nationen anzutasten, die an dieser Gemeinschaft teilnehmen könnten, vom politischen oder sozialen Standpunkt aus gesehen von Nutzen sein könnte.

Stresemanns Antwort an Briand (letzter Rede vor dem Völkerbund am 9. 9. 1929)

„ , Ich komme zu der Frage, die in der Debatte dieser Tage erörtert worden ist. Das war die Neugestaltung der Staatenverhältnisse in Europa ... Es gibt sehr viele, die jede Erörterung eines solchen Gedankens von vornherein abgelehnt haben. Das sind jene Pränumerandopessimisten, die jeden Gedanken zur Unfruchtbarkeit bestimmen, wenn er nicht in das allgemeine normale Denken hineinfällt; sie sprechen von der Romantik, die mit diesem Gedanken verbunden sei, von der Unmöglichkeit, ihn aus der Theorie irgendwie in die Wirklichkeit zu übersetzen. Diese prinzipielle Skepsis möchte ich meinerseits zurückweisen. „Ein großer Einfall scheint im Anfang toll,“ so heißt es bei einem deutschen Schriftsteller. Weshalb sollte der Gedanke, das, was die europäischen Staaten einigen kann, zusammen zu fassen, von vornherein unmöglich sein? ... Wo bleibt in Europa die europäische Münze, die europäische Briefmarke? Sind diese aus nationalem Prestige heraus geborenen Einzelheiten nicht sämtlich Dinge, die durch die Entwicklung der Zeit längst überholt wurden?

Der amerikanische Historiker Fritz Stern über Stresemann

Die Zeit der relativen Stabilität endete für die Weimarer Republik im Herbst 1929. Gustav Stresemann, der einzige erfolgreiche Politiker der Weimarer Zeit, starb im Oktober mit 51 Jahren. ... In seinen sechs Jahren als Außenminister hatte Stresemann nach und nach Deutschlands Ansehen in der Welt wiederhergestellt. Obwohl er im Ausland Erfolge erzielte, stieß seine realistische Politik im Inneren auf den mächtigen Widerstand der Rechten. ... Was er sonst noch geplant haben mag, kann man nur vermuten, aber zweifellos strebte er Grenzrevisionen im Osten zu Lasten Polens an, die gewiss mit friedlichen Mitteln erreicht werden sollten. Im Grunde seines Herzens blieb er ein deutscher Nationalist, aber im Unterschied zu den meisten anderen ein vernünftiger und verantwortungsbewusster. Schon deshalb hassten ihn seine Gegner.

(Fritz Stern: Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen. München 2006, S. 97)

Hermann Müller (1876 – 1931) **- Sozialdemokrat und Reichskanzler**

Ein Opfer der Engstirnigkeit

Zum 50. Todestag von Hermann Müller (Franken) Reichskanzler a.D, am 20. März
Von Dr. Hans de With MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium
Sozialdemokratischer Pressedienst 19. März 1981

Am 20. März 1981 jährt sich der Todestag von Hermann Müller (Franken) zum 50. Male. Wir haben einen Sozialdemokraten zu gedenken, dessen Wirken eng verknüpft ist mit dem Schicksal der SPD in der Weimarer Republik.

Müllers Stationen: Der in Mannheim am 18. Mai 1876 geborene Sohn eines Fabrikdirektors war seit 1906 Mitglied des Parteivorstandes der SPD, gehörte seit 1916 dem Reichstag an und wurde 1920 in seinem Wahlkreis Franken - dieser umfasste Ober-, Mittel- und Unterfranken sowie Coburg – wieder gewählt. 1919 bis 1927 war Müller neben Otto Wels Parteivorsitzender, 1920 bis 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD. Als Mehrheitssozialist half Hermann Müller, in der Novemberrevolution 1918 dem revolutionären Elan der Rätebewegung zu wehren und gemäßigten, auf die Verfassung hin arbeitenden Kräften zum Siege zu verhelfen. Der von dem sozialdemokratischen Reichskanzler Bauer geführten Regierung der Weimarer Koalition aus SPD, Deutscher Demokratischen Partei und Zentrum gehörte Müller als Außenminister an - in dieser Funktion unterzeichnete er gemeinsam mit Johannes Bell den Versailler Vertrag und zog sich so den Hass der nationalen Rechten zu.

Nach dem Scheitern des Kapp-Putsches wurde Hermann Müller im März 1920 Reichskanzler. Das Ende der Weimarer Koalition im Juni 1920 beendete seine Kanzlerschaft und markiert zugleich das Ausscheiden der SPD aus der Regierungsverantwortung für fast acht Jahre. Seine 2. Kanzlerschaft, vom Mai 1928 bis März 1930, kennzeichnet die Rückkehr der Sozialdemokratie in die Regierung. Doch war diese Rückkehr gleichbedeutend mit schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SPD. Die Parteilinke widersetzte sich dem Eintritt der SPD in die Regierungskoalition mit Demokraten, Deutscher Volkspartei und Zentrum.

Trotz seiner begrenzten Erfolge, vor allem bei der Milderung der Reparationslasten, blieb das Kabinett Müller in der SPD stets umstritten.. Es zerbrach zu Beginn der Weltwirtschaftskrise an der Frage, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um ein halbes Prozent erhöht werden könnten. Die SPD, von der Parteilinken zur Härte gedrängt, erwies sich in dieser Frage als nicht zum Kompromiss mit den Regierungspartnern fähig, lehnte ab und scheiterte. Die Regierung Müller war, wie Joseph Rovin schreibt, "ein Opfer der Engstirnigkeit ihrer eigenen Partei und der Gewerkschaften geworden". Ihr Scheitern war das Ende der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung und das Ende parlamentarischen Regierens in der Weimarer Republik überhaupt. Müllers Nachfolger Brüning stand einem "Kabinett der Persönlichkeiten" vor, das mit Hilfe von Notverordnungen regierte.

Hermann Müller war für lange Zeit der letzte sozialdemokratische Chef einer deutschen Regierung, Erst 1966 kehrten Sozialdemokraten in die Bundesregierung zurück, erst 1969 wurde Willy Brandt Bundeskanzler. Gewiss wiederholt sich Geschichte nicht. Aber das Scheitern von Müllers zweitem Kabinett 1930 mahnt uns, kritisch zu sein gegenüber denen, die zu vergessen scheinen, dass die Wahrnehmung von Regierungsverantwortung - zumal in einer Koalitionsregierung - die Fähigkeit zum Kompromiss voraussetzt; zum Kompromiss, der freilich für die Öffentlichkeit - als Ergebnis eines notwendigen Aufeinanderzugehens verschiedener Auffassungen - stets nachvollziehbar sein sollte.



Hermann Müllers Werdegang

- 1876** in Mannheim geboren als erstes Kind von Georg Müller und Katharina geb. Vogt. Der Vater stammt von der Saar und ist ein (kleiner) Schaumweinproduzent.
Volksschule und Gymnasium in Mannheim
- 1888** Umzug nach Niederlöbnitz bei Dresden, wo der Vater eine Schaumweinfabrik übernommen hat. Besuch des Realgymnasiums in Dresden-Neustadt.
- 1892** Tod des Vaters. Hermann muss die Schule verlassen, um Geld zu verdienen.
Kaufmännische Lehre bei Villeroy&Boch in Frankfurt. Dort arbeitet er weiter als Angestellter.
- 1893** Beitritt zur SPD in Frankfurt
- 1897** Handlungsgehilfe in Breslau, daneben journalistische Mitarbeit bei der von Paul Löbe redigierten „Volkswacht“.
- 1899** Hauptamtlicher Redakteur bei der „Görlitzer Volkszeitung“. Ausbau zur Tageszeitung.
- 1901** Stellvertretender Vorsitzender der Görlitzer SPD, 1902 Delegierter beim Parteitag in München, 1903 Stadtrat in Görlitz, 1904 Unterbezirksvorsitzender
- 1903** Heirat mit Frieda Tockus, die 1905 nach der Geburt der Tochter Annemarie stirbt
- 1905** wird Hermann Müller von Paul Singer für den Parteivorstand vorgeschlagen, fällt aber gegen den von Bebel und den Gewerkschaften gestützten Friedrich Ebert durch
- 1906** wird Hermann Müller bei Parteitag der SPD in Mannheim auf Vorschlag August Bebels als (hauptamtlicher) Sekretär in den Vorstand gewählt. Umzug nach Berlin.
- 1907** Erfolglose Kandidatur zum Reichstag. Heirat mit Gottliebe Jaeger. 1908 Tochter Erika.
Zusammen mit Ebert Arbeit an der Modernisierung des Parteiapparats.
- 1913** Ebert Parteivorsitzender, Scheidemann, Otto Braun und Otto Wels neu im Vorstand
- 1914** Julikrise: Auf eigenen Wunsch reist Hermann Müller am 30. Juli im Auftrag des Parteivorstandes nach Paris, um eine gemeinsame Stimmenthaltung der sozialistischen Parteien zu besprechen (als Rest des früher besprochenen Generalstreiks). Am Abend des 31. Juli wird Jean Jaurès ermordet, am 1. August wird die Sitzung mit den französischen Genossen davon überschattet. Es kommt zu keiner Einigung mehr, und Müller kann nur mit Mühe zurück reisen, weil inzwischen der Krieg erklärt ist. Bericht beim Parteivorstand am 3. August
Am 4. August stimmt die SPD-Fraktion geschlossen den Kriegskrediten zu (Burgfrieden).
Im März 1915 reist Müller mit Ebert, Haase und Molkenbuhr zu einer Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros nach Den Haag: „*Frieden ohne Demütigungen*“.
- Juli 1915** Memorandum des Parteivorstandes an den Kanzler: Ablehnung von Annexionen.
- 1916** Verschärfung des Konflikts zwischen der die Kriegspolitik mittragenden Mehrheit in der Reichstagsfraktion und im Parteivorstand und der ablehnenden Minderheit (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft unter dem Abg. Haase). Der „Vorwärts“ druckt das Manifest der SAG. Daraufhin setzt der Parteivorstand Müller als Vorzensor für den Vorwärts ein, um ein Verbot der Parteizeitung durch die Regierung zu verhindern.
- 1916** rückt Müller bei einer Nachwahl in den Reichstag ein.
- 1917** Planung einer sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm. Die englischen und französischen Sozialisten wollen nur teilnehmen, wenn zuerst die Kriegsschuldfrage besprochen wird. Hermann Müller in einem Beitrag: *Nicht die Frage der Schuld am Ausbruch des Krieges steht heute auf der Tagesordnung, sondern die Frage: Wer trägt jetzt an der Verlängerung des Krieges die Schuld?*
- November 1918** Hermann Müller als Vertreter des SPD-Parteivorstandes im Großberliner Arbeiter- und Soldatenrat: *Der Arbeiter- und Soldatenrat kann unmöglich die Geschäfte für das ganze Reich besorgen. Wir müssen unbedingt zu einer gesetzgebenden Versammlung kommen.*
Im Dezember kämpft Hermann Müller als Stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte für parlamentarische Demokratie und Nationalversammlung.
- 18. Januar 1919** Müller wird in die Nationalversammlung gewählt. MSPD 37,9%, USPD 7,6%.
Müller ist einer der vier Fraktionsvorsitzenden und Verbindungsmann zum Parteivorstand.
In der Verfassungsdebatte ist er für einen repräsentativen Präsidenten ohne Volkswahl.
Im Februar vertritt Müller die Partei bei der Konferenz der Internationale in Bern, wo er sich Vorwürfe wegen der Kriegsschuld und seiner Mission nach Paris 1914 anhören muss.
Müller ist Vorsitzender des Haushaltsausschusses und Mitglied der im April gebildeten Friedenskommission.
- 22./23. März** Müller ist Hauptreferent bei der Parteikonferenz der SPD über *Die politische Situation und die Lage der Partei.*

Gemeinsames Vorgehen der beiden sozialistischen Parteien und Ansetzung der Wahlen auf Mitte Dezember hätten eine sozialistische Mehrheit der Nationalversammlung herbeigeführt. Die Unabhängigen haben das verhindert. Sie sind schuld daran, wenn wir in der jetzigen Regierung so wenig für den Sozialismus und nicht genug für die Demokratie tun können.

- Mai 1919** Müller schlägt eine Volksabstimmung über den vorgelegten Friedensvertrag vor, um Zeit zu gewinnen. Die SPD-Fraktion beschließt aber die Ablehnung, und Müller muss den Beschluss, den er für falsch hält, vor der Nationalversammlung vertreten.
- Juni 1919** Parteitag der SPD in Weimar. Eduard Bernstein fordert die Anerkennung einer deutschen Hauptschuld am Krieg und wird dafür auch von Müller stark angegriffen. Nach Müller kann der Gewaltfrieden *erst im künftigen Völkerbund gemildert werden, wenn die Arbeiterinternationale wirklich dort Einfluss bekommen wird.* Der Parteitag wählt Hermann Müller zusammen mit Otto Wels zu Parteivorsitzenden. Müller ist dabei für die Koordination zwischen Partei und Fraktion zuständig. Nach dem Rücktritt der Regierung Scheidemann wegen des Versailler Vertrags wird am 21. Juni die Regierung Bauer gebildet und am 22. Juni der Vertrag mit Zustimmung der SPD angenommen. Neuer Außenminister ist Hermann Müller.
- 28. 6. 1919** Müller unterzeichnet in Versailles den Friedensvertrag.
Sie glauben, Deutschland zu zerstören, aber sie werden Europa zerstören.
Müller als Außenminister: *Erfüllungspolitik als traurige Pflicht.*
- 13. 3. 1920** Kapp-Putsch. Rücktritt der sozialdemokratisch geführten Regierung Gustav Bauer. Hermann Müller bildet am 27. März die neue Regierung, ebenso wie die alte als Bündnis mit der DDP und dem Zentrum. Es ist eine Übergangsregierung bis zu den Wahlen, die die Verstrickung der Reichswehr in den Kapp-Putsch nicht aufklären und bestrafen kann, aber an der Ruhr Arbeiteraufstände niederschlagen muss. Nach der krassen Wahlniederlage vom Juni 1920 (MSPD 21,7%, USPD 17,9%) tritt die Regierung Müller zurück. Müller wird wieder Fraktionsvorsitzender. Die Partei vertritt eine Art „positiver“ Opposition, sie beteiligt sich nicht oder nur wenig an der Regierung, aber sie verweigert ihr bei wichtigen Entscheidungen nicht die Unterstützung. Die SPD sucht die Nähe zur USPD und vereinigt sich schließlich 1922 wieder, aber die Wähler wandern zur KPD. Bis 1928 bleibt Hermann Müller Partei- und Fraktionsvorsitzender.
- Mai 1928** Nach dem Wahlsieg (SPD 30%) übernimmt Hermann Müller noch einmal das Reichskanzleramt mit einer großen Koalition SPD, DDP, Zentrum und DVP mit Stresemann als Außenminister. Der Young-Plan wurde von einem Gremium internationaler Finanzexperten vom Februar bis Juni 1929 in Paris ausgehandelt, die endgültige Ausformulierung erfolgte im August 1929. Der Plan legte zwar eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands bis 1988 fest, aber er setzte die jährlichen Zahlungen weiter herab. Das „Volksbegehren gegen den Young-Plan“ brachte von Juli bis Dezember 1929 zwar eine Steigerung der Propaganda der nationalen Rechten, scheiterte aber am 22. Dezember an der zu geringen Beteiligung.
- 1929** Der Tod Stresemanns am 3. Oktober und dann die Weltwirtschaftskrise (Schwarzer Freitag am 25. Oktober) machten das Regieren immer schwerer. Auf Anforderung der DVP beschloss die Regierung gegen Müllers bessere Einsicht den Bau des Panzerkreuzers A. Die SPD lehnte die Vorlage am 31. Oktober ab und forderte Fraktionszwang. So musste Müller gegen die Vorlage seiner Regierung stimmen, die aber mit Hilfe der DNVP angenommen wurde. Die Umgebung Hindenburgs arbeitete immer offener auf den Sturz der Großen Koalition hin. Die Regierung zerbrach über der Sanierung der Arbeitslosenversicherung am 27. März 1930. Sie war die längste und parlamentarischste Regierung der Weimarer Republik, weil der Reichspräsident dem Reichskanzler Müller den Art. 48 (Notverordnung) verweigerte.
- 1930** Als der Reichstag eine Notverordnung der neuen vom Präsidenten eingesetzten Regierung Brüning ablehnte, wurde er aufgelöst. Im neu gewählten Reichstag gewannen die rechten Parteien Stimmen. Die Parteien der Großen Koalition hatten noch eine knappe Mehrheit, aber keinen Willen zur Zusammenarbeit mehr. Müller versuchte, Brüning den Rücken freizuhalten.
- 20. 3. 1931** Hermann Müller stirbt in Berlin. Der Reichspräsident nimmt am Begräbnis nicht teil.

Hermann Müller: Die Errungenschaften der Revolution

(Schlussbetrachtung aus seinem Buch: Die Novemberrevolution, 1928)

Der Uebergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat vollzog sich verhältnismäßig leicht, weil die Volksbeauftragten in der verfassungslosen Zeit sich auf allen wichtigen Gebieten als Gesetzgeber bewährt hatten. Der Nationalversammlung wurden die von den Volksbeauftragten erlassenen nicht weniger als 124 Verordnungen zur Überprüfung innerhalb dreier Monate vorgelegt. Sie bestanden in den drei Ausschüssen, denen die Verordnungen überwiesen waren, diese Prüfung.

Im zehnten Jahre der Republik weiß die in der Nachkriegszeit aufgewachsene Jugend vielfach gar nicht, was sich gegen früher durch die Revolution grundlegend geändert hat. Ich denke dabei nicht nur an die Verfassungsverhältnisse, sondern an die Verbesserungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Die Revolution hat, um nur einiges anzuführen, die Gesindeordnung und die ausnahmegesetzlichen Bestimmungen für die Landarbeiter beseitigt und diesen das Koalitionsrecht gegeben. Die Revolution hat den Kreis der Sozialversicherten bedeutend erweitert. Die Revolution hat die Beamten erst zu freien Staatsbürgern gemacht. Es war geradezu eine symbolische Handlung, als der sozialdemokratische preußische Unterrichtsminister damals den gemäßregelten Privatdozenten Leo Arons rehabilitierte, der unter dem Kaiserreich seine Lehrtätigkeit als Physiker von Ruf an der Berliner Universität aufgeben musste; weil er sich außerhalb seines Amtes politisch zur sozialdemokratischen Partei bekannt hatte. Nach der Revolution wurde die Erwerbslosenversicherung erst durch Verordnung, dann durch Gesetz eingeführt. Nur die Gewerkschaften zahlten vorher Arbeitslosenunterstützung. Wer von den Arbeitslosen ausgesteuert war, fiel der Armenfürsorge der Gemeinde zur Last, und Empfang von Armenunterstützung war vor dem Kriege mit Verlust des Wahlrechts verbunden. Die Revolution brachte die Befreiung der geringen Einkommen von der Einkommensteuer, während im Obrigkeitsstaat die geringsten Einkommen Gemeindesteuern zahlen mussten. Die Revolution hat erst die Grundlage für ein deutsches Tarifrecht geschaffen. Ohne das Schlichtungswesen wäre in den Zeiten großer Arbeitslosigkeit, wie wir sie in der Nachkriegszeit erlebten, der Reallohn von Millionen Arbeitern stark gesenkt worden, wie das vor dem Kriege stets in Krisenzeiten der Fall war. Erst nach der Revolution mussten sich die Unternehmer gesetzliche Beschränkungen bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten gefallen lassen. Die Revolutionszeit brachte durch die beiden Demobilmachungsverordnungen über die Arbeitszeit den Achtstundentag. Im Herbst 1923 wurden diese beiden Verordnungen, als sie im Ablaufen waren, von einer rein bürgerlichen Regierung nicht erneuert, und seither ist das Prinzip des Achtstundentags in Deutschland durchlöchert. Im Obrigkeitsstaat gab es keinen Schutz für die erwachsenen männlichen Arbeiter in bezug auf die Begrenzung der Arbeitszeit, nur für weibliche und jugendliche Arbeiter kannte die Gewerbeordnung einschränkende Bestimmungen. Die Revolution gab den Betriebsräten ihre Stellung im Gesetz. Das war ein erster kleiner Versuch zu dem großen Ziel: neben die politische Demokratie die Wirtschaftsdemokratie zu setzen.

Die Revolution hat das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse eingeleitet. Im Werk von Weimar liegt der Keim für die werdende sozialistische Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Zukunft, das in Weimar begonnene Werk zur Reife zu bringen. Das wird gelingen, wenn wir aus der Revolutionszeit die große Lehre ziehen, dass ein so hohes Ziel nur durch die geeinte Arbeiterklasse zu erreichen ist.

Hermann Müller 1925 vor der Wahl Hindenburgs

Die Wahl Hindenburgs müsste, weil der greise Marschall der Politik gänzlich fernsteht, zu einer unverantwortlichen Nebenregierung führen, für die in der Weimarer Verfassung kein Platz ist und die geradezu neue Krisenherde schaffen würde. ... Armes deutsches Volk, das keinen anderen Führer fände, als einen 78jährigen Greis, dem die Politik ein Buch mit sieben Siegeln ist.
(Artikel in der Görlitzer Volkszeitung 23. 4. 1925)

Hermann Müller im Reichstagswahlkampf 1928

Die republikanische Verfassung ist nur ein Stück Papier, wenn hinter ihr nicht die Heere der Republikaner stehen, jederzeit bereit, sie mit allen Mitteln gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Hermann Müller über die Notwendigkeit der Großen Koalition

Brief an Otto Wels 12. Februar 1929

Kommen wir im Reich nicht zu gesicherten Regierungsverhältnissen, so ist das der Bankrott des auf der Weimarer Verfassung gegründeten Parlamentarismus im Reich.

Reichskanzler Hermann Müller (SPD) vor der 9. Völkerbundsversammlung am 7. 9. 1928

Ich mache kein Hehl daraus, dass mich der Stand der Abrüstungsfrage mit ernster Sorge erfüllt. [...] Die Entwaffnung Deutschlands darf nicht länger bestehen als der einseitige Akt der den Siegern des Weltkrieges in die Hand gegebenen Gewalt. Es muss endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, dass der Entwaffnung Deutschlands die allgemeine Abrüstung folgen soll. Es darf einfach nicht dazu kommen, dass der große Aufstieg, der mit der Errichtung des Völkerbundes begonnen hat, sich in einen Abstieg verwandelt, der uns sicher auf ein tieferes Niveau des internationalen Lebens führen würde, als es vorher bestand. [...] Der Mann aus dem Volke denkt einfach und denkt deshalb richtig. Er liest, dass die Regierungen sich feierlich auf die Erhaltung des Friedens verpflichten, und er sieht andererseits, dass diese Regierungen gleichwohl an ihren alten Machtpositionen festhalten und neue zu gewinnen suchen. Er liest, dass bei internationalen Verhandlungen in beredten Worten das gegenseitige Vertrauen der Staaten zueinander proklamiert und die gegenseitige Verständigung der Völker als Ereignis gefeiert wird, und er sieht andererseits, dass in der Praxis die Dinge beim alten bleiben, dass es nicht einmal gelungen ist, die aus dem Weltkrieg herrührenden Schranken völlig zu beseitigen. So ist es nicht verwunderlich, wenn er schließlich dazu kommt, ein doppeltes Gesicht der internationalen Politik zu konstatieren. In der Tat, es ist unmöglich, in der Politik auf beiden Wegen zugleich zu wandeln. Die Regierungen müssen es über sich gewinnen, sich für einen der Wege zu entscheiden, und es kann nicht zweifelhaft sein, auf welchen die Wahl fallen muss, wenn die Menschheit und ihre Kultur glücklich fortschreiten sollen. Das ist keine leere Ideologie, es ist Realpolitik im besten Sinne des Wortes.

Willy Brandt über das Ende der Großen Koalition (SPD-Pressedienst 25. März 1980)

Was 1930 not tat, war ein radikaler, vor allem wirtschaftlicher Kurswechsel, ein überzeugendes Programm für Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung. Man mag bezweifeln, ob hierfür eine Mehrheit zu gewinnen war. Ernsthaft versucht worden ist es nicht. Es war den Deutschen jedenfalls nicht vorherbestimmt, dass sie mehrheitlich einmal Hitler wählen würden. Die Situation wurde für große Teile der Bevölkerung, vor allem für junge Menschen, seit 1930 immer verzweifelter. Man suchte nach einem Ventil, um dem Hass auf dieses „System“ Luft zu machen und fand es - bei den Extremen. Es bleibt die unbeantwortbare Frage der Geschichte, ob es so sein musste.

Literatur:

Müller, Hermann: Die November-Revolution : Erinnerungen / Hermann Müller-Franken.

Berlin : Der Bücherkreis, 1928.

Potthof, Heinrich: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945.

Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1974

Brandt, Willy, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, (1980): Eine unbeantwortete Frage der Geschichte : Vor 50 Jahren zerbrach die letzte demokratische Regierung der Weimarer Republik unter SPD-Kanzler Hermann Müller

Hoffend, Andrea: "Mut zur Verantwortung" - Hermann Müller : Parteivorsitzender und Reichskanzler aus Mannheim. Stadtarchiv Mannheim 2001

Braun, Bernd: Die Reichskanzler der Weimarer Republik - Zwölf Lebensläufe in Bildern eine Ausstellung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg, Begleitheft, Heidelberg 2003.

Hoffend, Andrea: Hermann Müller: (1876 - 1931), in: Politische Köpfe aus Südwestdeutschland, Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart, 2005.

„Solange man schnaufen kann, muss man kämpfen!“

- zu Krankheit und Tod von Reichskanzler Hermann Müller

(Bernd Braun in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 157. Band, 2009, S. 403 – 428)

In seinen 1956 erschienenen Lebenserinnerungen nennt Walter Zechlin, Pressechef der Reichsregierung von November 1926 bis Mai 1932, vier Politiker, die der Weimarer Republik „ihr Gepräge gegeben“ hätten: „Ebert, Stresemann, Hermann Müller und Brüning“ (Walter Zechlin, Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf. Erlebnisse eines Pressechefs und Diplomaten, Hannover 1956, S. 68). Diese Auswahl des Sozialdemokraten Zechlin provoziert direkt die Frage: warum gerade vier Männer und warum gerade diese vier Männer? Über die Anzahl kann man schnell hinweggehen, denn je kleiner der gezogene Kreis, desto ambitionierter der Charakter einer solchen These. Bleibt die Frage nach der personalen Zusammensetzung der vier prägenden Persönlichkeiten zu erörtern. Unzweifelhaft ist, dass der erste Reichspräsident als maßgeblicher Mitbegründer der Weimarer Republik und der langjährige Außenminister und Friedensnobelpreisträger zu diesem exklusiven Gremium gehören; auch der umstrittene Zentrumskanzler, der von März 1930 bis Mai 1932 amtierte, würde wahrscheinlich von den meisten Kennern des Weimarer Staates zu dieser Gruppe gerechnet werden. Für den vierten, den letzten freien Platz würden aber sicherlich mehrere Namen gehandelt werden: etwa der zweite Reichspräsident Paul von Hindenburg, der langjährige Ministerpräsident von Preußen Otto Braun, der am längsten amtierende Reichskanzler Wilhelm Marx oder Adolf Hitler. Verwendet man den Begriff „prägen“ allerdings in seiner ursprünglichen, rein positiven Konnotation, dann scheiden Hindenburg und selbstverständlich Hitler aus. Und wenn man Hermann Müllers Leistungen für die Republik Revue passieren lässt - angefangen vom einflussreichen Mitglied des Vollzugsrates während der Revolutionszeit 1918/19, der die Weichen in Richtung parlamentarischer Demokratie stellen half, vom Außenminister im Kabinett Gustav Bauer 1919/20, der bereit war, am 28. Juni 1919 seinen Namen unter den Friedensvertrag von Versailles zu setzen und es damit in Kauf nahm, von der politischen Rechten als einer der meistgehassten „Novemberverbrecher“ verleumdet zu werden (Anlässlich des Todes von Müller am 20. März 1931 notierte Joseph Goebbels verächtlich-lakonisch in sein Tagebuch: „Hermann Müller gestern abend gestorben. Ein Landesverräter weniger.“ Joseph Goebbels, Tagebücher 1924-1945, hg. von Ralf Georg Reuth, Bd. 2 1930-1934, München/Zürich 1992, S. 570), vom Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, der durch seine ihm von manchen Kritikern zum Vorwurf gemachte „konziliante“ Art die im September 1922 vollzogene Vereinigung von USPD und SPD meisterte, der die oppositionsverliebte Sozialdemokratie 1928 wieder in die Regierung führte und nach den Septemberwahlen 1930 aus staatspolitischer Notwendigkeit die Tolerierung der Regierung Brüning durch die SPD im Reichstag durchsetzte -, wenn man all diese Punkte abwägt, dann führt trotz aller Verdienste von Otto Braun oder Wilhelm Marx eigentlich kein Weg an Hermann Müller vorbei.

Bemerkenswerterweise haben die vier Persönlichkeiten, die nach Walter Zechlin der Weimarer Republik ihren Stempel aufgedrückt haben, eine verbindende Eigenschaft, die sich nicht auf den ersten Blick erschließt: Sie wurden alle unfreiwillig aus der politischen Verantwortung abberufen: Friedrich Ebert und Gustav Stresemann starben in ihren Ämtern, was ihrem Tod zugleich eine dem Nachruhm förderliche, tragisch-spekulative Komponente verleiht — gerade auch im Hinblick auf ihre potentiellen Einflussmöglichkeiten gegen die heraufziehende NS-Diktatur. Heinrich Brüning lebte nach seinem durch den Vertrauensentzug Hindenburgs verursachten Sturz zwar noch 38 Jahre und ist damit bis heute derjenige Kanzler in der deutschen Geschichte, der seine Kanzlerschaft am längsten überlebte, aber er war nach seinem Rücktritt politisch tot und spielte, gemessen an seinen Fähigkeiten, nur noch die Rolle eines Außenseiters mit tragischen Zügen.

Auch Hermann Müller, Angehöriger des Jahrgangs 1870 wie Konrad Adenauer, der allerdings 36 Jahre älter werden durfte, wurde 1931 im Alter von nur 54 Jahren aus dem Leben und aus seiner politischen Tätigkeit gerissen, aber während der vorzeitige Tod bei Ebert und Stresemann, natürlich auch bei Walther Rathenau, in der Nationalgeschichte der Deutschen eine allseits bekannte Tatsache darstellt und in den jeweiligen Biographien eine zentrale Rolle einnimmt, ist dieser Sachverhalt bei Hermann Müller so gut wie unbekannt.

Volksstimme

Abonnement: Monatlich 2.30 RM, vierteljährlich 6.75 RM, halbjährlich 12.00 RM, jährlich 22.00 RM. Einmalige Beiträge werden ebenfalls angenommen. Die Expeditionen sind in allen Postämtern und Vertriebsstellen erhältlich. Preis pro Einzelnummer 10 Pf.

Verantwortlich: Hermann Müller, Reichskanzler, Berlin, Wilmersdorf, Kurfürstendamm 226. Telefon: 22 634, 22 635. Geschäftsstelle: P. O. 1413, Telefon: 24 406, 24 407, 25 321. Geschäftsstunden von halb 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends. Betriebszeiten: Montag bis Samstag, 8 bis 12 Uhr.

Verleger: Die eintragsfreie Buchvertriebsstelle oder deren Raum 16 811/12, Neue Wache 8 811/12, Postfach 20 811/12, Berlin-Mitte, Unter den Linden 10. Telefon: 24 406, 24 407, 25 321. Geschäftszeiten: Montag bis Samstag, 8 bis 12 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends. Betriebszeiten: Montag bis Samstag, 8 bis 12 Uhr.

42. Jahrgang

Mannheim, Samstag, den 21. März 1931

Nummer 78

Hermann Müller

WTB, Berlin, 20. März. Reichskanzler a. D. Hermann Müller ist heute abend 10.45 Uhr seinem Leiden erlegen.

Bis vor wenigen Jahren noch ein kräftiger, allem Siechtum scheinbar unzugänglicher Körper, dann plötzlich von einer heimtückischen Krankheit gepackt und dicht an den Rand des Grabes gestoßen, dann dank einer letzten Kraftreserve knapp dem letzten Zugriff des Todes entrisen, mühselig erholt, niemals aber seitdem auch nur halbwegs gesund, nun wieder auf dem Operationstisch und in physischer Ohnmacht seit Tagen um das Sterben — nur noch um das Sterben hoffnungslos ringend —, so ist gestern Hermann Müller aus unsrer Mitte geschieden: medio ex vita — von der Höhe des Lebens herab, medio ex labore — mitten aus der Arbeit heraus.

Denn dies war Hermann Müllers Wesen, seines ganzen Lebens, ja selbst seines Sterbens Inhalt: Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit. Arbeit im Dienste der Sache, der er sich in früher Jugend, kaum zum geistigen Selbstbewußtsein erwachsen, angeschlossen hatte und der er, mit den Jahren in ihr immer breiter Wurzel schlagend, schließlich so verschmolz, daß Leben und Dienst an dieser Sache letztendlich nur noch Eines waren und für irgendein privates Dasein daneben kein Raum mehr blieb. Arbeit im Kampfe für den Sozialismus, Arbeit für Demokratie und Frieden, Arbeit im Dienste des deutschen und des internationalen Proletariats: Arbeit durch drei Jahrzehnte hindurch!

Hermann Müller war alles andere als ein Blinder: weder in dem guten und großen historischen Sinne der meteorhaften Persönlichkeit noch gar in dem kleinen Sinne eines Bluffers, der dank irgendeiner demagogischen Gabe schon durch die Art seines Auftretens und die Suggestion, die von ihm ausstrahlt, seine Umgebung und erst recht breite Zuhörerschaften „hinlegt“ und Sachlichkeit durch Raketenartistik ersetzt. Nichts widersprach seiner Natur mehr als das Feuerwerkhafte, rasch Aufzischende, phantasmagorisch Leuchtende, im Sturme Nehmende; ihm, dem Gediegenheit zum zweiten Selbst geworden war.

Er stieg nicht auf jählings wie ein Komet, mit einem Schlage aller Augen auf sich zwingend, in einer kurzen Spanne Zeit eine riesige Summe von Leistung und persönlicher Wirkung mit verdichtender Intensität zusammenraffend, und dann ebenso jählings — und meist durch einen Kurzschluß des Schicksals — wieder aus dem unmittelbaren Wirkungskreis hinaus verlöschend, dennoch über einen dauernden Glanz über der Welt lassend und durch diesen Glanz in der Nachwelt weiterwirkend: wie im Bereich unserer Weltanschauung etwa Männer vom Typ Lassalles und Ludwigs Franks.

Ihm strömten auch nicht — wie etwa dem Typ August Bebel — die Massen wie von selbst zu: gepackt und bezwungen von der warmen, väterlichen und durch beides von Anbeginn an auch autoritären Persönlichkeit; als einem geschichtlichen Mittelpunkt und einem Sammelzentrum: als einem Repräsentanten der Gesamtbewegung, von den Gegnern umkämpft und verlästert, von den Anhängern desto wärmer umliebt und betreut, das Schicksal einer schmal ansetzenden, dann immer breiter werdenden Bewegung mit dem persönlichen Schicksal bis ins Letzte vereinigend.

Hermann Müllers — des dem Typ Friedrich Eberts Nahestehenden — Weg im öffentlichen Leben wie in der Partei war der der Treppe: keine selbstverständliche Prädestination von vornherein und kein Jähles, alle Widerstände und Hindernisse einfach überstürmendes Aufschließen; Stufe um Stufe vielmehr ging sein Weg aufwärts in der Partei und durch die Partei in der Politik. Und in so jungen Jahren er auch in die Führung gelangte, so dennoch, weil er sich auch das erarbeitete, Schritt vor Schritt: und wenn er ein so großes

Stück seines doch so kurzen Lebens in vorderster Stellung und, von dem Vertrauen von Millionen getragen, bleiben konnte, so auch dies dank seiner unermüdlichen, fast pausenlosen Arbeit.

Auch in diesem Punkte — freilich nicht bloß in ihm — war Hermann Müller, dieser Internationalist im Denken und Weltanschauung, in seinem letzten Wesenskern ein typischer Deutscher.



Nicht, oh nicht im entferntesten, etwa ein Deutsche-mane, mit borniertem, eingegengtem Blick; dazu hatte er zuviel Welt gesehen, war auch seiner ganzen Art nach selbst zu sehr ein Stück von Grenzen nicht eingekerbter Welt. Aber er war die Solidität in Person; von außen gesehen, vielleicht ein wenig von schwerflüssiger Solidität: absolute Verlässlichkeit, Geradheit und Lauterkeit, mit einer ungebrochenen inneren Konsequenz sondergleichen.

Hermann Müller war seiner ganzen Artung nach ein Mann der Mitte: in der Partei sowohl wie im politischen Leben; ein Mann des Ausgleichs und des ... Zusammenhaltens: in der Partei und in der Politik. Und es war kein bloßer historischer Zufall, daß immer dort und immer dann, wo und wann — wieder ebensowohl in der Partei wie in der Politik — es darauf ankam, auszugleichen und zusammenzuhalten, Hermann Müller es war, der fast automatisch in Funktion trat. Dies war seine große Begabung und zugleich seine große Leistung als Fraktionsführer; denn es ist nicht immer leicht, eine große Fraktion trotz aller widerstrebenden Tendenzen zur Einheit des Handelns zusammenzuhalten. Dies auch war seine große Leistung als Kabinetts- und Koalitionsführer; denn schwerer noch als jenes ist es sicherlich, solch ein Gebilde von heterogenen Kräften vor der Auseinanderlösung zu bewahren.

Aber wie alles im menschlichen Leben neben den Licht- auch seine Schattenseiten hat, Erfolg und Mißerfolg immer in der Gemengelage sich belinden, eines durch das andere bedingt und schwer ohne das andere auch nur denkbar, so hat auch seine Gabe des Ausgleichs ihre Reversseite darin, daß oft, wo es nach der Situation nicht nur möglich, sondern zuweilen auch nötig gewesen wäre, Kontroversen nicht ausgekämpft wurden, Gegensätze nicht ausgetragen, Fragen nicht entschieden, sondern lediglich zeitweilig überbrückt, so daß sie auch später ein den Zukunftskampf behinderndes, manchmal direkt lähmendes Nachdasein weiterführten.

Gleichwohl: zieht man die Summe seines gesamten Wirkens, so bleibt ein großes Positives, ein dauernd bleibender und fortwirkender Ertrag — heute vielleicht noch, wie an jedes Menschen Abschluß, vom Dunst des Tagesringens verschleiert, dennoch aber schon jetzt allen sichtbar, allen fühlbar, später aber — wo alles Positive stärker hervortreten pflegt —, sich noch weiter leuchtend und dann gewißlich für jeden erkennbar als ein mächtiges Stück unzersetzbaren Fundaments im Gesamtbau der deutschen Gegenwart und Zukunft, und zugleich im Gesamtbau der Arbeiterbewegung und des Sozialismus.

In Hermann Müller ist von uns gegangen: ein aus der Geschichte der letzten drei Jahrzehnte nicht wegdenkbarer Politiker von starker nationaler und internationaler Leistung; ein Führer der Arbeiterbewegung, der, mit ihr im Innersten verwachsen, sein ganzes Dasein in ihrem Dienst verströmte und sie mit zu einem, trotz vorwrener Zeitlagen für die Zukunft mächtigen und die Geschicke der Welt mitbestimmenden Faktor machte; und — last not least — ein Mensch von lauterstem Charakter und tiefster, aufopferndster Hingabe an die Sache der ... Menschheit.

Heinrich Harpuder.

Kladderadatsch



Bei den schlechten Zeiten hatte Müller-Franken vorübergehend seine frühere Tätigkeit als Reisender für Sitzgelegenheiten wieder aufgenommen.

**Übliche Anspielung auf Müllers Berufstätigkeit beim Sanitärhersteller Villeroy&Boch
("Klodeckelhändler")**

Wilhelm Groener (1867 – 1939)
- Württemberger, kaiserlicher Generalstähler, Minister in der Republik

Überblick: Wilhelm Groener und seine Zeit

(aus: Hornung, Alternativen zu Hitler – Wilhelm Groener)

- 22. November 1867 Geburt in Ludwigsburg.
- 1870/71 Deutsch-französischer Krieg.
- September 1884 Fähnrichexamen in Berlin.
- August 1885 Eintritt in das 3. Württembergische Infanterieregiment Nr. 121.
- September 1886 Leutnant in Schwäbisch-Gmünd.
- 1888 Dreikaiserjahr; Wilhelm II. wird deutscher Kaiser.
- März 1890 Entlassung Bismarcks.
- Oktober 1893–Juli 1896 Groener an der Kriegsakademie in Berlin.
- April 1897–März 1899 Abkommandierung zum Großen Generalstab.
- Oktober 1902 Kompaniechef im Infanterieregiment Nr. 98 in Metz.
- Oktober 1904 Im Großen Generalstab, Eisenbahnabteilung
- Oktober 1908 Im Generalstab des XIII. Kgl. Württembergischen Armeekorps/Stuttgart.
- Oktober 1910 Bataillonskommandeur im Infanterieregiment Nr. 125 (7. Württ.).
- September 1911 Verwendung in der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab.
- Oktober 1912 Oberstleutnant und Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab.
- 28. Juli 1914 Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien; Ausbruch des Ersten Weltkrieges.
- 3. August 1914 Chef des Feldeisenbahnwesens. Oberst.
- September 1915 Groener erhält den Orden Pour le Mérite.
- Mai 1916 Militärischer Vertreter im Kriegsernährungsamt.
- September 1916 Stv. Bevollmächtigter Preußens im Bundesrat.
- 1. November 1916 Generalleutnant und Chef des Kriegsamtes, stv. Kriegsminister.
- 2. Dezember 1916 Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstag.
- 12. Juli 1917 Denkschrift „Über die Notwendigkeit eines staatlichen Eingriffs zur Regelung der Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne“.
- August 1917 Kommandeur der 33. Infanteriedivision.
- Februar 1918 Kommandierender General des 1. Armeekorps, Chef des Generalstabs der Heeresgruppe Eichhorn (Ukraine) in Kiew.
- 29. Oktober 1918 Generalstabschef (Erster Generalquartiermeister)
- 9. November 1918 Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt eigenmächtig die Abdankung Wilhelms II. bekannt; Philipp Scheidemann ruft die Republik aus.

10. November 1918 Abreise Wilhelm II. in die Niederlande. Telefongespräch Ebert-Groener. „Bündnis“ MSPD-OHL.
11. November 1918 Waffenstillstand in Compiègne, OHL leitet Rückzug der deutschen Heere aus Ost und West.
28. November 1918 Wilhelm II. dankt offiziell ab. Entbindung vom Treueid.
18. Dezember 1918 Resolution des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte über eine neue Wehrfassung.
19. Dezember 1918 Protest der OHL.
20. Dezember 1918 Groener nimmt in Berlin auf Einladung Eberts an der Sitzung des Rats der Volksbeauftragten und des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte teil.
- 23./24. Dezember 1918 „Weihnachtskämpfe“ in Berlin um Schloss und Marstall.
28. Dezember 1918 Die Unabhängigen Sozialdemokraten scheiden aus dem Rat der Volksbeauftragten aus. Berufung Gustav Noskes zum Volksbeauftragten für das Militärwesen.
30. Dezember 1918 Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands.
- Januar–März 1919 Kämpfe im Reich (Berlin, Ruhrgebiet, Küstenstädte, Mitteldeutschland, Sachsen und Thüringen).
- Dezember 1918–Mai 1919 Amerikanisch-deutsche Militärkontakte (Obert Conger).
7. Mai 1919 Übergabe der alliierten Friedensbedingungen.
- Mai–Juni 1919 Auseinandersetzungen über die Friedensbedingungen in Politik und Militär in Deutschland.
23. Juni 1919 Bedingungslose Annahme der Friedensbedingungen. Groeners Rat an Ebert.
28. Juni 1919 Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles.
4. Juli 1919 Hindenburg verlässt OHL, Groener wird Leiter der Kommandostelle Kolberg.
30. September 1919 Groener beendet den militärischen Dienst.
- Oktober 1919–Mai 1920 Ehrengericht erklärt die Vorwürfe Gustav Graf Waldersees und anderer gegen Groener im Zusammenhang mit den Vorgängen im November 1918 für ungerechtfertigt.
- Juli 1920–August 1923 Groener Reichsverkehrsminister.
- Bis 1927 Militärschriftsteller und Mitglied der Historischen Kommission für das Reichsarchiv.
19. Januar 1928 Groener Reichswehrminister.
- Juni 1928 Große Koalition (SPD, Zentrum, DDP, DVP).
29. März 1930 Berufung der Präsidialregierung Brüning. Groener bleibt Reichswehrminister.
16. Juli 1930 Auflösung des Reichstags.
14. September 1930 Reichstagswahl. Die NSDAP wird zweitstärkste Partei (107 Mandate).
27. September–4. Oktober 1930 Prozess gegen die Ulmer Offiziere und vor dem Reichsgericht in Leipzig.

- 9. Oktober 1931 Regierung Brüning II, Groener in Personalunion zugleich kommissarischer Reichsinnenminister.
- 10. April 1932 Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten.
- 13. April 1932 Notverordnung des Reichspräsidenten zur Auflösung der SA und der SS.
- 10. Mai 1932 Groener verteidigt die Auflösung von SA und SS im Reichstag.
- 31. Mai 1932 Hindenburg entlässt die Regierung Brüning–Groener.
- 2. Juni 1932 Berufung der Regierung Papen-Schleicher
- 16. Juni 1932 Reichsregierung hebt das SS- und SA-Verbot auf.
- 9. Juli 1932 Abkommen von Lausanne über das Ende der deutschen Reparationen. Schlusssumme von 3 Milliarden Reichsmark.
- 31. Juli 1932 Reichstagswahl. Die NSDAP wird stärkste Partei mit 230 Mandaten.
- 13. August 1932 Hindenburg lehnt die Berufung Hitlers zum Reichskanzler ab.
- 6. November 1932 Neuwahlen zum Reichstag; Rückgang der Stimmen für die NSDAP.
- 2. Dezember 1932 Berufung der Regierung Schleicher.
- 11. Dezember 1932 Fünf-Mächte-Erklärung der Genfer Abrüstungskonferenz; der deutsche Anspruch auf militärische Gleichberechtigung wird anerkannt.
- 30. Januar 1933 Hitler wird Reichskanzler einer Koalitionsregierung aus NSDAP, DNVP und parteilosen Konservativen („Zählmungskonzept“).
- 28. Februar 1933 Reichstagsbrand. Notverordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“, Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung.
- 5. März 1933 Reichstagswahl (NSDAP 43,9 Prozent, DNVP 8 Prozent).
- 24. März 1933 Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat („Ermächtigungsgesetz“).
- 14. Juli 1933 Gesetz gegen die Neubildung von Parteien.
- 1. Dezember 1933 Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (Grundlegung der totalitären Einparteiendiktatur).
- April 1934 Groener verfasst sein Testament.
- 30. Juni 1934 Hitlers „Batholomäusnacht“ gegen SA-Führung und politische Gegner. Ermordung Schleichers und Röhm.
- 3. Mai 1939 Groener stirbt in Potsdam-Bornstedt. Blomberg verbietet die Teilnahme an der Beisetzung des Pour-le-Mérite-Trägers. Von Hammerstein erscheint dennoch in Uniform.
- 1. September 1939 Hitlers Angriff auf Polen; Beginn des Zweiten Weltkrieges.

Wilhelm Groener im Generalstab (ab 1897)

Lebenserinnerungen, S. 66ff: In der Schule Schlieffens

Zum 1. April 1897 wurde ich als Oberleutnant in den Großen Generalstab kommandiert und der im allgemeinen wenig geschätzten Topographie-Abteilung zugewiesen. Diese und die Eisenbahnabteilung galten mit Recht für die arbeitsreichsten; doch durften wir Topographen uns damit trösten, dass auch ein Moltke und ein Schlieffen einst ihren Aufstieg von hier begonnen hatten. ... Entscheidend für mein ganzes militärisches Leben wurde mir das Winterkommando in die Eisenbahnabteilung, der die Topographen häufig zugeteilt wurden, weil ihre Zeit mit dem Zeichnen der Messtischblätter nicht ganz ausgefüllt war. — Ich kam in die Sektion IIa, die den Westaufmarsch bearbeitete. Der Sektionschef, Major Staabs, war zwar ein etwas schwieriger Herr, mir aber wohlgesinnt, und ich gewann durch die mir überwiesenen Arbeiten ein begeistertes Interesse für alle Dinge, die mit dem Aufmarsch des deutschen Heeres zusammenhingen, und legte damals den Grundstein für meine Liebe zur Eisenbahn, obwohl ich natürlich vom Eisenbahnwesen an sich noch nicht die geringste Ahnung hatte. Aber die Begriffe Eisenbahn und Aufmarsch waren von da ab für mich unzertrennlich. — So stieg ich vom kommandierten Oberleutnant in der Eisenbahnabteilung über den Hauptmann und Linienbearbeiter, später Major und Chef der Sektion IIa auf zum Abteilungschef und im Kriege zum Chef des Feldeisenbahnwesens.

Ich erhielt die Nachricht von meiner Versetzung als Hauptmann in den Großen Generalstab am 25. März 1899, und zwar in früher Morgenstunde, als ich nach einer vergnügten Nachtsitzung nach Hause kam. Das angestrebte Ziel war erreicht, es galt, es sich zu erhalten. Ich kann die Schilderung meiner Generalstabstätigkeit nicht anders beginnen als mit der Gestalt, in deren Bann ich von nun an in immer steigendem Maße trat und die mich nicht mehr losließ, des Generalstabschefs Grafen Alfred von Schlieffen. Ich habe Schlieffen zwar häufig gesehen und einige seiner berühmten Kritiken und Ansprachen gehört, bin ihm aber nur in belanglosen Fällen .von Angesicht zu Angesicht gegenüber getreten. Und dennoch empfinde ich es als ein Glück, dass ich in seiner Zeit im Generalstab arbeiten durfte, und die Begegnung mit seinem Geist hat meinem militärischen Denken und Handeln die ein für allemal entscheidende Richtung gegeben.

Was Graf Schlieffen und sein Plan für Deutschland bedeutet, darüber habe ich mich an anderer Stelle ausgesprochen, hier soll nur von den persönlichen Eindrücken die Rede sein, die die Entwicklung des jungen Generalstabsoffiziers bestimmt haben. Der Geist des „Großen Chefs“ durchwehte den ganzen Generalstab und beherrschte alle bis hinunter zum jüngsten kommandierten Oberleutnant. Kein aufnahmebereiter Kopf und kein offener, williger Sinn konnte sich der Macht dieser Persönlichkeit entziehen, aus der beides sprach, die klarste Folgerichtigkeit des militärischen Denkens und die Vornehmheit höchsten Menschentums. Diese seltene Verbindung machte ihn zum echten Nachfolger des alten Moltke und erklärt die Wirkungskraft seiner Persönlichkeit. Wie der ältere Moltke war Schlieffen kein einseitiger Soldat, sondern ein Mensch voll geistiger Interessen, wahrhaftig und aus innerem Bedürfnis gebildet. Was dem alten Moltke die Musik, war für Schlieffen die Dichtung; es verging kaum ein Abend in seinem Familienkreis, an dem er nicht vorlas. Diese Ganzheit des Menschen musste jeden dafür Empfänglichen berühren.

Der Geist des Grafen Schlieffen und damit der des Generalstabs hieß in erster Linie Arbeit, ununterbrochene, hingebungsvolle Arbeit von der Präzisionsarbeit des Anfängers bis zum weitaus schauenden Planen der oberen und obersten Führung; Arbeit, die nicht von sich reden machte und den Glanz des Geleisteten zur Schau stellte, sondern Arbeit, der auch Schlieffen das Motto des alten Moltke voranstellte: Mehr sein als scheinen, viel leisten, wenig hervortreten. Außer mit diesem Arbeitsgeist beherrschte Schlieffen den Generalstab mit seinen Aufgaben und seinem Plan. Schon als kommandierter Oberleutnant kam man mit Schlieffenschem Geist in Berührung und musste sich mit ihm auseinandersetzen, aber es waren doch nur zerstreute Funken, die einem zustoben.

Anders war es für den, dem sich mit dem Eintritt in den Generalstab mit seinem eigenen Vorwärtskommen die Gedankenwelt Schlieffens immer weiter auftat und damit die großartigen Zusammenhänge Schlieffenschen Planens immer deutlicher wurden. Es konnte kein rechter Generalstäbler sein, den die Gewalt dieses Geistes nicht in seinen Dienst gezwungen hätte. Ich möchte fast sagen, dass ich die steigende Anteil- und Inbesitznahme des Schlieffenplans

als Belohnung der vorangegangenen Arbeit empfand. Mein Ehrgeiz entzündete sich an dem Wunsch, tiefer und tiefer in die Gedankengänge dieses einzigartigen Mannes einzudringen und an meinem Platz, zuerst an bescheidener, später an verantwortungsvoller Stelle an der Durchführbarkeit und Verwirklichung seines Planes mitzubauen.

Groener arbeitete an der eisenbahntechnischen Sicherstellung des großen Aufmarsches und rieb sich gleichzeitig an seinem Konkurrenten Ludendorff, der seit 1909 für den Gesamtplan verantwortlich war und dabei nach Ansicht Groeners den ursprünglichen Ansatz veränderte und abschwächte. Groener arbeitete 1913/14 an einer Alternativplanung, die den Sturm auf Lüttich vermieden hätte, machte sich damit aber keine Freunde. Mit Kriegsbeginn wurde Groener wegen des Vorrangs der militärischen vor der zivilen Planung Chef des gesamten Eisenbahnwesens.

Chef des Kriegsamtes (November 1916 bis August 1917)

1916 gab es insbesondere mit der Berufung der 3. Obersten Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff Bestrebungen, die Anstrengungen der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft noch stärker zu bündeln und zu überwachen. Groener nahm für die OHL an den Besprechungen und Beratungen teil und wurde zum 1. 11. 1916 zum Chef des Kriegsamtes und stellvertretenden Kriegsminister ernannt. Groener suchte und fand die Zusammenarbeit mit Parteien und Gewerkschaften. So wurde im Dezember das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst im Reichstag mit nur 19 Gegenstimmen verabschiedet, und Groener arbeitete mit dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg eng zusammen. Auch stand er der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution positiv gegenüber, weil er, der die Versorgungslage bestens kannte, nicht mehr an einen Siegfrieden glaubte. Aber Ludendorff mit seinen militärdiktatorischen Ansprüchen setzte sich durch, Bethmann-Hollweg wurde gestürzt, und sein von Ludendorff ausgesuchter Nachfolger Michaelis entließ Groener am 16. August 1917 wegen einer aus seinem Amt stammenden Denkschrift, die analog zur britischen Gesetzgebung eine stärkere Besteuerung der Unternehmensgewinne forderte. Groener wurde zunächst als Divisionskommandeur an die Westfront und im Februar 1918 von dort in die Ukraine versetzt, um "für uns Getreide und Lebensmittel aus dem Land herauszuholen, je mehr, desto besser" (Groener).

Das Bündnis Ebert – Groener (9. November 1918)

Am 26. Oktober 1918 wurde Groener durch ein Telegramm von Kiew ins Große Hauptquartier nach Spa gerufen:

Das war das zweite Mal, dass eine militärische Berufung an mich herangetragen wurde, die ich lieber abgelehnt hätte als angenommen. Ich habe in der Nacht nach dem Eintreffen des Telegramms reiflich überlegt, was ich tun müsse. Was mir bevorstand, wenn ich jetzt Ludendorffs Nachfolger wurde, wusste ich. Im Kreis meiner engsten Mitarbeiter gebrauchte ich den Ausdruck: "Ich bin mir klar, dass ich den Sündenbock abgeben muss. Ehre ist bei dieser Berufung nicht zu holen." Aber konnte man in dieser Lage kneifen? Ich entschloss mich schweren Herzens zur Annahme. (Lebenserinnerungen, S. 418)

(Am Ende eines langen Kapitels über Ludendorff, Lebenserinnerungen, S. 438):

So ist Ludendorff, als er am 26. Oktober 1918 seines Postens enthoben wurde, nicht, wie Volkmann in seinem Buch "Heer und Marxismus" meint, von der Übermacht und dem Gegenspiel der inneren Feinde gestürzt, sondern durch seine eigene Natur. Er war zum Retter Deutschlands prädestiniert, hatte dazu alle Macht in Händen, aber besaß nicht das Augenmaß für das Mögliche, das Erreichbare, die Wirklichkeit. An seinem Starrsinn ist er gescheitert.

Dass man mich zum Nachfolger Ludendorffs machte, geschah stark unter politischem Gesichtswinkel – die Süddeutschen würden besser mit den Parlamentariern fertig als die Preußen, hieß es -, doch habe ich mir von Hindenburg in jener ersten Unterredung die Versicherung geben lassen, dass bei meiner Ernennung die Regierung keinerlei Einfluss ausgeübt habe. Er sagte, der Vorschlag, mich zum 1. Generalquartiermeister zu machen, sei von ihm selbst ausgegangen. (S. 440/1)

Am 30. Oktober, am gleichen Tag wie Groener, kam auch der Kaiser nach Spa. Er hatte Berlin

wegen der Rücktrittsforderungen durch die Mehrheitsparteien und durch den Reichskanzler fluchtartig verlassen. Groeners Aufgabe im neuen Amt war die Bewertung der militärischen Lage, der Waffenstillstand, die Lage und Stimmung bei der Truppe, die Rückführung der Truppen, die Kaiserfrage, die Revolution und die "Bolschewisierung", die Bereitschaft der Truppen, sich vom Kaiser gegen die Revolution führen zu lassen (nein) und die Treue der Truppe zum Kaiser (nein). Am 5. und 6. November war Groener zu Besprechungen mit Prinz Max und den Führern der Mehrheitsparteien in Berlin. Auf der Rückfahrt nach Spa gab er letzte Instruktionen für die Waffenstillstandskommission, die abends unter der Führung von Erzberger die Militärgrenze überschreiten sollte. *Da nach meiner Meinung keiner der zu entsendenden Persönlichkeiten, sei es diese oder jene, an den Bedingungen des Feindes würde etwas ändern können, so hatte ich gegen Erzberger als Unterhändler bei der Waffenstillstandskommission nichts einzuwenden.* (S. 449)

Man hat Groener später vorgeworfen, er habe nicht treu genug zum Kaiser gestanden. Aber Groener hatte telefonische Kontakte und war dann selber in Berlin. Er verstand, dass Prinz Max ebenso wie Ebert und Payer der Überzeugung waren, die Monarchie sei nur zu retten, wenn der Kaiser und der Kronprinz abdanken würden. In einer Besprechung am Abend des 8. November erwog der Kaiser zwar den Rücktritt als Kaiser, wollte aber König von Preußen und Oberbefehlshaber bleiben. Daraufhin erklärte Groener: *Das Heer wird unter seinen Führern und Kommandierenden Generalen in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren, aber nicht unter dem Befehl Eurer Majestät, denn es steht nicht mehr hinter Eurer Majestät.* (S. 460). Prinz Max gab schließlich am 9. November die gar nicht erfolgte Abdankung des Kaisers bekannt, aber inzwischen hatten zuerst Karl Liebknecht und dann Scheidemann die Republik ausgerufen. Prinz Max rief Ebert als den Führer der SPD zu sich und übergab ihm die Geschäfte des Reichskanzlers.

Am Abend des 9. November trafen die Waffenstillstandsbestimmungen mit einem auf 72 Stunden befristeten Ultimatum ein. Am 10. November sprach Groener mit Friedrich Naumann, der nach einer Fahrt an die Front in Spa eintraf, über Ebert: *Am Abend des 10. November rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, dass das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, dass dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit. Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da an besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.* (S. 467/8)

Am 22. Juni 1919 verlangten die Alliierten die bedingungslose Annahme des Friedensvertrages. Ebert bat Hindenburg telefonisch um eine Stellungnahme: *Beim Anruf Eberts war Hindenburg bei mir; als er bei meinen ersten Worten merkte, um was es sich handelte und dass ich die Beantwortung in persönlicher Form halten wollte, um ihn nicht mitzubelasten, verließ er leise das Zimmer. Nach geraumer Zeit kam er wieder, und ich berichtete ihm über das Vorgefallene. Er schwieg eine Weile, dann sagte er zu mir: "Eigentlich haben Sie recht, Sie müssen eben wieder das schwarze Schaf sein".* Die Antwort Groeners an Ebert war: *Nicht als 1. Generalquartiermeister, sondern als Deutscher, der die Gesamtlage klar übersieht, halte ich mich für verpflichtet, dem Reichspräsidenten folgenden Rat zu geben: 1. Kampf nach vorübergehenden Erfolgen im Osten aussichtslos. 2. Minister Noske muss die Führung des Volkes und die Verantwortung für den Friedensschluss übernehmen. 3. Nur wenn er – Noske – in einem öffentlichen Aufruf die Notwendigkeit des Friedensschlusses darlegt und von jedem Offizier verlangt, dass er auch bei Unterzeichnung des Friedens im Interesse der Rettung unseres Vaterlandes auf seinem Posten bleibt und seine Pflicht und Schuldigkeit gegenüber dem Vaterland tut, besteht Aussicht, dass das Militär sich hinter ihn stellt und damit jede neue Umsturzbewegung im Innern sowie Kämpfe nach außen im Osten verhindert werden.* (S. 507/8)

Im Juli 1919 legte Hindenburg sein Amt als Oberbefehlshaber nieder und am 30. September schied auch Groener aus dem aktiven Dienst. Den Aufbau der neuen Reichswehr, des von Versailles vorgegebenen Hunderttausend-Mann-Heeres übernahm auf Empfehlung Groeners Generaloberst Hans von Seeckt, von 1920 bis 1926 Chef der Heeresleitung.

Reichsverkehrsminister Groener Juni 1920 bis August 1923

In den Minderheitenregierungen von Konstantin Fehrenbach und Josef Wirth (beide Zentrum) und in der parteilosen Regierung Cuno war Wilhelm Groener Minister für Verkehr, als parteiloser Fachmann und als Eisenbahnspezialist, der auch über Demontagen und Reparationen und in der Regierung Cuno über den Ruhrkampf entscheiden musste.

Reichswehrminister als Vertrauensmann Hindenburgs 1928 - 1933

Reichswehrminister als Nachfolger Noskes war seit 1920 Dr. Otto Geßler, DDP, wie Groener aus Ludwigsburg. Geßler war Zivilist und vertrat die Interessen der Reichswehr als "Verwaltungschef ohne Einfluss auf den militärischen Bereich" (Geßler), wurde von Seeckt schlecht informiert und von wichtigen militärischen Dingen ferngehalten, zum Beispiel von der geheimen Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee zur Erprobung schwerer Waffen, die für Deutschland verboten waren. Geßler erreichte 1926 die Entlassung von von Seeckt. Sein Nachfolger Heye hatte weniger Einfluss. Politischer Führer der Reichswehr wurde Oberst Kurt von Schleicher als Leiter der neu errichteten Wehrmachtsabteilung. Schleicher war ein früherer Mitarbeiter und "Lieblingsschüler" Groeners aus dem ersten Weltkrieg. Wegen eines Rüstungsskandals musste Geßler im Januar 1928 zurücktreten, und Groener wurde sein Nachfolger. Groener wie Schleicher waren "Vernunftrepublikaner".

Groener war der Kandidat Hindenburgs und Schleichers. Hindenburg war als Reichspräsident auch Oberbefehlshaber und verlangte deshalb ein Mitspracherecht bei der Besetzung des Ministeriums. Schleicher wollte eine bessere politische Absicherung der Reichswehr statt der bisherigen konspirativen Abschottung. Beide hatten mit Groener zusammengearbeitet und hatten volles Vertrauen in seine Persönlichkeit und seine Arbeitsfähigkeit. Groener übernahm die Führung über die Reichswehr und machte Schleicher zum Leiter des neu eingerichteten Ministerbüros. Groeners erste Bewährungsprobe war die Entscheidung für den Bau des Panzerkreuzers A, die noch im alten Reichstag gefällt wurde und bei der Wahl am 20. Mai 1928 eine große Rolle spielte. Die SPD war im Wahlkampf dagegen und wurde größte Partei. Sie bildete unter Hermann Müller eine große Koalition, in der Groener als Vertrauensmann Hindenburgs und Reichswehrminister einen wichtigen Platz hatte. Die Regierung stand zum Panzerkreuzer A, obwohl die SPD-Fraktion dagegen stimmte und die Mehrheit nur durch die Zustimmung der Rechtsparteien gesichert wurde. Hindenburg war gegen die Regierung und gegen jede sozialdemokratische Regierungsbeteiligung. Trotzdem und trotz Stresemanns Tod und der Weltwirtschaftskrise im Oktober 1929 hielt die Große Koalition bis zum 27. März 1930. Danach ernannte Hindenburg ein Präsidialkabinett mit Brüning als Kanzler und Außenminister und Groener als Reichswehrminister. Da das Parlament mit NSdAP und Kommunisten nicht mehr arbeitsfähig war, konnte die Regierung nur mit Notverordnungen des Präsidenten und der Tolerierung durch die frühere Koalition, also SPD, Zentrum und DVP ihre Arbeit machen. 1932 erreichten Brüning und Groener sogar die Wiederwahl Hindenburgs durch die Weimarer Parteien gegen Hitler als Kandidat der nationalen Rechten. Groener, seit 1931 auch kommissarischer Innenminister, sah die Gefahr bürgerkriegsähnlicher Verhältnisse und verfügte deshalb im April 1932 ein SA-Verbot. Das SA-Verbot und seine Wiederwahl mit Hilfe der verachteten Sozialdemokraten brachten Hindenburg dazu, Brüning und Groener das Vertrauen zu entziehen. Dass sein "Lieblingsschüler" Schleicher an seinem Sturz beteiligt war, schmerzte Groener besonders. Am 30. Mai 1932 trat die Regierung Brüning – Groener zurück. Nachfolger wurden der windiger Franz von Papen als Reichskanzler und Schleicher als Wehrminister.



Hindenburg und Groener bei einem Reichswehrmanöver 1930

Theodor Eschenburg über Groener:

Ein völlig anderer Typ als Papen war Groener. So groß der Unterschied zwischen dem altpreußischen Offizier Hindenburg und dem schwäbischen Kleinbürger Groener nach landsmannschaftlicher Zugehörigkeit und Herkunft, nach Vorstellungsweise und Auftreten war, so müssen doch zwischen beiden ein sehr gutes Arbeitsverhältnis und enge persönliche Beziehungen bestanden haben. Groener hätte nicht unbedingt 1928 der Nachfolger Geßlers zu werden brauchen. Gegen ihn sprach, dass er im inaktiven, aber z. T. auch im aktiven hohen Offizierskorps wegen seines angeblichen Verhaltens gegenüber dem Kaiser in den kritischen Novembertagen von 1918 als eine sehr umstrittene Figur galt. Dass er von 1920 bis 1923 den zum Teil links orientierten Kabinetten, wenn auch als Fachminister, angehört hatte, hatte bei seinen Kameraden, aber auch bei manchen höheren Offizieren der Reichswehr das Unbehagen verstärkt. Geßler hatte bei seinem Rücktritt Hindenburg, wie er mir persönlich erzählt hat, vor Groener gewarnt und nach seiner mündlichen Darstellung sehr viel nachdrücklicher, als in seinen Erinnerungen zu lesen ist, den General von Winterfeldt vorgeschlagen. Für Geßlers Warnung sind politische Überlegungen weniger maßgebend gewesen; er meinte vielmehr, der wortkarge Groener in seiner steifen, ungelenkten Art des Auftretens und in seiner Kontaktarmut wäre weder in der Lage, sich innerhalb der Reichswehr eine wirkliche Autorität zu verschaffen, noch Regierung und Parlament für die Wehrmacht nachhaltig zu "erwärmen". Zwar brächten die Mittel- und Linksparteien Groener politisches Vertrauen entgegen, aber er wäre wohl kaum imstande, dieses wirklich im Interesse der Reichswehr auszunutzen. Groener sei ein sehr kluger, gebildeter Mann, er könne aber eine politische Situation nur rational richtig erfassen, es fehle ihm an Fluidum und politischem Instinkt. Dass Hindenburg ihn trotzdem zum Reichswehrminister ernannte, war ein ausgesprochener Vertrauensbeweis.

Groener sprach von Hindenburg stets mit großem menschlichen, keineswegs nur konventionellem Respekt, und man hatte den Eindruck, dass es aufrichtig gemeint war. Groener konnte wohl manches verschweigen, aber sich schwer verstellen. Obwohl er ein sehr kluger und scharfer kritischer Denker war, dem die Schwächen Hindenburgs nicht entgangen waren, so brauchte er wohl doch, gerade weil er unter seiner Isolierung vor allem im alten Offizierskorps schwer litt, für sein Selbstgefühl das Vertrauen Hindenburgs, auf das er sich immer wieder berief. Groener war ein harter Soldat, aber ihm fehlte die strenge traditionelle Standesauffassung des Offiziers, wie sie vor allem der norddeutsche Offizier besaß und der süddeutsche vielfach von diesem gelernt hatte. Er war sehr gewissenhaft, durchdachte Vorstellungen, Pläne und Situationen immer von neuem und gründlich. Er war ein großer Organisator, ein organisatorischer Stratege, der mit wissenschaftlicher Akribie arbeitete. Dieser Organisationsbegabung entsprang ein strenges Ordnungsdenken.

Ein begeisterter Demokrat war Groener nicht; er respektierte aber aus Einsicht ehrlich die verfassungsmäßige Ordnung. Wenn er das Vertrauen der verfassungstreuen Parteien genoss, so weniger wegen seiner politischen Einstellung als wegen seiner sehr zivilen süddeutschen Umgangsformen und seiner unbedingten Zuverlässigkeit. Groener interessierte entsprechend seiner Herkunft, vor allem als früherer Chef des Feldeisenbahnwesens, die Hebung der technischen Ausrüstung und Ausbildung der Reichswehr sehr viel mehr als die Wahrung ihrer militärischen und politischen Tradition. Auch er wollte die Autonomie der Wehrmacht aufrechterhalten, aber er wollte im Gegensatz zu Seeckt, dass aus ihr die Institution eines demokratischen Staates würde. Im schriftlichen Ausdruck war Groener formgewandt; aber spröde, ganz unbeholfen war er im mündlichen. In der Unterhaltung, aber auch in der mehr oder minder freien Rede verfügte er nur über ein sehr bescheidenes Vokabular und bediente sich primitiver Satzbildungen. Bei der Reichstagsfeier aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Verfassung hatte er als Dienstältester in Berlin anwesender Reichsminister die Schlussansprache auf den Reichspräsidenten zu halten. Diese Rede anzuhören, war für die meisten Beteiligten geradezu peinlich. Ein Unteroffizier hätte es bei der Kaisergeburtstagsfeier kaum schlechter machen können.

Groener scheute daher auch Verhandlungen und mied die Kabinettsitzungen. Er war taktisch ausgesprochen unbeholfen. So unscheinbar er in seinem äußeren Auftreten

war, so war er in dem, was er sagte, sehr bestimmt. So elastisch er geistig war, so spröde war er in seiner Haltung und seinem Gebaren. Er kalkulierte bei seinen eigenen Überlegungen die Vorstellungen und Pläne der anderen ein, bemühte sich auch, sie nach Möglichkeit zu berücksichtigen, aber er kannte genau die Grenzen seiner eigenen Konzessionsbereitschaft und hielt manchmal geradezu stur an der Grenze fest, die er sich selbst gesteckt hatte. Er gehörte zu jenem unter den Schwaben nicht seltenen Typus, dem man die Intelligenz und Entschlossenheit äußerlich zunächst kaum anmerkt; um so mehr wird man von diesen Eigenschaften im Laufe der Unterhaltung beeindruckt. Groener war ein überzeugter Anhänger der deutschen Aufrüstung, aber er sah dieses Problem nicht isoliert, sondern ordnete es in die Gesamtpolitik ein. Stresemann hat mir mehrfach gesagt, Groener zeige sehr viel mehr Verständnis für seine Außenpolitik als Geßler, der im Grund Angst vor den Offizieren gehabt habe. Groener wirkte durch die Qualität seiner Argumentation. Hindenburg schätzte wahrscheinlich dessen zwar einsilbigen, aber sehr scharf durchdachten, präzisen Rat ebenso wie dessen strenge Zuverlässigkeit. (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9)

Brüning über ein langes Gespräch mit Groener (23. April 1932)

Es sei für ihn keine Frage mehr, dass Schleicher ihn jetzt, nach 20jähriger Kameradschaft, stürzen wolle und mich vermutlich in diesen Sturz zu verwickeln beabsichtige. Die Marine sei geradezu außer sich über diese Intrigen, und der ganze wegen Schleichers Machtstellung bisher niedergehaltene Hass der tüchtigsten Offiziere im Reichswehrministerium komme dabei zum Durchbruch. Groener, der an schwerer Furunkulose litt, war zwar ruhig, aber man merkte ihm an, dass er durch Schleichers Treulosigkeit auf das tiefste getroffen war. Er erzählte mir, er habe Schleicher, als dieser sein Adjutant gewesen sei, entdeckt, ihn hochgezogen und wie einen Sohn geliebt. Jahrelang sei Schleicher ein um den anderen Abend bei ihnen gewesen, und seine Tochter habe es als Selbstverständlichkeit angesehen, dass er sie heiraten würde. Er habe, als Schleicher sich dann anderweitig verheiratet hätte, nicht aufgehört, ihn zu verteidigen, weil er ihn so gern gehabt habe. ...

Groener wurde aufgeschlossen und erzählte ausführlicher als früher über den Ausbruch und das Ende des Krieges und wie er 14 Jahre lang alle Verleumdungen habe auf sich sitzen lassen, um Hindenburg zu retten. ...

Aber sein Rat sei nie gehört worden. Aus dem gleichen Grunde wie bei der engeren Wahl zwischen ihm und Ludendorff für den Posten des Chefs der Operationsabteilung sei er auf die Eisenbahnabteilung abgeschoben worden. Sein Vater, der nur Zahlmeister gewesen sei, sei dabei das ausschlaggebende Moment gewesen. Eigentlich sei er immer als Einsamer durch seine militärische Laufbahn gewandelt. Nur seine Schüler auf der Kriegsakademie, wie Willisen, Schleicher und Hammerstein, hätten für seine Pläne und Ideen Verständnis gehabt. Der Wechsel im Aufmarschplan, als Ludendorff 1913 die Operationsabteilung übernommen habe, sei bereits der Anfang vom Ende gewesen. Ludendorff habe damals für den Ernstfall die überraschende Offensive gegen Lüttich beschlossen. Zu diesem Zwecke seien die 42-cm-Mörser konstruiert und insgeheim in Auftrag gegeben worden. Er habe wiederholt vor der Überschätzung dieses Geschützes gewarnt, aber er sei nicht gegen Ludendorff, dessen militärische Kenntnisse er sehr schätze, aufgekommen. ...

Als lästiger Mahner sei Groener nach Berlin abgeschoben worden, um das Hindenburg-Programm durchzuführen. Er sei sich darüber klar gewesen, dass es nur mit Hilfe der Gewerkschaften abzuwickeln sei. In den ersten Besprechungen mit den Gewerkschaftsführern sei es ihm gelungen, trotz aller von anderer Seite geäußerten Besorgnisse, diese für das Programm zu gewinnen unter gleichzeitiger Einführung von Tarifverträgen. Das sei aber in den Augen der Schwerindustrie und der östlichen Landschaft ein Verbrechen gewesen. Man habe ihn beim Kaiser angeschwärzt, er sei so in Ungnade gefallen, dass bei einem Empfang in Pleß der Kaiser ihn ostentativ geschnitten habe. Die Kaiserin habe das bemerkt und habe Groener wiederholt zum Frühstück eingeladen, unter vier Augen, und ihm zugeredet, er solle über die Haltung des Kaisers nicht verbittert werden.

Als er in die Ukraine geschickt wurde, habe er gewusst, dass er für die Liquidierung der endgültigen Niederlage in Aussicht genommen sei. Dann, als Ludendorff vom alten Herrn fallengelassen wurde, sei er tatsächlich in die Stellung berufen worden zu dem Zwecke, den er vorausgesehen habe. Der alte Herr habe ihn wie immer bei solchen Gelegenheiten beim Portepée gefasst und ihm ewige Treue und Dankbarkeit geschworen. Das kenne er nun schon als stereotype Erscheinung, und er wolle nicht weiter darüber reden. Ich sagte ihm nur: „Exzellenz, ich verstehe die Tragik Ihres Lebens. Ich möchte kein bitteres Wort sprechen, aber wenn Sie im Februar 1930 mir etwas von diesen Dingen erzählt hätten, so wäre ich nicht gegen meine klare Einsicht auf den gleichen Appell und die gleichen Tränen des Reichspräsidenten hereingefallen. Mein Instinkt war gegen ihn, schon als er zum erstenmal an mich appellierte. Nur Ihre Garantie, dass Sie dafür sorgen würden, dass der Reichspräsident bis zur Erringung des Erfolges hinter mir stehen würde, hat mich schließlich bestimmt, den Auftrag anzunehmen.“ Groener erklärte, dass er angenommen habe, nach den Ereignissen im November 1918 und Sommer 1919, dass der Reichspräsident das Wort halten würde, das er ihm auch in bezug auf meine Unterstützung gegeben habe. Er habe zwar, namentlich im Sommer 1919, schon starke Zweifel an dem Charakter des Reichspräsidenten bekommen. Die damalige Reichsregierung sei in ihrer überwiegenden Mehrheit entschlossen gewesen, den Versailler Vertrag abzulehnen. Ebert habe seine eigene Bereitwilligkeit, im äußersten Falle den Versailler Vertrag zu unterschreiben, davon abhängig gemacht, ob die Oberste Heeresleitung noch irgendeine Möglichkeit des bewaffneten Widerstandes sähe. Im Falle einer bejahenden Antwort hätte er gegen die Annahme des Vertrages entschieden. Ebert habe Groener mitteilen lassen, dass er Hindenburg am Nachmittag vor dem Beschluss des Reichskabinetts anrufen und ihn um eine klare Meinungsäußerung über die Möglichkeit weiteren militärischen Widerstandes befragen würde. Hindenburg sei zu Groener ins Büro gekommen, etwa eine halbe Stunde vor dem angekündigten Anruf Eberts. Groener habe ihm die Frage Eberts dann vorgelegt. Hindenburg habe erklärt, er, Groener, wisse doch genauso wie er selbst, dass ein weiterer Widerstand nicht in Frage käme. Groener habe ihn auf die Bedeutung dieser Entscheidung hingewiesen. Hindenburg sei aber fest geblieben. Als es ungefähr noch eine Viertelstunde bis zum Anruf Eberts gewesen sei, habe Hindenburg plötzlich die Uhr gezogen und gesagt: „Sie können ja ebensogut, auch in meiner Abwesenheit, Herrn Ebert die Antwort geben. Es ist wohl nicht notwendig, dass ich dabei bin.“ Diese Antwort habe Groener Ebert erteilt, und dann habe Hindenburg 14 Jahre lang auf Groener in der Öffentlichkeit den Vorwurf sitzenlassen, als ob dieser allein die Entscheidung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages veranlasst hätte.

Literatur:

Dorothea Groener-Geyer: General Groener. Soldat und Staatsmann. Frankfurt 1955

Wilhelm Groener: Lebenserinnerungen – Jugend – Generalstab – Weltkrieg.

V&R Göttingen 1957

Theodor Eschenburg: Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik. Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher. Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9, 1961

Heinrich Brüning; Memoiren 1918 – 1934. DVA Stuttgart 1970.

Johannes Hürter: Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928 – 1932). Oldenbourg München 1993

Klaus Hornung: Alternativen zu Hitler. Wilhelm Groener – Soldat und Politiker in der Weimarer Republik. Ares Graz 2008

Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. Pantheon 2009.



Grouse

Heinrich Brüning (1885 – 1970) **- Reichskanzler in der Krise 1930 - 1932**

Überblick: das Leben Heinrich Brünings:

1885 26. November: Heinrich Brüning als Sohn eines katholischen Essigfabrikanten und Weinhändlers in Münster in Westfalen geboren. Der Vater starb schon früh, Heinrich hatte ein enges Verhältnis zur Mutter und zum älteren Bruder Hermann, einem katholischen Prälaten. Die Ferien verbrachte er regelmäßig in der Normandie.

1904 Nach dem Abitur begann Brüning in München und dann in Straßburg das Studium der Geschichte, Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft. 1911 ging er nach Bonn, wo er Ende **1914** mit einer Arbeit über die Verstaatlichung der britischen Eisenbahnen promovierte. Das Material dazu hatte er bei vielen Aufenthalten in England selbst gesammelt.

1915-1918 Brüning meldete sich als Kriegsfreiwilliger und machte den Krieg im Westen bis zum bitteren Ende mit. Er stieg bis zum Leutnant der Reserve auf. Brüning war Monarchist und lehnte die Revolution von 1918 und die Weimarer Republik ab.

1919 wurde er in Berlin zunächst Mitarbeiter des katholischen Gewerkschaftlers Carl Sonnenschein und dann persönlicher Referent des katholischen Sozialpolitikers und preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald (1874-1945). 1920 stieg er zum Geschäftsführer des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) auf.

1924-1933 war Brüning Reichstagsabgeordneter für die Zentrumspartei, wegen seiner Ablehnung der Weimarer Verfassung zunächst in der Minderheit, aber als Finanzfachmann genoss er hohes Ansehen. Er setzte die Begrenzung des Lohnsteueraufkommens auf 1,2 Milliarden Reichsmark fest (Lex Brüning). 1928 – 1930 war er zusätzlich Mitglied des Preußischen Landtags. Im Dezember 1929 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden des Zentrums gewählt.

30. März 1930 wurde er nach dem Sturz der von Hermann Müller geführten großen Koalition vom Reichspräsidenten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Seine Regierung sollte als Regierung des Präsidenten eine Sammlungsbewegung der bürgerlichen Parteien ohne die SPD bis in die nationale Rechte auslösen. Aber die Mehrheit der DNVP verweigerte sich unter ihrem neuen Parteiführer Hugenberg, die Brüning'sche Notverordnung zur Etatsanierung wurde von einer Mehrheit im Reichstag abgelehnt, und Hindenburg löste den Reichstag auf.

Nach der Reichstagswahl vom 14. September, die einen starken Stimmenzuwachs für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) brachte, wurde das Kabinett Brüning von der SPD toleriert. Brünings Politik der Sanierung der Reichsfinanzen mittels einer auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt zielenden Deflationspolitik war die unzureichende Antwort auf die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschafts- und Bankenkrise, in die Deutschland 1930/31 immer tiefer hineinrutschte. Die Notverordnungen Brünings wurden erlassen, nicht diskutiert, und die Reichstagsmehrheit verhinderte noch, dass sie vom Parlament aufgehoben wurden. Die parlamentarische Demokratie funktioniert nicht mehr.

7. Oktober 1931 Umbildung der Regierung Brüning aus Anlass der Demission von Reichsaußenminister Julius Curtius. Brüning übernahm zusätzlich das Außenministerium. Er erwirkte bei Deutschlands Gläubigern ein Moratorium zum Aufschub der Reparationszahlungen.

1931 am 10. November trafen sich Hindenburg und Brüning mit Adolf Hitler, um über eine Zusammenarbeit mit der NSDAP zu verhandeln, aber ohne Ergebnis.

1932 setzte sich Brüning für die Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident ein. Im ersten Wahlgang am 13. März erhielt Hindenburg als Kandidat der Weimarer Parteien 49,6% der Stimmen, Hitler 30,2%, Thälmann 13,2%. Im 2. Wahlgang am 10. April erhielt Hindenburg 53,1%, Hitler 36,7% und Thälmann 10,1%. Brüning kämpfte für Hindenburg, aber Hindenburg empfand den zweiten Wahlgang und die falschen Wähler als demütigend.

Deshalb trennte er sich auf Betreiben des Generals Kurt von Schleicher am 30. Mai von Brüning, da seine Politik rechtsgerichtete Parteien zu wenig integrierte und die Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigte. Sein Nachfolger wurde Franz von Papen, der auch dem Zentrum angehörte, aber nach dem Sturz Brünings von der Partei abgelehnt wurde.

1933 Als Mitglied der Zentrumsfraktion war Brüning am 23. März 1933 gegen die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, wurde aber überstimmt. Vor der Gleichschaltung war er vom 6. Mai - 5. Juli der letzte Vorsitzende des Zentrums bis zur Selbstauflösung der Partei.

1934 floh Brüning über die Niederlande in die USA und lehrte an verschiedenen Universitäten. Von 1939 bis 1952 hatte er einen Lehrstuhl für Staatsverwaltung in Harvard.

Von 1951-1955 hatte er eine Professur für Politische Wissenschaften an der Universität Köln.

Danach kehrte er in die USA zurück.

1968 veröffentlichte Brüning den Band "Reden und Aufsätze".

Am 30. März 1970 starb Heinrich Brüning in seinem Haus in Norwich (USA).

Postum erschienen seine "Memoiren 1918-1934", in denen er darlegte, dass er 1932 kurz vor der Sanierung der deutschen Wirtschaft als Reichskanzler fallengelassen worden sei.

Der Übergang von der parlamentarischen zur präsidialen Regierung

Nach dem Wahlsieg vom Mai 1928 (SPD 30%) übernahm Hermann Müller/SPD das Reichskanzleramt mit einer großen Koalition SPD, DDP, Zentrum und DVP mit Stresemann als Außenminister. Der 1925 gewählte Reichspräsident von Hindenburg hatte bisher mit bürgerlichen Minderheitenkabinetten ohne Beteiligung der SPD zu tun gehabt, die auf seine Unterstützung angewiesen waren. Die Rückkehr zur parlamentarischen Mehrheitsbildung und die Regierungsbeteiligung der SPD waren nicht nach seinem Geschmack. Er verlangte, dass General Wilhelm Groener, sein Mitarbeiter und Berater seit 1918, als Wehrminister weiter amtierte und sozusagen als sein Aufpasser im Kabinett saß. Hindenburg arbeitete indirekt auf den Sturz der Regierung hin und verweigerte ihr jede Hilfestellung durch den Artikel 48. Trotzdem hielt die Regierung vom Juni 1928 bis zum März 1930 und war damit die längste Regierung der Weimarer Republik und die einzige voll parlamentarische.

Der Young-Plan wurde von einem Gremium internationaler Finanzexperten vom Februar bis Juni 1929 in Paris ausgehandelt, die endgültige Ausformulierung erfolgte im August 1929. Der Plan legte zwar eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands bis 1988 fest, aber er setzte die jährlichen Zahlungen weiter herab. Hindenburg charakterisierte ihn so: *Dawes- und Young-Plan sind beide von Uebel. Bezahlen müssen wir, nicht als der schuldige, sondern als der besiegte Teil, auf alle Fälle. Revision muss bei beiden Plänen nach einiger Zeit eintreten; bis dahin ist Young billiger und zwangloser.* (Pyta, Hindenburg, S. 548). Das „Volksbegehren gegen den Young-Plan“ brachte von Juli bis Dezember 1929 zwar eine Steigerung der Propaganda der nationalen Rechten, scheiterte aber am 22. Dezember an der zu geringen Beteiligung.

Der Tod Stresemanns am 3. Oktober und dann die Weltwirtschaftskrise (Schwarzer Freitag am 25. Oktober) machten das Regieren immer schwerer.

Auf Anforderung der DVP (und Hindenburg im Hintergrund) beschloss die Regierung gegen Müllers bessere Einsicht den Bau des Panzerkreuzers A. Die SPD lehnte die Vorlage am 31. Oktober ab und forderte Fraktionszwang. So musste Müller gegen die Vorlage seiner Regierung stimmen, die aber mit Hilfe der DNVP angenommen wurde. Die Umgebung Hindenburgs arbeitete immer offener auf den Sturz der Großen Koalition hin. Die Regierung zerbrach über der Sanierung der Arbeitslosenversicherung am 27. März 1930.

Die oft zitierte Umgebung Hindenburgs bestand aus seinem Staatssekretär Hans Otto Meißner, seinem Sohn und Adjudanten Oskar von Hindenburg und seinem Gutsnachbarn von Oldenburg-Januschau, deren Einfluss aber offenbar nicht so groß war. Wichtiger waren die Generäle Groener und von Schleicher. Wilhelm Groener, 1867 in Ludwigsburg geboren, Offizier in der württembergischen Armee, seit 1899 beim Großen Generalstab, bis 1916 für die Feldeisenbahn (Organisation des Aufmarsches) zuständig, danach beim Kriegsversorgungsamt und 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister. Groener führte für Hindenburg die Verhandlungen mit Ebert und organisierte 1918/19 die Rückführung des deutschen Heeres. Kurt von Schleicher, Jahrgang 1882, war im Ersten Weltkrieg im Stab des Generalquartiermeisters und seit 1919 im Truppenamt die rechte Hand des Generals Hans von Seeckt. Seit 1929 war er Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium. Beide rieten Hindenburg zu Brüning als neuem Kanzler. Für Brüning sprach, dass er im Weltkrieg gedient hatte und in Hindenburg den großen Generalfeldmarschall sah, vor dem er innerlich stramm stand. Er war national, für die Monarchie

und gegen den Parlamentarismus, aber er kam aus dem Parlament und konnte dort für Mehrheiten rechts von der SPD sorgen. Persönlich kannten sich Hindenburg und Brüning kaum, sie hatten am 13. Februar 1930 ein erstes Gespräch geführt.

Aus der Regierungserklärung Brünings am 1. April 1930

Die neue Regierung wird Deutschlands Lebensinteressen in organischer Weiterentwicklung der bisherigen Außenpolitik aktiv vertreten. Nationales Selbstbewusstsein, Vertrauen in die innere Kraft des eigenen Volkes sind die Grundlagen ebenso wie die Erkenntnis, dass der Wiederaufstieg Deutschlands nur im friedlichen Zusammenwirken mit allen Völkern erreichbar ist. Loyale Durchführung der internationalen Vereinbarungen, Klärung und weiterer Ausbau unseres Verhältnisses zu allen Staaten, zu denen wir in freundschaftlichen, vertraglichen und wirtschaftlichen Beziehungen stehen, Förderung internationaler Zusammenarbeit, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zur Erleichterung der schwierigen Lage der eigenen mit der Weltwirtschaft eng verknüpften Wirtschaft, das sind die Grundlinien dieser Außenpolitik . . .

Innenpolitisch gibt unsere Lage angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Notstände und der mit ihnen verbundenen radikalen Strömungen Anlass zu besonderer Wachsamkeit. Diesen Strömungen lässt sich nicht nur mit dem Einsatz staatlicher Mittel begegnen, sie müssen in erster Linie durch wirtschaftliche Aufbauarbeit behoben werden. Die Reichsregierung fühlt sich stark genug mit den Mitteln, welche das Grundgesetz unserer staatlichen Ordnung, die Weimarer Verfassung, der deutschen Republik zur Verfügung stellt, allen gefährvollen Bedrohungen entgegenzuwirken.

Alle infolge der langwierigen Verhandlungen über den Young-Plan noch nicht erledigten finanziellen und wirtschaftlichen Maßregeln müssen sofort durchgeführt werden. Sanierung der Finanz- und Kassenlage, Unterstützung der Länder und Gemeinden in ihrer schwierigen finanziellen Lage ist das Dringendste. Ohne eine schnelle Ordnung der Kassen- und Finanzlage fehlt die Gewähr der dringend notwendigen Entlastung der Wirtschaft und der Milderung der Arbeitslosigkeit. . .

Die Regierung ist von ernster Sorge erfüllt über die Notlage des gewerblichen Mittelstandes; sie wird alle Kräfte einsetzen, . . . den gewerblichen Mittelstand in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe zu fördern, vor Überlastung und Aufsaugung zu schützen. Die Notwendigkeit einer planmäßigen, auf Wirtschaftlichkeit und Ersparnisse gerichteten Vereinfachung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung schafft die Garantie und die Voraussetzung für die Weiterverfolgung der Sozialpolitik, die als eine staatliche: Notwendigkeit von der neuen Reichsregierung unbedingt anerkannt wird . . .

Gerade von diesem Standpunkt aus ist das Rettungswerk unserer in schwerstem Ringen um die Existenz kämpfenden Landwirtschaft vordringlich. Die Agrarkrise hat in besonders bedrohten Landesteilen den Charakter einer allgemeinen Volks- und Staatskrise angenommen . . .

Deshalb ist die Regierung entschlossen, . . . ein umfassendes und durchgreifendes Hilfsprogramm für die Landwirtschaft schleunigst zu verwirklichen . . . Die Reichsregierung wird an diesen Vorschlägen und an ihrer schnellsten Durchführung unter allen Umständen festhalten. Sie ist gewillt und in der Lage, alle verfassungsmäßigen Mittel hierfür einzusetzen . . .

Die Reichstagsauflösung im Juli 1930

Zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt legte die Regierung Brüning als Notverordnung ein umfangreiches Deckungsprogramm vor mit Kürzungen der staatlichen Leistungen, der Beamtengehälter und der Arbeitslosenversicherung und mit Erhöhungen bei Steuern und bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Als der Reichstag diese Notverordnung aufhob, erklärte Brüning am 15. Juli 1930 im Reichstag:

Ich glaube, es ist nicht notwendig, angesichts der gesamtpolitischen Lage und der wochenlangen Verhandlungen hier noch viele Worte zu machen. Das Volk verlangt eine Entscheidung und keine weiteren Reden und Verhandlungen Es ist ganz ausgeschlossen, dass wir in wirtschaftspolitischer und namentlich in kreditpolitischer Beziehung die Entscheidungen über die Deckungsvorlage der Reichsregierung irgendwie aufschieben können. Es gibt keine andere Möglichkeit, als diejenige Form der Deckung zu wählen, die die Reichsregierung vorgeschlagen hat.

Die Reichsregierung ist der festen Überzeugung, dass sich das hohe Haus dieser seiner Verantwortung trotz aller Schwierigkeiten bewusst sein wird. Es ist eine große Stunde für den

deutschen Reichstag gekommen. (Lärmende Zurufe bei den Kommunisten.) Bringt der Reichstag - worauf die Reichsregierung hofft - das notwendige Ausmaß an Verantwortlichkeitsgefühl auf, dann hat er meines Erachtens zur Sicherung des Parlamentarismus und der Demokratie mehr getan als in vielen früheren Jahren zusammen. Demokratie und Parlament werden mehr gesichert durch den Mut zur Verantwortung, auch zu unpopulären Maßnahmen (Aha-Rufe bei den Kommunisten) als durch Gesetze. Aber die Quintessenz für die Macht, den Einfluss und das Ansehen eines Parlaments ist heute wie früher, dass es diesen Mut zur Verantwortung jederzeit aufzubringen in der Lage ist. Die Reichsregierung hat die Hoffnung, dass dieses hohe Haus diese Verantwortung aufbringen wird. Sollte es nicht möglich sein, so muss ich gleich zu dieser Stunde erklären, dass die Reichsregierung dann im Interesse der Demokratie von allen verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch machen wird, die zur Abdeckung des Defizits im Reichshaushalt notwendig sind (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien.) . . .

Damit war die Strategie Hindenburg – Brüning einer nationalen Sammlungsbewegung als Rückhalt im Reichstag vor allem am Bündnis Hugenberg – Hitler gescheitert. Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 kam es zu einem unerwarteten Erfolg der NSDAP. Sie wurde mit 18,3% zweitstärkste Partei und zog mit 107 Abgeordneten (vorher: 12) in den Reichstag ein. Während KPD, Zentrum und BVP ihren Stimmenanteil geringfügig vergrößern konnten, verlor die SPD mit 24,5% zehn Mandate. Die stärksten Verluste hatte die DNVP, die von 21% 1924 über 14% 1928 auf 7% zurückfiel.

Der neue Reichstag war nicht mehr mehrheitsfähig, aber noch beschränkt arbeitsfähig, weil die früheren Regierungsparteien mit ihrer Mehrheit Debatten über die Regierungsvorlagen vermieden und die SPD die Notverordnungen des Präsidialkabinetts Brüning tolerierte, während DNVP, NSDAP und KPD mit ihrer Fundamentalopposition in der Minderheit blieben.

Literatur

Heinrich Brüning; Memoiren 1918 – 1934. DVA Stuttgart 1970.

Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. Pantheon 2009.

Ulrike Neumann: Die Kanzlerschaft Heinrich Brünings - Vorstufe zum Nationalsozialismus? GRIN Verlag München 2008.

Peer Oliver Volkmann: Heinrich Brüning (1885 - 1970) : Nationalist ohne Heimat ; eine Teil-Biographie. Droste Düsseldorf 2007.

Fritz Stern: Fünf Deutschland und ein Leben : Erinnerungen. Beck München 2007.

Herbert Hömig: Brüning - Politiker ohne Auftrag: zwischen Weimarer und Bonner Republik. Schöningh Paderborn 2005.

Rudolf Morsey: Von Windthorst bis Adenauer : ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. u. 20. Jahrhundert. Schöningh Paderborn 1997.

Gerhard Schulz: Von Brüning zu Hitler. De Gruyter Berlin 1991

Die Auswirkungen der Stabilitäts-, Deflations- und Schrumpfungspolitik

Brüning erließ insgesamt 62 Notverordnungen, 4 sehr umfangreiche für die Wirtschafts- und Stabilitätspolitik. Für ihn hatte die Haushaltssanierung absoluten Vorrang, und er musste die Ausgaben durch neue Kürzungen immer wieder den sinkenden Einnahmen anpassen. Von der Richtigkeit dieser Schrumpfungspolitik war er zutiefst überzeugt.

Brüning vor dem Reichtsausschuss des Zentrums am 5. XI. 1931:

... Ich werde mich bis zum letzten dagegen wehren, irgendeine inflatorische Maßnahme irgendeiner Art zu treffen, und zwar nicht nur aus Gerechtigkeit, nicht nur zum Schutze der Schwachen, sondern weil ich der Ansicht bin, dass die ehrliche Bilanz in der deutschen Wirtschaft trotz aller Bitternisse unbedingt wiederhergestellt werden muss und dass jeder Versuch und jedes Verlangen nach inflatorischen Maßnahmen letzten Endes nur den Zweck haben kann, diesen Prozess der klaren Bilanz der gesamten deutschen Wirtschaft zuschanden zu machen und wiederum einen Schleier für die Fehler der Vergangenheit zu ziehen. Erfolge in der Außenpolitik sind um so eher zu erreichen, wenn wir die Bilanz der deutschen Finanzen und

der deutschen Wirtschaft klar und ehrlich jedermann in der Welt zur Einsicht vorlegen. Das ist die stärkste und durchschlagendste Waffe, die die Reichsregierung haben konnte, und diese Waffe zu schmieden, war die Aufgabe des ersten Jahres der Tätigkeit dieser Reichsregierung. Das hat mit dazu geführt, dass die Frage der Reparationen durch die Öffentlichkeit in der ganzen Welt ohne Ausnahme völlig anders beurteilt wird als in früheren Jahren. So muss es auch nach innen sein. Viele soziale und berufliche Spannungen würden nicht die Schärfe angenommen haben, auch der politische Radikalismus würde nicht so hoch gekommen sein, wenn man früher gewisse Heilungsprozesse betrieben und in der Privatwirtschaft wie in der öffentlichen Wirtschaft das Messer des Chirurgen rechtzeitig und radikaler angesetzt hätte . . .

Tatsächlich trug die Politik der Reichsregierung, die Verweigerung jeder Hilfestellung in der Wirtschafts- und 1931 in der Bankenkrise erheblich zur Verschärfung der Situation bei. Die Arbeitslosenzahl schnellte weiter nach oben, auf 6 Millionen 1932, und die Hoffnungslosigkeit vergrößerte den Zulauf zu den radikalen Bewegungen von NSDAP und KPD, die mit ihren Aufmärschen dem Leben wenigstens einen gewissen Sinn gaben und mit ihren Straßenschlachten den öffentlichen Raum immer unsicherer machten.

Eine außenpolitische Nebenwirkung der Schrumpfungspolitik war die internationale Einsicht, dass Deutschland seinen Reparationszahlungen nicht mehr nachkommen konnte. Am 20. Juni 1931 verkündete der US-Präsident Hoover ein Moratorium für alle internationalen Schuldenzahlungen. Das brachte eine Erleichterung für den Reichshaushalt, aber zunächst eine weitere Schwächung der deutschen Wirtschaft, weil aus den USA wegen der schlechten Ergebnisse weitere Kredite abgezogen wurden, aus Frankreich auch, um politischen Druck auszuüben.

Regierungserklärung von Brüning im Reichstag am 13. Oktober 1931:

Die verderblichen Folgen politischer Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen haben die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt. (Sehr wahr! -- Lachen bei den Kommunisten). Die weitschauende Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat leider nur eine vorübergehende Erleichterung geschaffen, so groß auch ihre Bedeutung war und so dankbar sie vom deutschen Volke empfunden wurde. (Bravo! im Zentrum)

Schon die Ungewißheit in den Fragen der politischen Zahlungen übt fortgesetzt eine lähmende Wirkung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus. Unmittelbare und offene Aussprache, wie sie in Chequers, Paris, London, Rom und hier in Berlin gepflogen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen Solidarität der Nationen ebnen. Denn es muss die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Völkern der Welt zu schaffen. (Sehr gut! in der Mitte)

Deutschland fordert bei aller verständnisvollen Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Nachbarn die Verwirklichung des Grundsatzes der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern. (Bravo! in der Mitte)

... Die Reichsregierung nimmt es für sich als einen Erfolg in Anspruch, dass sie rechtzeitig und als erste im Kreise der großen Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen in den öffentlichen Ausgaben und mit möglichster Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat.

... Dieses Programm hat als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden kann.

... Und dass alles nicht so falsch ist, beweist ja auch die Tatsache, dass selbst in dem Augenblick der schwersten Krise es nicht so ist, dass die Arbeitslosigkeit in den vergangenen vier Wochen in einem Umfange gestiegen ist, wie wir ihn ursprünglich nach der Lage der ganzen Weltsituation uns selbst berechnet hatten. Und deswegen, so sehr wie ich wünschte, dass hier in Deutschland eine Möglichkeit wäre, dass sich einmal nur für wenige Monate, die noch bis zu einer notwendigen internationalen Lösung, die allein die Beruhigung in der Welt und die Grundlagen für den Wiederaufstieg bringen kann, einmal die Parteien zusammen finden möchte, so muss ich sagen, dass wenn das nicht möglich ist, diese Reichsregierung entschlossen ist, hier vor dem Reichstage ihre Politik zu verteidigen und, meine Damen und Herren, zu verteidigen, nicht mehr wie sie sie in den Wintermonaten verteidigen musste, nicht ohne sagen zu können, dass sie bislang keine sichtbaren Erfolge in der Außenpolitik und auf manchen anderen Gebieten hatte. Sondern heute kann sie sagen, dass der Weg frei ist, und dass auch der kommende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann.

Über die Reparationen wurde verhandelt, und im Juni 1932 wurde bei der Konferenz von Lausanne das Ende der Reparationen beschlossen. Aber da war Brüning schon nicht mehr im Amt. Auch in der Abrüstungsfrage stand Brüning in Genf vor dem Durchbruch. Wenn die anderen Mächte nicht abrüsteten, sollten die Rüstungsbeschränkungen für Deutschland fallen. *Es ist erstaunlich, was der kleine Brüning in Genf erreicht hat*, urteilte Hindenburg.

Die Zollunion mit Österreich

Ein weiteres außenpolitisches Projekt, mit dem Brüning Punkte zu sammeln hoffte, war die Zollunion mit Österreich. Im März 1931 verkündeten die Republiken Deutschland und Österreich, beide wirtschaftlich schwer angeschlagen, das Projekt einer Zollunion. Der Plan, der nicht mit Frankreich abgesprochen war, stieß auf heftigen Widerstand Frankreichs und Großbritanniens, die darin einen Versuch sahen, mittelfristig das „Anschluss“-Verbot des Versailler Vertrags zu umgehen. Um den Plan zu torpedieren, ermunterte die Regierung Laval die französischen Banken, Geld aus Deutschland und Österreich abzuziehen. Nun gerieten die deutschen Banken in Schwierigkeiten, die sich nach einem zweiten außenpolitischen Fehler Brünings noch potenzierten: Um der deutschen Öffentlichkeit das nächste unsoziale Sparpaket schmackhaft zu machen, veröffentlichte die Regierung im Juni 1931 einen Aufruf, in dem sie die Reparationen, rechtsradikalem Sprachgebrauch folgend, als „Tribute“ bezeichnete und ankündigte, Deutschland werde nicht mehr lange zahlen können. Der Plan musste zurückgezogen werden, und die Stresemann'sche Außenpolitik der Annäherung durch Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit erlitt einen weiteren Rückschlag.

Im Oktober 1931 verlangte der Reichspräsident eine Umbildung der Regierung mit stärkerem nationalem Akzent. Im Ergebnis schieden der wenig glückliche Außenminister und Stresemann-Nachfolger Curtius (DVP) und der republikanische Zentrumsolitiker Josef Wirth als Innenminister aus. Brüning übernahm selbst das Außenministerium, und der Reichswehrminister Groener das Innenministerium. Auch in der Regierung fand also ein Schrumpfungsprozess statt. Groener versuchte als Innenminister, die innere Ordnung wiederherzustellen und verbot dafür am 13. April 1932 die SA und ihre Aufmärsche in Uniform. Damit geriet er aber in Gegensatz zu General von Schleicher, der in der militärischen Zucht der SA einen Ersatz für die allgemeine Wehrpflicht sah. Deshalb verlor Groener das Vertrauen Hindenburgs und musste am 13. Mai zurücktreten, blieb aber bis zum Sturz Brünings geschäftsführend im Amt, weil Hindenburg wohl schon die Ablösung Brünings entschieden hatte und keine größere Regierungsumbildung mehr wollte. Zu dieser Zeit war vermutlich General von Schleicher der wichtigste und einflussreichste Berater von Hindenburg. Auch Franz von Papen, ein Zentrumsolitiker, der 1925 für die Wahl von Hindenburg eingetreten war und in unkritischer Selbstüberschätzung glaubte, er könne das gesuchte Rechtsbündnis zusammen bringen, ging bei Hindenburg aus und ein.

Die Entlassung Brünings am 30. Mai 1932

(Pyta, Hindenburg, S. 696 – 698)

Als Hindenburg am 28. Mai 1932 aus Neudeck nach Berlin zurückkehrte, hatte sich sein Zeitplan nicht verschoben. Brüning ließ er am Abend des 28. Mai über Meißner ausrichten, dass er noch bis zum Ende der für Mitte Juni angesetzten Reparationskonferenz in Lausanne weiter amtieren solle; danach müsse aber »eine Neubildung des Kabinetts stattfinden«. In der Zwischenzeit würde Schleicher durch Sondierungsgespräche die Weichen für eine Rechtsregierung stellen, deren personelle Zusammensetzung Ende Mai noch völlig unklar war, von der aber feststand, dass sie in Übereinkunft mit den Nationalsozialisten gebildet werden sollte. Wieder durchkreuzte Brüning die Pläne Hindenburgs, indem er den Reichspräsidenten bei seinem Vortrag am 29. Mai 1932 vor eine Alternative stellte: Er verlangte von Hindenburg eine Art Generalvollmacht, die über die Konferenz von Lausanne hinausreichte, und kündigte bei Ausbleiben solcher Garantien seine Demission an. Brüning forderte nicht weniger als das Ende aller »Quertreibereien« gegen seine Regierung, womit vor allem die Rolle Schleichers gemeint war, und er bestand auf einem »neuen Vertrauensakt des Herrn Reichspräsidenten«; Hindenburg solle die beiden derzeit offenen Ressorts, nämlich Wehrministerium und Wirtschaftsministerium, neu besetzen und damit zu verstehen geben, dass er mit diesem Kanzler an der Spitze einer umformierten Regierung weiter zusammenarbeiten wolle.

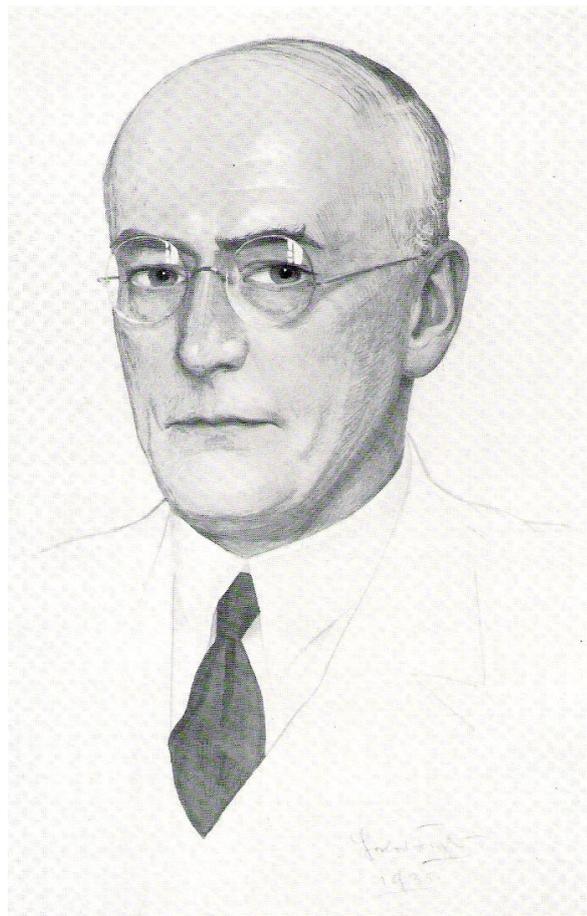
Brüning ergriff damit die Initiative und brachte den Reichspräsidenten in Zugzwang. Er machte Hindenburg unmissverständlich klar, dass er das unwürdige Theater um seine Person nicht mehr mitmache und der schrittweisen Demontage nicht tatenlos zusehen werde. Eine entscheidende Antriebskraft für diesen Vorstoß war seine Selbstachtung: Nachdem er am 28. Mai von Meißner erfahren hatte, dass seine Uhr nach der Konferenz von Lausanne abgelaufen sein würde, trat er bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit die Flucht nach vorne an. ... Hindenburg fasste das Beharren Brünings auf Garantien als ungehörige Insubordination auf und reagierte eisig auf den Vorstoß des Kanzlers. Unmissverständlich wies er Brüning in die Schranken und teilte diesem lapidar mit, dass die von ihm geführte Regierung keine Erlaubnis zum Erlassen von Notverordnungen mehr erhalten werde, womit das politische Schicksal Brünings besiegelt war.

Als Brüning dem Reichspräsidenten am 30. Mai 1932 um 11.55 Uhr dieses Demissionsgesuch überreichte, ließ Hindenburg ihn seine Ungnade noch einmal überdeutlich spüren. Ganze dreieinhalb Minuten nahm sich Hindenburg, um jenen Mann zu verabschieden, den er wiederholt seines ungeteilten Vertrauens versichert hatte und dessen außenpolitisches Geschick er schätzte. Aber Brüning hatte sich in seinen Augen ungebührlich benommen, weil er sich politisch aufgespielt und in die präsidiale Prärogative einzugreifen versucht hatte. Hindenburg bestrafte ihn, indem er den Termin für die Verabschiedung auf fünf Minuten vor 12 Uhr legte. Damit blieben nicht einmal fünf Minuten für die Begegnung mit Brüning. Denn um 12 Uhr hatte der Reichspräsident die vor seinem Palast aufziehende Marinewache zu begrüßen, die erstmals in dieser Form den Tag der Skagerrak-Schlacht würdigte.

...

Der Tag des Ermächtigungsgesetzes (23. März 1933) (Brüning, Memoiren)

Hitler ging so weit, die von Kaas vorgeschlagenen Formulierungen für seine Regierungserklärung im Reichstag zu akzeptieren, sogar Ausdrücke zu verwenden, die vermutlich kein katholischer Kanzler hätte ungestraft gebrauchen können. Kaas kam immer hoffnungsfreudiger von diesen Unterhaltungen zurück. Meine Warnung machte keinen Eindruck. Er erklärte mir, dass vor allem die Formel „die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhle“ der größte Erfolg sei, den man seit zehn Jahren in irgend einem Lande gehabt habe. Diese Formulierung werde einen ungeheueren Eindruck in Rom machen; er könne nicht anders als diesen Erfolg in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen zu stellen. Ich sagte ihm, dass er damit als Vorsitzender die Zentrumspartei selber zerstöre, ohne irgendeine wirkliche Sicherheit in der Hand zu haben. Meine Bemühungen, ihn zu überzeugen, wurden mehr und mehr ergebnislos. Er wollte schon gar nichts mehr von einem Abänderungsantrag zum Ermächtigungsgesetz wissen; nur meine Erwartung, dass Hugenberg einen solchen einbringen lassen würde, konnte ihn davon abhalten, von vornherein darauf zu verzichten. Schließlich bekam ich Kaas mit Hilfe einiger Freunde so weit, dass ein Brief entworfen wurde, den Hitler vor der Abstimmung der Öffentlichkeit übergeben sollte. In diesem Brief war die ausdrückliche Erklärung enthalten, dass nur unter gewissen Voraussetzungen von dem Ermächtigungsgesetz Gebrauch gemacht werden solle. Hitler erklärte sich einverstanden, diesen Brief vor der Abstimmung zu veröffentlichen, beziehungsweise Kaas auszuhändigen. ...



H. Brüning

Die zweite Lesung begann, Hitlers Brief war nicht da. Ich erklärte Kaas, daß ich sofort die Sitzung verlassen würde, wenn er nicht die Vertagung der Abstimmung beantragen würde. Kaas ging zu Hitler, kam wieder und sagte: „Sie sehen, wie unbegründet Ihre Besorgnisse sind. Der Kanzler hat mir erklärt, dass er den Brief bereits unterschrieben und ihn dem Innenminister zur Weiterleitung abgesandt habe.“ Der Brief sollte noch während der Abstimmung eintreffen. Kaas fügte hinzu, wenn er irgendwie Hitler je geglaubt hätte, so müsse er es nach dem überzeugenden Ton dieses Mal tun. Er überlegte auch, und nicht unrichtig, dass, wenn er nun nach Hitlers Erklärung den Vertagungsantrag stellen oder ich den Saal demonstrativ verlassen würde, Hitler ein Argument haben würde, um den Brief doch nicht auszuhändigen. Ich entschloss mich daher, nach schwerem inneren Kampf zuzustimmen.

Die dritte Lesung kam, der Brief war noch nicht da. Kaas wollte nicht noch einmal fragen, bis ich meine Sachen packte und aufstand, die Sitzung zu verlassen. Er lief hinter mir her und sagte, er spreche noch mal mit Hitler und Frick. Wiederkommend, als die Abstimmung schon im Gange war, sagte er, Frick habe im Innenministerium, das zwei Minuten von der Krolloper entfernt sei, telephonisch festgestellt, dass der Brief schon durch einen besonderen Boten in den Reichstag abgegangen sei. Die Verzögerung sei wohl nur hervorgerufen durch den dichten Sicherheitskordon, der um den ganzen Königsplatz gezogen sei. Es sei keine Frage, dass der Brief noch während der Abstimmung eintreffen werde. Die Abstimmung geschah, der Brief kam nicht. So hatte ich noch die Erniedrigung ertragen, im Interesse der Sache für das Ermächtigungsgesetz gestimmt zu haben. Erregt sprang ich auf und wartete den Schluss nicht ab. Kaas kam hinter mir her.

Am Ausgang wurde ich erkannt. Rund um den Ausgang war im offenen Viereck etwa ein Bataillon SS aufgestellt. Die SS-Leute schrien: „Nieder mit Brüning, schlagt ihn tot!“ Zehn höhere Polizeioffiziere, die neben mir am Ausgang standen, erkannten mich nunmehr und verkrochen sich buchstäblich auf den Knien hinter den Ministerautos, um nicht Zeuge des Massakers zu sein. Neurath, der neben mir herauskam, und den ich im Vorbeigehen grüßte, sprang in sein Auto hinein, um wegzufahren. Kaas lief schon in den Reichstag zurück. Ich ging ihm nach und sagte, wenn er jetzt nicht den Mut habe, mit mir durch den Kordon zu gehen, so sei es um seine Autorität geschehen.

Hindenburg

Das erste Leben – Militärkarriere 1859 - 1911

Paul von Beneckendorf und Hindenburg wurde 1847 geboren. Die Familie war alter ostpreußischer Adel, nicht reich, mit kleinen Offizierskarrieren in der preußischen Armee. Von 1859 bis 1863 besuchte der junge Paul die Kadettenanstalt in Wahlstatt in Schlesien, dem Ort der vernichtenden Niederlage des Piastenherzogs Heinrichs des Frommen gegen die Goldene Horde der Hunnen Dschingis Khans 1241. General Blücher wurde 1813 zum Fürsten von Wahlstatt ernannt, und 1836 kaufte die preußische Provinzverwaltung ein ehemaliges Kloster und ließ dort eine Kadettenanstalt einrichten, zunächst für 40 Zöglinge, aber nach und nach auf 200 Zöglinge erweitert, wofür ein Erweiterungsbau notwendig wurde. Die Kadettenanstalt war eine weiterführende Schule, die zur Abitursreife führte, ein strenges Internat und die Vorbereitung auf eine Offizierskarriere. Ab 1863 besuchte der junge Hindenburg die Hauptkadettenanstalt in Berlin, 1865 wurde er Leibpage der Königinwitwe, 1866 wurde er Secondeleutnant in einem Garderegiment und nahm an der Schlacht von Königgrätz teil. In den folgenden Jahren war er in Hannover stationiert. Hindenburg machte den ganzen Siebzigerkrieg mit, auch die Kaiserproklamation in Versailles am 18. Januar 1871, die Belagerung von Paris und die Siegesparade in Berlin. Dann kehrte er nach Hannover zurück. 1873 bis 1876 war er an die Kriegsakademie in Berlin abgeordnet, die Akademie für zukünftige Führungskräfte. Dort schnitt er so gut ab, dass er 1877 in den Generalstab berufen und zum Hauptmann befördert wurde. 1879 heiratete er in Stettin Gertrud von Sperling, auch aus einer preußischen Offiziersfamilie. Sie war ihrem Ehemann in mancher Hinsicht überlegen, sie führte das Haus und hielt ihm den Rücken frei. Das Paar hatte vier Kinder. 1881 stieg er zum Major und in den Generalstab der 1. Division in Königsberg auf. 1888 gehörte er zur Totenwache für Kaiser Wilhelm und 1890 war er für ein Jahr im Kriegsministerium, dann Generalmajor und Generalstabschef des VIII. Armeekorps in Koblenz und 1900 Generalleutnant und Kommandeur der 28. Division in Karlsruhe. 1903 wurde er Kommandierender General des IV. Armeekorps in Magdeburg und im März 1911 in den Ruhestand verabschiedet. Das war eine respektable Karriere, aber Hindenburg gehörte nicht zum inneren Führungskreis, zum Großen Generalstab, dessen Chef seit 1903 Alfred von Schlieffen war und der Szenarien und Pläne für mögliche zukünftige Kriege entwickelte. Als Pensionär zog Hindenburg mit seiner Frau wieder nach Hannover.

Das zweite Leben – Der Weltkrieg 1914 - 1919

Hindenburg war bei Kriegsbeginn fast 67, aber rüstig und bei guter Gesundheit. Er meldete sich beim preußischen Kriegsministerium dienstbereit. Dort war man in einer gewissen Verlegenheit. Der Kommandeur der 8. Armee in Ostpreußen, ein Jagdfreund Kaiser Wilhelms, musste dringend abgelöst werden, weil er vor den andringenden Russen zurückgehen wollte. Der gewünschte Nachfolger war Erich Ludendorff. Er galt als militärisches Genie, war im Generalstab für den Aufmarsch gegen Frankreich verantwortlich gewesen und hatte noch als Oberst mit brutaler Offensive bei Lüttich den Übertritt über die Marne erzwungen. Dafür war er zum General ernannt worden. Aber nach dem Dienstreglement konnte er unmöglich schon Kommandeur einer Armee werden. Deshalb brauchte man einen dienstälteren und verträglichen Vorgesetzten, und dafür war Hindenburg gerade richtig. Er wurde am 22. August zum Kommandeur der 8. Armee ernannt, Er traf den ihm unbekanntem Ludendorff im Sonderzug, er musste in Berlin noch eine neue Uniform verpasst bekommen und kam am 26. in Ostpreußen an. Der Stab des ausgeschiedenen Kommandeurs hatte eine komplizierte Rochade vorbereitet und begonnen, mit der alle verfügbaren Kräfte gegen die 2. Russische Armee unter Samsonow am Südrand von Ostpreußen eingesetzt werden konnten, obwohl die 1. Russische Armee unter Rennenkampf in Insterburg bereitstand und lauerte. Der neue Kommandeur billigte die Pläne, und vom 26. bis 30. August wurde die Armee Samsonow völlig vernichtet. Die Deutschen machten 95 000 Gefangene, ihre eigenen Verluste waren gering. Das war der große Sieg, auf den man im Westen immer noch wartete, und damit war der Mythos Tannenberg – Hindenburg geboren. Im Winter wurde auch Rennenkampf geschlagen und der Krieg nach Osten verschoben. Hindenburg wurde Generalfeldmarschall, Ludendorff sein Generalquartiermeister, sie erhielten ein eigenes Kommando Ober-Ost, und die Front wurde weit nach Osten verschoben. Der Ruf der beiden wurde so stark, dass sie im August 1916 mit der Obersten

Heeresleitung betraut wurden und fortan für die Gesamtkriegsführung verantwortlich waren. Ludendorff war der Antreiber und Entscheider, die Heimat und die Wirtschaft wurden den Bedürfnissen des Krieges immer stärker angepasst, Der Winter 1917/18, der *Steckrübenwinter*, wurde für die *Heimatfront* zu einer unmenschlichen Belastung. Im Oktober 1918 sah Ludendorff plötzlich, dass der Krieg verloren war, und verlangte vom neuen Reichskanzler Prinz Max von Baden den Abschluss eines Waffenstillstandes. Ludendorff wurde entlassen. Hindenburg entschied sich als Nachfolger für General Wilhelm Groener, den alten Konkurrenten Ludendorffs im Generalstab. Dann kam der 9. November, die Revolution in Berlin. Der Kaiser dankte ab, Prinz Max übergab die Geschäfte an Friedrich Ebert. Groener telefonierte am Abend mit Ebert, Hindenburg blieb im Amt und sollte mit seiner Autorität das Heer zurückführen. Bedingung war allerdings, die Revolution zu bremsen. Die Armee organisierte auch Freikorps, die im Baltikum gegen die Revolution kämpften und in Berlin und Deutschland im Januar 1919 brutal gegen die Revolution vorgingen (Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht). Hindenburg schied nach der Annahme des Versailler Vertrags im Juli 1919 auf eigenen Wunsch aus seinem Amt aus und zog sich nach Hannover zurück. Am 18. November 1919 sagte er vor einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung aus: *In dieser Zeit setzte eine planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Zermürbung freihielten, hatten unter dem pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden schwer zu leiden; sie mussten die ganze Last des Kampfes tragen. Die Absichten der Führung konnten nicht mehr zur Ausführung gebracht werden. So mussten unsere Operationen misslingen, es musste zum Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlussstein. Ein englischer General sagte mit Recht: 'Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.' Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen.* Damit machte Hindenburg die Dolchstoßlegende offiziell. Im Mai 1922 unternahm Hindenburg gegen den Willen der preußischen Regierung eine Reise nach Ostpreußen, die zu einer deutsch-nationalen Heldenverehrung geriet.

Das dritte Leben: Reichspräsident 1925 - 1934

Am 28. Februar 1925 starb der Reichspräsident Friedrich Ebert an einem Blinddarmdurchbruch. Bei der Neuwahl des Reichspräsidenten erhielt der preußische Ministerpräsident Otto Braun von der SPD 29%, Wilhelm Marx vom Zentrum 14,5%, aber der deutschnationale Kandidat, der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres erhielt 39%. Damit war ein rechtsbürgerlicher Sieg möglich, und die Führer des „Reichsblocks“ bearbeiteten Hindenburg für eine Kandidatur (nach dem Wahlgesetz waren im zweiten Wahlgang neue Kandidaten möglich). Otto Braun verzichtete, und so stand im zweiten Wahlgang Hindenburg gegen den katholischen Zentrumsolitiker Wilhelm Marx als Vertreter der „Weimarer Parteien“, außerdem noch Ernst Thälmann von der KPD. Hindenburg selber machte keinen Wahlkampf, doch der ganze „Reichsblock“ agitierte für ihn. *Hindenburg ist Deutschland selbst, ist nationales Selbstbewusstsein, Sehnsucht und Erfüllung zugleich. In der Zeit schwankender Entschlüsse, haltloser Unmännlichkeit und tönender Reden klingt der Name Hindenburg fast wie ein Märchen aus den deutschen Abschnitten [sic!] des Ruhmes zu uns hinüber.* (Zitat aus Wikipedia, Reichspräsidentenwahl 1925) Bei der Reichspräsidentenwahl am 6. April 1925 erhielt Hindenburg 48%, Marx 45% und Thälmann 6%. Er wurde am 12. Mai von Reichstagspräsident Paul Löbe vereidigt und legte dabei den Eid auf die Weimarer Verfassung ab. In den folgenden Jahren unterstützte er die bürgerlichen Minderheitsregierungen Marx und Luther. Dafür wurde Groener als sein Vertrauensmann Reichswehrminister. Aber bei der Reichstagswahl 1928 wurde die SPD mit 30% stärkste Partei und bildete eine Große Koalition aus SPD, Zentrum, DDP und DVP unter Hemann Müller. Diese Regierung hatte eine schwierige parlamentarische Mehrheit, aber Groener blieb Reichswehrminister, und Hindenburg unterstützte die Regierung in keiner Weise. Sie hielt bis März 1930, trotz des inhaltenden Widerstandes des Reichspräsidenten, trotz des Todes Stresemanns und der einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Als sie zerbrach, beauftragte Hindenburg den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Heinrich Brüning, mit der Bildung einer bürgerlichen Regierung mit starker Unterstützung durch den Reichspräsidenten.

Hindenburg hatte den Eid auf die Verfassung abgelegt, aber er und seine Umgebung waren Gegner des Parlamentarismus und der SPD, und sie sahen im Artikel 48 der Verfassung einen Hebel zur Umgestaltung. Art. 48 ist ein reiner Notstandsparagraf, der den Präsidenten im Notfall

dazu ermächtigt, Gesetze zu erlassen und Grundrechte außer Kraft zu setzen. Hindenburg achtete sehr auf dieses Vorrecht und verhinderte sogar das dafür vorgesehene und diskutierte Ausführungsgesetz, das den Notstand sicher präzisiert und eingeschränkt hätte. Heinrich Brüning war Gegner der Revolution gewesen, er war gegen die Koalition mit der SPD und für eine bürgerliche Regierung, im Zentrum war er als Finanzpolitiker aufgestiegen und 1929 Fraktionsvorsitzender geworden. Mit Herman Müller arbeitete er loyal zusammen. Für Hindenburg hatte er noch vom Weltkrieg her eine große Verehrung, aber er lernte ihn erst 1929 persönlich kennen, als Hindenburg ihm die Zusammenarbeit anbot. Hindenburg ernannte Brüning am 28. März 1930 zum Reichskanzler. Groener blieb natürlich Reichswehrminister, einige Ministerien mussten nach den Wünschen des Reichspräsidenten besetzt werden, auch als Angebot an die deutschnationale Volkspartei zur Duldung der neuen Regierung. Der Reichstag wurde aufgelöst, der neue Reichstag war mit den starken Fraktionen von Nationalsozialisten und Kommunisten nicht mehr arbeitsfähig, Brüning regierte mit Gesetzen, die von Hindenburg nach Artikel 48 unterschrieben wurden. Brünings Politik war, die Stabilität der Währung auf jeden Fall zu erhalten, dafür Kürzungen und eine defizitäre Entwicklung in Kauf zu nehmen, mit Deutschland eine Durststrecke durchzumachen und später von einer Erholung und Konjunktur zu profitieren. Hindenburg stand zu dieser Politik, aber die NSDAP und die deutschnationale Opposition wurden immer radikaler, setzten offen auf das Ende der Republik. 1932 musste der Präsident neu gewählt werden, Brüning drängte den 82-jährigen zu einer nochmaligen Kandidatur, aber die nationale Opposition war für Hitler, Hindenburg wurde als Kandidat der Weimarer Parteien knapp im zweiten Wahlgang wiedergewählt. Daraufhin entließ er Groener und Brüning. Der neue Reichskanzler Franz von Papen regierte nun offen gegen die Verfassung (etwa mit der Absetzung der preußischen Staatsregierung und der Einsetzung eines Staatskommissars), die Autorität des Präsidenten und Art. 48 musste alles abdecken. Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler, endlich die nationale rechtsbürgerliche Regierung, die er sich immer gewünscht hatte. Durch die Reichstagswahl und das Ermächtigungsgesetz manövrierte Hitler allerdings Hindenburg aus, das Recht zur Gesetzgebung und zur Aufhebung der Grundrechte lag ab jetzt nicht mehr nur beim Präsidenten, sondern auch beim Reichskanzler. Der Tag von Potsdam am 21. März war der letzte große Auftritt Hindenburgs. Danach ließ er die neue Regierung machen und zog sich mehr und mehr auf sein Gut Neudeck in Ostpreußen zurück. Den Röhmputsch erlebte er noch bewusst, billigte wohl auch das Vorgehen Hitlers gegen die „Linken“. In Neudeck starb er am 2. August 1934. Hitler ordnete die Beisetzung im Tannenbergdenkmal an. Er hatte schon am 1. August verfügt, dass nach dem Tod Hindenburgs das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers zusammengelegt würde. Er war damit als „Führer und Reichskanzler“ Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Armee, die schon am 2. August auf ihn persönlich vereidigt wurde.

Über die Einschätzung Hindenburgs bei der SPD 1925 (Hagen Schulze, S. 488)

Hindenburg stand für alles, was Braun zuwider war: Er war ostelbischer Junker, er war Militarist, er hatte als Chef des Generalstabs des Feldheeres im Oktober 1918 den Waffenstillstand gefordert und es den Sozialdemokraten überlassen, die Verantwortung zu tragen, er hatte kräftigen Anteil an der Erfindung der Dolchstoßlegende, er war Monarchist und das Idol aller Feinde des Weimarer Staates und seiner Verfassung, die Kommunisten ausgenommen. ...

Es stellte sich heraus, dass Braun Hindenburg ganz falsch eingeschätzt hatte, er übrigens nicht allein. Trotz aller Beschränkungen, denen der Reichspräsident nach Herkunft und Alter unterworfen war, leistete er nicht nur den Eid auf die Reichsverfassung, sondern machte auch deutlich, dass er diesen Eid ernst zu nehmen beabsichtige: „Ich hatte das Gefühl“, schrieb später Severing (der preußische Innenminister), „dass er sich wirklich bemühen würde, ohne Scheuklappen des Vorurteils und des Kastengeistes seines Amtes zu walten. Er machte auf meine Kollegen von der Preußenregierung und auf mich einen nicht unsympathischen Eindruck.“ Durch die republikanischen Kreise ging ein allgemeines erleichtertes Aufatmen. Hindenburg war gar nicht so reaktionär und unvernünftig, wie man geglaubt hatte ... Misstrauisch blieben die wenigsten, so der Karikaturist der linksrepublikanischen Zeitschrift „Das Tagebuch“, der die Silhouette des Reichspräsidenten mit erhobener Schwurhand zeichnete und darunter schrieb: „Ausschneiden! Fünf Jahre aufheben!“

Brüning über ein langes Gespräch mit Groener (23. April 1932)

Brüning hatte Groener immer als den Aufpasser für Hindenburg angesehen, aber bei diesem Gespräch, kurz vor der drohenden Entlassung, dessen Situation besser verstanden:

Groener wurde aufgeschlossen und erzählte ausführlicher als früher über den Ausbruch und das Ende des Krieges und wie er 14 Jahre lang alle Verleumdungen habe auf sich sitzen lassen, um Hindenburg zu retten. ...

Als er in die Ukraine geschickt wurde, habe er gewusst, dass er für die Liquidierung der endgültigen Niederlage in Aussicht genommen sei. Dann, als Ludendorff vom alten Herrn fallengelassen wurde, sei er tatsächlich in die Stellung berufen worden zu dem Zwecke, den er vorausgesehen habe. Der alte Herr habe ihn wie immer bei solchen Gelegenheiten beim Portepée gefasst und ihm ewige Treue und Dankbarkeit geschworen. Das kenne er nun schon als stereotype Erscheinung, und er wolle nicht weiter darüber reden. Ich sagte ihm nur: „Exzellenz, ich verstehe die Tragik Ihres Lebens. Ich möchte kein bitteres Wort sprechen, aber wenn Sie im Februar 1930 mir etwas von diesen Dingen erzählt hätten, so wäre ich nicht gegen meine klare Einsicht auf den gleichen Appell und die gleichen Tränen des Reichspräsidenten hereingefallen. Mein Instinkt war gegen ihn, schon als er zum ersten Mal an mich appellierte. Nur Ihre Garantie, dass Sie dafür sorgen würden, dass der Reichspräsident bis zur Erringung des Erfolges hinter mir stehen würde, hat mich schließlich bestimmt, den Auftrag anzunehmen.“ Groener erklärte, dass er angenommen habe, nach den Ereignissen im November 1918 und Sommer 1919, dass der Reichspräsident das Wort halten würde, das er ihm auch in Bezug auf meine Unterstützung gegeben habe. Er habe zwar, namentlich im Sommer 1919, schon starke Zweifel an dem Charakter des Reichspräsidenten bekommen. Die damalige Reichsregierung sei in ihrer überwiegenden Mehrheit entschlossen gewesen, den Versailler Vertrag abzulehnen. Ebert habe seine eigene Bereitwilligkeit, im äußersten Falle den Versailler Vertrag zu unterschreiben, davon abhängig gemacht, ob die Oberste Heeresleitung noch irgendeine Möglichkeit des bewaffneten Widerstandes sähe. Im Falle einer bejahenden Antwort hätte er gegen die Annahme des Vertrages entschieden. Ebert habe Groener mitteilen lassen, dass er Hindenburg am Nachmittag vor dem Beschluss des Reichskabinetts anrufen und ihn um eine klare Meinungsäußerung über die Möglichkeit weiteren militärischen Widerstandes befragen würde. Hindenburg sei zu Groener ins Büro gekommen, etwa eine halbe Stunde vor dem angekündigten Anruf Eberts. Groener habe ihm die Frage Eberts dann vorgelegt. Hindenburg habe erklärt, er, Groener, wisse doch genauso wie er selbst, dass ein weiterer Widerstand nicht in Frage käme. Groener habe ihn auf die Bedeutung dieser Entscheidung hingewiesen. Hindenburg sei aber fest geblieben. Als es ungefähr noch eine Viertelstunde bis zum Anruf Eberts gewesen sei, habe Hindenburg plötzlich die Uhr gezogen und gesagt: „Sie können ja ebensogut, auch in meiner Abwesenheit, Herrn Ebert die Antwort geben. Es ist wohl nicht notwendig, dass ich dabei bin.“ Diese Antwort habe Groener Ebert erteilt, und dann habe Hindenburg 14 Jahre lang auf Groener in der Öffentlichkeit den Vorwurf sitzenlassen, als ob dieser allein die Entscheidung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages veranlasst hätte. (Brüning, Memoiren, S. 547-548)

Literatur:

- Hindenburg, Generalfeldmarschall von: Aus meinem Leben. (zuerst 1919)
- Erich Marcks: Paul von Hindenburg als Mensch, Staatsmann, Feldherr (1932)
- Emil Ludwig: Hindenburg und die Sage von der deutschen Republik. Amsterdam 1934
Neudruck Hindenburg - Legenden und Wirklichkeit Rütten 1962
- Ernst Moritz Mungenast, Die Helden von Tannenberg, Stuttgart 1942 (8. Auflage 1943)
- Andreas Dorpalen: Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin/Frankfurt 1966.
- Heinrich Brüning, Memoiren, DVA Stuttgart 1970
- Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung
Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Ullstein Berlin 1977
- Wolf J. Bütow: Hindenburg. Heerführer und Ersatzkaiser: Bastei Lübbe 1984
- Werner Maser: Hindenburg. Eine politische Biographie. Moewig Rastatt 1989
- Walter Rauscher, Hindenburg – Feldmarschall und Reichspräsident, Ueberreutter Wien 1997
- Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler. Pantheon 2009.